

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Thomas Klein

Die Herrschaft der Parteibürokratie  
Disziplinierung, Repression und Widerstand in der SED

Siegfried Mampel

Die ideologische Kontrolle der DDR  
durch das Ministerium für Staatssicherheit

Hubertus Knabe

Sprachrohr oder Außenseiter?  
Zur gesellschaftlichen Relevanz der unabhängigen Gruppen  
in der DDR – Aus Analysen des Staatssicherheitsdienstes

Joachim Wittkowski

Die DDR und Biermann  
Über den Umgang mit kritischer Intelligenz:  
Ein gesamtdeutsches Resümee

B 20/96  
10. Mai 1996

Thomas Klein, Dr. rer. nat., geb. 1948 in Berlin; 1973–1979 wissenschaftlicher Assistent am Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR; Arbeit in verschiedenen oppositionellen Zirkeln; September 1979 bis Dezember 1980 politische Haftstrafe in Berlin und Bautzen, anschließend Berufsverbot; seit 1981 Mitarbeit bei verschiedenen Friedenskreisen, u. a. Mitarbeit in der Gruppe „Gegenstimmen“ und an den Samisdat-Zeitschriften „Umweltblätter“, „Friedrichsfelder Feuermelder“, „Kontext“; September 1989 Mitautor des Gründungsaufrufs der Vereinigten Linken (VL); Dezember 1989–März 1990 VL-Vertreter am Zentralen Runden Tisch, April–Oktober 1990 Volkskammerabgeordneter der VL; Oktober–Dezember 1990 MdB für die VL, Abgeordneten-gruppe PDS; 1991–1992: Mitarbeitertätigkeit im Deutschen Bundestag; seit Januar 1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V.

Veröffentlichungen u. a.: Geteilte Linke im Vereinigten Deutschland?, in: Weltbühne Extra, Berlin 1990; Alternatives und oppositionelles Denken in der SED seit Mitte der achtziger Jahre, in: Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 4, Berlin 1994; Widerspruch und abweichendes Verhalten in der SED, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (Hrsg.: Deutscher Bundestag), Band VII/2, Baden-Baden 1995; Reform von oben? Opposition in der SED, in: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstands und der Opposition in der DDR (Hrsg.: Ulrike Poppe/Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk), Berlin 1995.

Siegfried Mampel, Dr. jur., geb. 1913; Honorarprofessor am Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin; von 1978 bis 1992 Vorsitzender der Gesellschaft für Deutschlandforschung, seitdem Ehrenvorsitzender.

Veröffentlichungen u. a.: Der Sowjetsektor von Berlin. Eine Analyse seines inneren und äußeren Status, Frankfurt am Main – Berlin 1963; Arbeitsverfassung und Arbeitsrecht in Mitteldeutschland, Köln 1966; Das Recht in Mitteldeutschland, Staats- und Rechtslehre – Verfassungsrecht, Köln – Berlin – Bonn – München 1966; Die Verfassung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Text und Kommentar, Frankfurt am Main – Berlin 1966<sup>2</sup>; Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Ideologiepolizei. Zur Bedeutung einer Heilslehre als Mittel zum Griff auf das Bewußtsein, Berlin 1996; Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Kommentar, Goldbach 1996<sup>3</sup>.

Hubertus Knabe, Dr. phil., geb. 1959; wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, z. Zt. Gastdozent an der Universität Ljubljana (Slowenien).

Veröffentlichungen u. a.: Klaus Ehring (Pseud. des Verf.)/Martin Dallwitz, Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegungen in der DDR, Reinbek 1982; (Hrsg.) Aufbruch in eine andere DDR. Reformer und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes, Reinbek 1989; Umweltkonflikte im Sozialismus. Möglichkeiten und Grenzen der Problemartikulation in sozialistischen Systemen – eine vergleichende Analyse der Umweltdiskussion in der DDR und Ungarn, Köln 1993.

Joachim Wittkowski, Dr. phil., geb. 1959; Studium der Germanistik, Philosophie und Theologie; Lehrer in Herne; Lehrbeauftragter für Neugermanistik und Angewandte Germanistik an der Ruhr-Universität Bochum.

Veröffentlichungen: Lyrik in der Presse. Eine Untersuchung der Kritik an Wolf Biermann, Erich Fried und Ulla Hahn, Würzburg 1991; Aufsätze und Rezensionen in literaturwissenschaftlichen und -didaktischen Zeitschriften.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Die Herrschaft der Parteibürokratie Disziplinierung, Repression und Widerstand in der SED

## I. Einführung

In der Debatte um die Akteure und die Vielfalt widerständigen Verhaltens in der DDR ist es heute alles andere als selbstverständlich, auch die Frage nach einer Opposition in der SED aufzugreifen. „Opposition“ wird im zeitgeschichtlichen Diskurs vornehmlich als Monopol außerparteilicher Dissidenz beschrieben. Gemeinhin wird selbst bei jenen Oppositionellen, deren Herkunft aus oder deren Mitgliedschaft in der SED biographisch hervorstechend war, eher die Kluft zwischen ihren abweichenden Ansichten und den damaligen zeitgenössischen parteioffiziellen Dogmen hervorgehoben, als daß die Frage nach der Bedeutung ihrer politischen Sozialisierung in dieser Partei gestellt und zu beantworten versucht wird.

Dabei ist weithin bekannt, daß die in der SED Herrschenden vielfältige Unterdrückungsmaßnahmen nicht zuletzt auch gegen Mitglieder der eigenen Partei richteten. Die Spannweite reichte von innerparteilichen Disziplinierungen gemäß dem SED-Statut über abgestufte Repressionen jenseits der Reichweite des Sanktionsrahmens einer Mitgliederpartei – vor allem in Form von Berufsverboten und anderen staatlichen, insbesondere strafrechtlichen Maßnahmen – bis hin zum nackten Terror. Zu bestimmten Zeiten waren sogar in erster Linie Mitglieder dieser Partei Opfer härtester Maßnahmen aller Art.

Hierbei darf man sich jedoch keinesfalls dazu verleiten lassen, den ermittelten Umfang und die Härte der Repressionen – namentlich in der terroristischen Phase stalinistischer Partei- und Gesellschaftsformierung in der SBZ/DDR – zum Indikator des Ausmaßes tatsächlich geübten Widerstands gegen das politbürokratische System zu erheben. Die Logik der Repressionen gerade gegenüber SED-Mitgliedern und -Funktionären folgte einem anderen Begründungszusammenhang als dem der Antwort auf solche Gegenwehr. Jene Logik wird sich vielmehr aus systemimmanenten Zwängen und den daraus entspringenden Herrschaftstechni-

ken des in Ostdeutschland und anderen nominalsozialistischen Ländern praktizierten Diktaturtyps ableiten lassen. Unter diesem Aspekt ist, wie noch zu erläutern sein wird, auch der vielfach als „irrational“, „dysfunktional“ oder „ökonomisch bzw. politisch kontraproduktiv“ bezeichnete Terror stalinistischer Parteiführungen gegenüber den Mitgliedern der eigenen Partei und ihrer Apparate als im System durchaus „rational“ nachweisbar.

Und schließlich wird es notwendig sein, eine differenzierte Begrifflichkeit gerade in der Analyse innerparteilicher Dissidenz zu entwickeln. Das Spektrum solcher Dissidenz reichte von spontaner Kritik, bewußter Widerspruchsbereitschaft in systemkonformem oder die Loyalität zur Partei bereits aufkündigendem Sinne über innerparteiliche Opposition bis hin zum organisierten Widerstand. Warum gerade letztere Form von Dissidenz innerhalb der SED oder aus ihr heraus kaum zu ermitteln war, wird noch interpretiert werden<sup>1</sup>.

Einerseits ist bekannt, daß unterlegene Fraktionen aus dem Führungskreis oder dissidente Personenzusammenschlüsse in der eigenen Parteibasis durch die jeweils amtierenden SED-Politbürokraten überwiegend als parteifeindliche Verschwörungen zum Zwecke des staatsfeindlichen Umsturzes oder zumindest des Sturzes der jeweiligen Parteiführung abgestraft wurden. Solcherart Qualifizierung auszuschaltender innerparteilicher Dissidenten war zutiefst dem Dogma machtleitender Gesellschaftsveränderung „von oben“ verpflichtet. Die Borniertheit eines Politikverständnisses, welches die eigene dirigistische Praxis als einzig mögliche gesellschaftliche Gestaltungsweise verabsolutierte und daher Widerspruch immer als Angriff

1 Eine ausführlichere Arbeit des Autors unter dem Titel: „Parteisäuberungen und Widerstand in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Die innerbürokratische Logik von Repression und Disziplinierung“ erschien zusammen mit Arbeiten von Wilfriede Otto (Berlin) und Peter Grieder (Cambridge) in dem Band „Visionen. Repression und Opposition in der SED“ im Verlag Frankfurt/Oder – Editionen 1996. Vgl. auch Thomas Klein, Reform von oben? Opposition in der SED, in: Ulrike Poppe/Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.), Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstands und der Opposition in der DDR, Berlin 1995, S. 125 ff.

auf ihr Politikmonopol verfolgte, war allerdings verbunden mit einem realistischen Instinkt für die Gefährlichkeit potentiellen Widerspruchs oder Widerstands an der Basis. Die martialischen Anklagen gegen deren Träger waren tatsächlich in erster Linie als demonstrative und präventive Drohung gegenüber Herausforderungen „von unten“ ausgelegt. Von daher wurde jede Opposition als um so gefährlicher eingeschätzt, je mehr die Parteiführung fürchtete, daß ein solcher Angriff auf das Politikmonopol der Bürokratie auch aus den Reihen der eigenen Partei vorgetragen werden könnte. Die offiziellen Anklagen lagen allzu häufig fernab der Realität wie auch des Selbstverständnisses vor allem prominenter SED-Dissidenten, welche sich zumeist in der Tat als Reformer begriffen.

Andererseits wurde im SED-Apparat die Chance der „Domestizierung“ innerparteilichen Widerspruchs „von unten“ in Gestalt seiner Instrumentalisierung im Dienste letztendlich „von oben“ zu verwirklichender Reformen zu nutzen versucht. Mißlang dies, so erklärte man bis dato geduldete Reformer und nun nicht mehr integrierbare Parteimitglieder zu verbrecherischen Umstürzern, die angeblich das Politbüro als einzigen Ort gesellschaftlichen Wandels anvisierten. Das entsprach wieder dem eigenen Politikverständnis der herrschenden Bürokratie: Opposition „von unten“ war gefährlicher als ein Angriff auf die Zentren der Macht „von innen“, um Positionen „ganz oben“ zu erobern.

---

## II. Zur Geschichte innerparteilicher Dissidenz und Repression bis 1950

---

Zunächst sei an die Tatsache erinnert, daß gerade die mit erheblichem Kampagnendruck seitens der KPD-Führung und mittels repressiver Beihilfe durch die sowjetischen Kontrollorgane herbeigeführte zonale Vereinigung von KPD und SPD zum Ergebnis hatte, daß massenhaft „unzuverlässige Elemente“ die neue Einheitspartei SED bevölkerten. Die rasche Vereinigung sollte natürlich die aus der Sicht der KPD beängstigend schnell anwachsende und sich gut konsolidierende SPD in Ostdeutschland möglichst früh abfangen. Doch das hatte seinen Preis: Die anfangs nominell paritätisch geführte Partei SED war „zusammengewürfelt“ und deshalb aus der Sicht der tonangebenden „Moskauer“ KPD-Führungsgruppe mit ihrer Option, die ganze Partei unter ihre Kontrolle

zu bringen, durchsetzt mit „Fremdkörpern“. Hinzu trat der Umstand, daß zuvor in beiden Parteien die Mehrheit der Mitglieder Neuzugänge waren: In der neuen KPD waren sie noch nicht stalinistisch gedrillt, und die Mehrheit der SPDler war nicht einmal im sozialdemokratischen Parteiverständnis diszipliniert worden<sup>2</sup>.

Zu diesem ‚Defizit‘ an stalinistischer politischer Sozialisierung in der SED kam das Dilemma hinzu, daß die Bevölkerung der SBZ in erster Linie die SED (wie zuvor die KPD) mit der sowjetischen Besatzungsmacht und ihren Maßnahmen identifizierte und dies häufig beider Ansehen beeinträchtigte. Damit sind die Begründungszusammenhänge für den „Repressionsbedarf“ nach den Maßstäben der stalinistischen Führungsfraktion formulierbar: Ohne hinreichend große politische und soziale Basis in der Bevölkerung sowie bei einem zunächst noch unberechenbaren Mitgliederstamm in der neuen Massenpartei SED war das durch die Besatzungsmacht gedeckte Mittel der Gewalt nicht nur ein naheliegendes, sondern auch das einzige den Stalinisten zur Verfügung stehende Instrument der Partei- und Gesellschaftsformierung.

Noch vor dem Höhepunkt der 1947 beginnenden Säuberungen der SED von ehemaligen Sozialdemokraten wegen „Schumachertätigkeit“ oder „Fraktionismus“ mußte sich das Zentralsekretariat immer wieder mit illegalen Flugschriften über von ihr mitzuverantwortende Amtsenthebungen, Verfolgungen und Verhaftungen früherer SPD-Mitglieder in der SED befassen. Solches Material wurde natürlich auch in Westdeutschland hergestellt und verbreitet. So wertete zum Beispiel das SED-Zentralsekretariat im Februar 1948 ein ihm vom Zentralbüro der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD übermitteltes, in Hessen verteiltes SPD-Flugblatt über diese Verfolgungspraktiken mit umfangreichen Angaben und Namenslisten über Hunderte abgesetzte und verhaftete ehemalige sozialdemokratische Mitglieder und Funktionäre in der SBZ aus. Im gleichen Monat wurde das Zentralsekretariat auch über „Schumachertätigkeit und linke Gruppen innerhalb des FDGB“ im Erzgebirge, in Cottbus und in Potsdam informiert<sup>3</sup>. Obwohl in einem illegalen Rundschreiben vom

---

2 Vgl. dazu Andreas Malycha (Hrsg.), Auf dem Weg zur SED. Sozialdemokratie und Einheitspartei in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone 1945/46. Eine Quellenedition, Bonn 1995.

3 Vgl. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv der SED (im folgenden: SAPMO-BArch, ZPA) IV 2/4-20.

9. November 1948 sogar die Existenz einer geheimen SPD in der Ostzone beschworen wurde<sup>4</sup>, kann aber angenommen werden, daß es über Einzelaktionen und Funktionärsproteste hinaus kaum organisierte Gegenwehr ostdeutscher Sozialdemokraten innerhalb der SED gegeben hat – schon gar nicht im Verhältnis der dann gegen sie angewandten Repressionen. Es liegt auf der Hand, daß viele verfolgte Sozialdemokraten Kontakte zur SPD-West suchten, weshalb später die SED-Organen jede Form von „Sozialdemokratismus“ in der Regel als vom Ostbüro der SPD gesteuert bewerteten.

Doch auch schon innerhalb oder im Umkreis der 1945 neu formierten KPD gab es aus der Sicht der stalinistischen Parteiführung genug „verdächtige Subjekte“, die mit in die Einheitspartei schlüpfen oder der SED ab 1946 beitraten: Es ist nachweisbar, daß viele Mitglieder ehemals oppositioneller Parteien (KPD-Opposition, Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands [KAP], Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands [SAP], Leninbund, Allgemeine Arbeiterunion Deutschlands [AAU]) sowohl in die KPD gingen als auch zu beträchtlichen Teilen (und aus ganz anderen Gründen als die KPD-Führung) die Vereinigung mit der SPD befürworteten. Der Parteiführung wurde schon sehr frühzeitig klar, daß es eine Anzahl von vielfach noch unerkannten SED-Mitgliedern aus solchen oder anderen früheren Zusammenhängen gab, die wegen ihrer damaligen kritischen Haltung zur KPD von den Parteiführungen in Berlin und Moskau als potentielle Störfaktoren für die Umformung der SED in eine stalinistische Kaderorganisation gesehen wurden.

Lange bevor die Parteikontrollkommissionen gebildet wurden, sammelte die Personalpolitische Abteilung im Zentralsekretariat akribisch Material über die Aktivitäten trotzkistischer und anderer „organisierter feindlicher Oppositionsgruppen“, wie es etwa in einem Bericht vom 9. Januar 1947 heißt. Dort wird für Berlin konstatiert, „daß die Querverbindungen der einzelnen Oppositionsgruppen immer dichter werden“<sup>5</sup>. Die Einrichtung eines besonderen Referats mit der Erfassung dieser Aktivitäten war angesichts solcherart Einschätzungen folgerichtig: Im April 1948 teilte Franz Dahlem auf eine erstaunte Anfrage Paul Merkers letzterem mit, daß in der Abteilung Personalpolitik seit Monaten ein Referat „Abwehr gegnerischer Propaganda“ unter der Leitung von Bruno Haid und Paul Laufer arbeite<sup>6</sup>. Hier wurde mit

zum Teil geheimdienstlichen Methoden Material über oppositionelle Gruppen in der SED (und mittels der Kontakte zur KPD übrigens auch in den anderen Besatzungszonen) gesammelt, welches Verbindungsleute beschafften, die solche Gruppen infiltrierten oder aus ihnen rekrutiert wurden.

In jener Zeit vor den großen organisierten Überprüfungen und Säuberungen 1949–1951 wurden derartige Informationen, sofern nicht verwertbar für sofortige Maßnahmen, zur späteren Verwendung aufgehäuft. Jedoch mangelte es dieser Form der Sammlung von Material durch das Referat Abwehr und ab 1948 durch die Referate Untersuchung bei den Personalpolitischen Abteilungen der Landes- und Kreisvorstände sowohl hinsichtlich der Systematik als auch angesichts der Größenordnung des sich abzeichnenden Säuberungs- und Disziplinierungsbedarfs noch an herrschaftstechnischer Konsequenz. Es kann daher keineswegs überraschen, daß nach dem Beschluß zur Umformung der SED in eine „Partei neuen Typs“ auf der 10. Tagung des Parteivorstands im Mai 1948 das gleiche Gremium im September die Bildung von Parteikontrollkommissionen auf allen Ebenen beschloß: „Die Partei-Kontrollkommissionen haben die Aufgabe, den Kampf zu führen gegen die im Auftrage ausländischer Kräfte tätigen feindlichen Agenten, die besonders vom sogenannten ‚Ostbüro‘ der SPD entsandt werden.“<sup>7</sup> In der „Entschließung der Tagung der Parteikontrollorgane am 3. und 4. September 1949“ hieß es über die Situation in der Partei bereits: „Wo trotzkistische und Ostbüroeinflüsse die Ursache [des Versagens oder einer falschen Politik, T. K.] sind, muß die Parteikontrolle eingreifen und deren Träger vor der Mitgliedschaft entlarven, die Leitungen auf diese Zustände aufmerksam machen. So helfen wir der Partei, die Beschlüsse durchzuführen, und erziehen sie zur Wachsamkeit gegenüber Abweichungen von der Generallinie der Partei und zum Kampf gegen feindliche Einflüsse und gegen die Arbeit anglo-amerikanischer Agenturen.“<sup>8</sup> Hier wird schon ganz im Sinne des neuen KOMINFORM-Kurses<sup>9</sup> die ultimative Verbindung von Linienabweichungen mit Feind- und Agententätigkeit formuliert.

7 SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4–8.

8 Ebd.

9 Mit der im Juni 1948 verabschiedeten „Anti-Tito-Resolution“, welcher sich das SED-Zentralsekretariat im Juli anschloß, verschärfte das Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien (KOMINFORM) den rigiden Kurs einer durchgehenden Stalinisierung aller kommunistischen Parteien des unmittelbaren sowjetischen Einflußbereichs.

4 Vgl. ebd.

5 SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4–380.

6 SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4–20.

Mit der nun offen betriebenen Stalinisierung der Partei sollte insbesondere mit dem Instrument der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) sowohl die Verwandlung des SED-Apparats in den einer stalinistischen Kaderpartei als auch des Mitgliedskörpers in den einer disziplinierten und gefolgschaftstreuen Massenpartei betrieben werden. Das schon erwähnte sich entwickelnde Mißverhältnis zwischen tatsächlichem Widerstand aus der SED heraus und der enormen repressiven Energie gegen SED-Mitglieder und -Funktionäre charakterisiert bereits den vom Autor unterstellten, in erster Linie präventiv-einschüchternden und autoritär-„erzieherischen“ Charakter demonstrativer Säuberungshandlungen von Parteikontrollorganen.

Natürlich gab es reale Gefährdungen des sich herausbildenden stalinistischen innerparteilichen Politikmonopols. Besonders gefährlich erschienen der SED-Führung die früher von der KPD zur KPD(O) (KPO)<sup>10</sup> gewechselten Kommunisten. Bekannt war, daß die KPO früher vor allem in Sachsen und Thüringen starken Zulauf hatte. Tatsächlich haben ehemalige KPÖler in nicht ganz unbeträchtlichem Umfang nach 1945 in allen Besatzungszonen wieder den Kontakt miteinander hergestellt und die politische Lage sowie die organisatorische Zukunft der oppositionellen Kommunisten diskutiert. Schon im Januar 1947, als „eine systematische Beobachtung der feindlichen Gruppen in der Partei ... noch nicht (existierte)“<sup>11</sup>, wurden laut einem „Bericht über Aktivitäten oppositioneller Elemente in Berlin, der Ostzone und den Westzonen“ vom 28. Januar 1948 in fast allen Berliner Stadtbezirken reorganisierte Gruppen der KPO, aber auch Gründungen von Spartakus, der KAP, der Gruppe „Neu Beginnen“ und Zusammenschlüsse trotzkistischer Tendenz, zum Teil mit Beteiligung und unter der Führung von SED-Mitgliedern (so die Gruppe unter Führung des SED-Mitglieds Alfred Weiland, ehemals AAU) ausgemacht. Spätere genauere Erhebungen der ZPKK rekonstruierten zum Beispiel die Versuche der vom Naziterror relativ wenig dezimierten KPÖler Berlins, 1946 ihre Verbindungen wiederherzustellen, ohne allerdings die KPO als solche zu reorganisieren<sup>12</sup>.

10 Die KPD (Opposition), auch KPO, wurde im Dezember 1928 als Organisation der „Rechtsopposition“ gegründet und von August Thalheimer sowie Heinrich Brandler geführt.

11 Ergänzung zum Bericht über organisierte feindliche Oppositionsgruppen, SAPMO-BArch IV 2/4–385.

12 Vorläufiger Bericht über die KPO Berlin vom 11. 8. 1951, verfaßt von Paul Laufer, ZPKK; SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4–385.

Die ZPKK behauptete im oben erwähnten Bericht, die Taktik der KPÖler in der SED bestünde darin, kleine Gruppen zu bilden, die Unzufriedenen in der SED kennenzulernen und daraufhin mit ihnen direkte Verbindung aufzunehmen. So ist leicht nachvollziehbar, wie ängstlich die Parteiorgane von Anfang an nach Beispielen solcher in der Tat erfolgversprechenden und klugen Taktik Ausschau hielten. Im ZPKK-Bericht heißt es jedoch auch, daß aus Befragungen ehemaliger KPÖler hervorgehe, sie lehnten in der Mehrzahl nach 1945 die Aufrechterhaltung ihrer Partei oder eine Fraktionsarbeit in der SED ab. Die Parteiakten dokumentieren trotzdem schon sehr früh Maßnahmen gegen solche Mitglieder, so gegen die 1947 aus der SED ausgeschlossene und aus dem Volksbildungsministerium entfernte Käthe Draeger, KPO-Aktivistin in der illegalen Arbeit nach 1933, oder gegen den seinem Parteiausschluß durch Austritt zuvorkommenden Heinz Krause, aufgefallen als Verteiler von KPO-Material, durch seine kritische Haltung zur SED-Politik und gegenüber Stalin sowie als Verfechter der Aufrechterhaltung einer KPO-Fraktionstätigkeit in der SED<sup>13</sup>.

Exemplarisch war dann die Abrechnung mit dem früheren KPD- und dann KPO-Landtagsabgeordneten und späterem SED-Mitglied Alfred Schmidt. Wegen Reorganisation der KPO in Erfurt und Teilnahme am Aufbau der KPO in Thüringen wurde dieser linke Kritiker der sowjetischen Besatzungs- und Reparationspolitik im Juni 1948 aus der SED ausgeschlossen und einige Tage später mit anderen zusammen von der sowjetischen Besatzungsmacht in Erfurt verhaftet<sup>14</sup>.

Er wurde von einem sowjetischen Militärtribunal wegen antisowjetischer Propaganda zum Tode verurteilt und dann zu 25 Jahren Arbeitslager ‚begnadigt‘. Schmidts KPO-Genosse Paul Elflein aus Saalfeld wurde im September 1948 aus der SED ausgeschlossen und entkam seiner drohenden Verhaftung durch die Flucht nach Westdeutschland<sup>15</sup>.

Die Furcht der SED-Führung vor einer Revitalisierung der KPO schien also alles in allem keineswegs abwegig. Deren Anhänger, welche wegen ihrer kritischen Haltung gegenüber allen Besatzungsmächten auch in den Westzonen nie eine Legalisierung für sinnvoll hielten, waren geschult in konspirativer politischer Arbeit und ausgestattet mit den Erfahrungen des illegalen Kampfes

13 Vgl. ebd.

14 Vgl. ebd.

15 Vgl. Paul Elflein, Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein, Hamburg 1978, S. 110 ff.

gegen das Naziregime. Besonders provozierend für die SED-Stalinisten war es, daß die KPO im übrigen für sich in Anspruch nehmen konnte, mit ihrer damaligen Faschismusanalyse und ihrer Kritik einerseits an der Sozialfaschismuskonzeption der KPD, andererseits an der verfehlten SPD-Politik in der Weimarer Republik vor der Geschichte recht behalten zu haben. In einem Beschluß des Sekretariats des ZK vom 24. 8. 1950 hieß es dann auch: „Die ZPKK wird ersucht, unverzüglich alle früheren Mitglieder der KPO, ihre Beziehungen und Tätigkeit festzustellen und die notwendigen Maßnahmen zu beschließen.“ Es erfolgte eine Überprüfung der Parteiapparate der Kreise mit ehemals starkem KPO-Einfluß durch sechs Parteikontrollkommissionen besonders in Oschatz und in Oelsnitz/Vogtland. Im diesbezüglichen „Bericht über die Tätigkeit von Genossen ehemaliger parteifeindlicher Gruppierungen“ vom 16. 11. 1950 wird aber kein Anhaltspunkt für eine breitere Fraktionstätigkeit ausgemacht. Zur Rekonstruktion früherer KPO-Verbindungen wurden von den Parteikontrollorganen sogar die Akten der Gestapo Thüringen vom Februar 1935 über deren Verfolgung von KPOlern ausgewertet<sup>16</sup>.

Während der zahlenmäßig große „SPD-Flügel“ in der SED weitgehend auf organisierte Opposition verzichtete – obwohl bis 1950 über 5 000 Sozialdemokraten mindestens zeitweilig inhaftiert waren –, übten die wenigen Aktivisten ehemaliger linker Splittergruppen offenbar zeitweise einen für ihre Verhältnisse beträchtlichen Widerstand gegen die Stalinisierung der SED und waren daher härtesten Verfolgungen ausgesetzt. Doch auch wer als ehemaliges Mitglied oppositioneller Splittergruppen jeglicher Opposition abschwor, war verdächtig. So wurde zum Beispiel der aus faschistischem Zuchthaus und KZ in die KPD und dann SED zurückgekehrte Robert Siewert, Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt, 1950 wegen seiner KPO-Vergangenheit seiner Funktionen enthoben. Auch Jakob Walcher, ehemals SAP<sup>17</sup> und Chef der Gewerkschaftszeitung „Tribüne“, wurde in einer Stellungnahme der Landesüberprüfungskommission vom 29. April 1951 als seit Jahrzehnten „zu den ärgsten Feinden der revolutionären Arbeiterklasse und ihrer Partei“ gehörend für den Parteiausschluß vorgeschlagen<sup>18</sup>. Solche an prominenten früheren

KPO- oder SAP-Mitgliedern statuierte Exempel hatten den Zweck, alle potentiellen Abweichler in die Deckung zu treiben.

---

### III. Die Säuberungen 1950–1955

---

Auch die meisten Opfer des Anfang der fünfziger Jahre von der Parteiführung entfesselten Kampfes „gegen die Tito-Faschisten“, gegen den Trotzismus und Sozialdemokratismus, zur „Abwehr imperialistischer Agenten- und Spionagetätigkeit“ und zur „Entlarvung zionistischer Verschwörungen“ in der Partei im Umfeld der Prozesse um Lazlo Rajk und Rudolf Slansky in Budapest und Prag bekamen keineswegs die Quittung für eine etwaige oppositionelle Tätigkeit. Sie waren vielmehr Geiseln im Dienst der SED-Stalinisierung und der Transmission wechselnder sowjetischer außenpolitischer (insbesondere ost- und südosteuropapolitischer) Interessen während der Entfaltung des Kalten Kriegs. Besonders geeignet für Verschwörungslegenden erschienen auch jene Genossen, bei denen sich aufgrund ihrer ehemaligen Westmigration außerordentlich leicht parteifeindliche Verbindungen behaupten ließen. In diesem Licht entschlüsseln sich zum Beispiel auch die Deklaration Paul Merkers als Trotzist und die „Entlarvung“ der „Verräter“ Bruno Goldhammer, Maria Weiterer, Lex Ende, Leo Bauer und Willi Kreikemeyer wie auch die spätere Untersuchung gegen Franz Dahlem<sup>19</sup>. Bereits im Jahre 1949 verfügte

---

19 Paul Merker, seit 1920 Mitglied der KPD und nach seiner Rückkehr aus dem Exil Mitglied des Parteivorstands, des Zentralsekretariats und des Politbüros der SED, gab durch eine frühere Verbindung zu Noel Field den Anlaß für die Entfernung aus allen Funktionen und für seinen Ausschluß aus der SED im August 1950. Der US-Amerikaner Noel Field war während der Nazi-Zeit Beauftragter der Hilfsorganisation Unitarian Service Committee für Westeuropa, half einer Vielzahl politischer (insbesondere kommunistischer) Emigranten und fungierte als politischer Kurier. Er wurde 1949 in der Tschechoslowakei verhaftet und von nun an in den Prozessen und Untersuchungen der Ostblock-Länder als angebliches Bindeglied zum amerikanischen Geheimdienst mißbraucht. Bruno Goldhammer war zum Zeitpunkt seiner Ablösung am 14. Juli 1950 Abteilungsleiter im Amt für Information der Regierung. Maria Weiterer arbeitete als Organisationssekretärin im Frauenverband DFD. Lex Ende, bis Mai 1949 in der Chefredaktion des „Neuen Deutschland“ und dann als Herausgeber der DSF-Wochenzeitung „Friedenspost“ tätig, landete nach seinem Parteiausschluß wegen „Klassenverrats“ schließlich als Buchhalter in einem Hüttenwerk. Leo Bauer war Chefredakteur des „Deutschlandsenders“ und Willi Kreikemeyer arbeitete zum Zeitpunkt seiner „Entlarvung“ als Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn. Alle genannten wurden auf ZPKK-Beschluß vom 18. Juli 1950 aus der SED ausgeschlossen (SAPMO-

16 Vgl. SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4–385.

17 Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) wurde als Abspaltung von der SPD nach deren Leipziger Parteitag im Oktober 1931 gegründet. Sie trat für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse ein und war relativ gut auf die Illegalität während der Nazi-Zeit vorbereitet.

18 SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4–48.

das Politbüro auf seiner Sitzung vom 18. Oktober die systematische Überprüfung aller früheren Westemigranten oder ehemals in westalliierten bzw. jugoslawischer Kriegsgefangenschaft befindlichen führenden SED-Funktionäre. Sonderkommissionen untersuchten unter Aufsicht der ZPKK besonders intensiv den Partei-, Regierungs- und Verwaltungsapparat nach Parteifeinden. Vorerst sprach der am 22. 4. 1952 vom Politbüro bestätigte Abschlußbericht der Zentralen Kommission von nicht weniger als 150 696 ausgeschlossenen oder gestrichenen Mitgliedern und Kandidaten der SED<sup>20</sup>.

Anders als bei den meisten Opfern solcherart Schaustücke „revolutionärer Wachsamkeit“ handelte es sich in den Fällen erwiesener maßgeblicher Beteiligung von Mitgliedern und Funktionären der SED an den Streiks des Juni 1953 (zum Teil führend bei den Streik- und Protestaktionen) tatsächlich um Beispiele für Widerstand. Am 14. Juli 1953 war etwa die Duldung oder Unterstützung der Proteste in der Warnow-Werft in Rostock durch verantwortliche Parteimitglieder sogar Politbürosache<sup>21</sup>.

Die sich dann 1953/54 in den Führungsgremien der SED abspielenden Auseinandersetzungen waren typischer Ausdruck innerbürokratischer Rationalitätskonflikte. Solche Konflikte spiegelten lediglich differierende Optionen in der Frage möglichst effektiver Herrschaftstechniken unterhalb des Niveaus strategischer Zwecksetzungen wider. Sie spielten sich ausschließlich im Apparat ab und verließen niemals den Rahmen parteibürokratischer Loyalität. Im Falle der gemäßregelten Zaisser/Herrnstadt-Gruppe<sup>22</sup> kann ebensowenig wie

BArch, ZPA IV 2/4–106). Goldhammer, Bauer und Kreikemeyer wurden im August 1950 verhaftet. Kreikemeyer wählte 1950 in der Haft den Freitod, Lex Ende verstarb im Januar 1951 nach seiner „Umsetzung“ in den Bergbau. Bauer wurde im Dezember 1952 von einem sowjetischen Gericht zum Tode verurteilt und dann zu 25 Jahren Zwangsarbeit begnadigt. Franz Dahlem, seit 1920 ZK- und seit 1929 Politbüro-Mitglied der KPD, war von 1933 bis 1937 Mitglied ihrer Auslandsleitung, in Spanien und Frankreich tätig und nach französischer Internierung in Gestapo- und KZ-Haft. Seit 1946 Mitglied des Parteivorstands bzw. ZK der SED, wurde er im Mai 1953 aus dem ZK ausgeschlossen unter der Anschuldigung angeblicher „politischer Blindheit gegenüber der Tätigkeit imperialistischer Agenten und wegen nichtpartei-mäßigen Verhaltens zu seinen Fehlern“.

20 Vgl. SAPMO-BArch, ZPA J IV 2/2–208.

21 Vgl. SAPMO-BArch, ZPA J IV 2/2–305.

22 Wilhelm Zaisser, ab 1950 Minister für Staatssicherheit, wurde im Juli 1953 wegen „partei-feindlicher fraktioneller Tätigkeit“ zusammen mit Rudolf Herrnstadt, Chefredakteur der Zeitung „Neues Deutschland“, aus dem Politbüro und dem ZK der SED ausgeschlossen. Im Januar 1954 folgte für beide auch der Parteiausschluß.

bei Merker von innerparteilichem oppositionellem Handeln, sondern es muß (allerdings anders als bei Merker) von apparatkonformer Konfliktbereitschaft gesprochen werden, wobei die „politischen Unkosten“ einer Niederlage gemäß der Logik des bürokratischen Zentralismus unter Verhältnissen einer stalinistischen Diktatur ebenfalls auf den Parteiausschluß oder Schlimmeres hinausliefen. Diese Konfliktbereitschaft von Zaisser und Herrnstadt, die übrigens entgegen der offiziellen Anklage niemals als „Fraktion“ auftraten, äußerte sich in ihrer scharfen Kritik an dem auch aus innerbürokratischer Sicht fatalen Kurs Ulbrichts vor dem Juni 1953. Diese Kritik blieb jedoch „apparatkonform“ im Sinne der aufrechterhaltenen Anerkennung des bürokratischen Monopols gesellschaftspolitischer Zwecksetzung.

---

#### IV. Poststalinistische Säuberungspraxis

---

Nach den Eröffnungen Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 zur Neubewertung der stalinistischen Repressionswellen in der sowjetischen Partei stand die Parteiführung der SED vor einem doppelten Problem: Erstens mußte diesem Deutungswandel Rechnung getragen werden, ohne dabei mit der oben beschriebenen Logik der eigenen innerparteilichen Disziplinierungen während der Konstitutionsphase des Stalinismus in der SBZ/DDR zu brechen. Es ging vielmehr darum, die terroristische Phase der Parteinormierung abzulösen durch differenziertere Formen der Repression, die allerdings ebenso konsequent gehandhabt werden sollten wie zuvor die hochstalinistische Säuberungspraxis.

Zweitens sahen sich seit 1956 die vormalig verantwortlichen Betreiber der Säuberungen in der SED wegen der kaum gebrochenen personellen Kontinuität in der Parteispitze mit der heiklen Frage ihrer Verantwortung für die damalige Praxis angesichts befürchteter diesbezüglicher Nachfragen aus den eigenen Reihen konfrontiert. Obwohl in der SBZ/DDR zuvor auf Schauprozesse nach dem Vorbild der Rajk/Slansky/Kostoff-Inszenierungen verzichtet worden war, gewann das Problem für die SED zusätzlich an Schärfe, da noch 1954/55 eine Reihe von Geheimprozessen mit drakonischen Strafmaßen stattfanden (so gegen Friedrich und Anna Schlotterbeck, Bruno Goldhammer, Fritz Sperling/KPD, Hans Schrecker, Paul Merker, Max Fechner) und die Parteisäuberungen 1949 bis

1951 noch in frischer Erinnerung waren. Um Irritationen über die Funktion von Parteikontrolle und Disziplinierungszielen vorzubeugen, mußte so schnell wie möglich die ‚Entsorgung‘ stalinistischer Ballasts mit der neuen Legitimation fortgesetzter Anstrengungen für die Erhaltung der ‚Einheit und Reinheit der Partei‘ kombiniert werden. Inkonsequente Entstalinisierung unter Abwendung jeden Autoritätsverlusts des Ulbrichtschen Politbüros und die Definition der neuen Disziplinierungsoption ‚Kampf gegen den Revisionismus‘ hatten sich 1958 endgültig durchgesetzt. Der Prozeß gegen die Harich-Janka-Gruppe 1957 stand eindeutig im Dienst der Durchsetzung dieser Linien zur Wiederbefestigung der Autorität des angeschlagenen Politbüros<sup>23</sup>.

Die 1957/58 erfolgte Abrechnung mit der fälschlich als ‚Fraktion‘ verurteilten Gruppierung um Schirdewan, Oelßner, Selbmann, Wollweber und Ziller ist entgegen den scharfen offiziellen Anklagen als Ausdruck innerbürokratischer Rationalitätskonflikte anzusehen<sup>24</sup>. Die ‚Opposition‘ sowohl der Harich-Janka-Gruppe als auch von Schirdewan, Wollweber, Ziller, Oelßner und Selbmann 1957/58 war tatsächlich eine vorsichtige apparatimmanente Gegnerschaft zur Ulbricht-Linie in der Parteiführung. Dabei gaben Ulbricht ebenso wie seine Kreaturen Matern und Honecker in der Tat wegen ihrer rigiden Verweigerung noch so kleiner Öffnungen des innerparteilichen Diskurses zu Fragen der Parteivergangenheit und des ‚Demokratismus‘ mehr als genug Anlaß, ihren Kurs selbst nach den Maximen politbürokratischer Rationalität in Frage zu stellen. Bereits auf der 30. ZK-Tagung Ende Januar 1957 wurde der anti-revisionistische Kampf in den Wirtschafts-, Staats-

und Rechtswissenschaften eröffnet, und Ernst Bloch sah sich als Repräsentant des ‚philosophischen Revisionismus‘ kritisiert. Wirtschaftswissenschaftler übten erste vorsichtige Kritik am praktizierten Wirtschaftsmechanismus. Daraufhin beschäftigten sich zur Jahreswende 1956/57 sowohl das Politbüro wie das Sekretariat des ZK mit der ‚Angelegenheit Behrens/Benary‘, um die Frühstarter in Sachen Wirtschaftsreform auszubremsen.

Ein zur Sitzung des Politbüros am 21. Februar 1961 vorliegender ‚Bericht der ZPKK über die Ergebnisse und Erfahrungen ihrer Arbeit im Kampf um die Einheit und Reinheit der Partei‘ enthält eine Fülle von Beispielen für Widerspruch und zum Teil sogar organisierten Widerstand in Parteigrundorganisationen und aus Parteileitungen heraus. So ist von Erscheinungen feindlicher Ideologien in den Parteiorganisationen von Karl-Marx-Stadt, Magdeburg und Neubrandenburg sowie von Auffassungen wie denen vom undemokratischen Charakter der Wahlen, der nötigen Wiederzulassung der SPD und diktatorischen Verhältnissen in der SED (Ortsparteiorganisation Gornau) die Rede. Es heißt: ‚In der Parteiorganisation im Holzverarbeitungswerk Klosterfelde wurde offen die Forderung nach einem ‚menschlichen Sozialismus‘ erhoben und mit einem neuen 17. Juni gedroht.‘ Es ‚konnte in der APO Entwicklungsbau Pirna... eine parteifeindliche Gruppe eine offene Hetze gegen Partei und Regierung entfalten, die von dem größten Teil der Mitglieder unterstützt und geduldet wurde. Diese parteifeindlichen Kräfte gehörten der Parteileitung an... Die Hauptprovokateure wurden aus der Partei ausgeschlossen.‘ Der Bericht spricht auch von Streiks mit unterschiedlicher Beteiligung und Dauer: ‚Die Analyse der Streiks zeigt..., daß Mitglieder der Partei sich an ihnen beteiligten und in einigen Fällen zu Organisatoren von Streiks wurden.‘<sup>25</sup>

---

## V. Parteidisziplinarische Normalität unter Ulbricht und Repressionspraktiken unter Honecker

---

Die parteidisziplinarische Normalität unter Ulbricht während der sechziger Jahre läßt sich beschreiben als Schwanken zwischen dem Bemühen um mehr Realismus bei der Beherrschung der sich entwickelnden Widersprüche und der Suche

---

25 SAPMO-BArch, ZPA J IV 2/2-751.

23 Zur Gruppe um Harich/Janka siehe: Walter Janka, Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Berlin 1990; Wolfgang Harich, Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Berlin 1993.

24 Karl Schirdewan wurde im Februar 1958 wegen ‚Fraktionstätigkeit‘ aus dem ZK ausgeschlossen, da er sowohl in dem von ihm vorgeschlagenen Umfang der anhängigen Entstalinisierung als auch mit seiner Kritik am Wirtschaftskurs der Partei weiter zu gehen gewillt war, als die Parteiführung akzeptieren konnte. Fred Oelßner wurde im Februar 1958 nach seiner Kritik an Elementen wirtschaftspolitischer Vorhaben des Ulbricht-Flügels unter dem Vorwurf ‚wiederholter Verletzung der Disziplin des Politbüros‘ aus diesem ausgeschlossen und seiner Funktionen im Ministerrat enthoben. ZK-Mitglied Erich Selbmann wurde wegen seiner Kritik an der Parteiführung ebenfalls der ‚Schirdewan-Gruppe‘ zugeschlagen und zog seinen Kopf durch entwürdigende Selbstkritik aus der Schlinge. Auch Ernst Wollweber, zuvor Staatssekretär bzw. Minister für Staatssicherheit, wurde wegen ‚Fraktionstätigkeit‘ zusammen mit Karl Schirdewan aus dem ZK der SED ausgeschlossen. Gerhard Ziller verübte 1957 Selbstmord nach Auseinandersetzungen über die Wirtschaftspolitik.

nach neuen, zeitgemäßen Herrschaftstechniken. Der „Kulturkampf“ im Umfeld des 11. ZK-Plenums Dezember 1965 und die sich nun entfaltenden Angriffe gegen ideologische Abweichler wie Havemann, Biermann und andere waren vor diesem Hintergrund nicht einfach nur die Wiederkehr ideologischer Militanz der fünfziger Jahre, sondern auch mit dem gezielteren Einsatz erprobter Disziplinierungstechniken (z. B. Berufsverbote) verbunden. Dies sollte sich in der DDR besonders bei der Bewältigung der Auswirkungen der tschechoslowakischen Krise nach 1968 „bewähren“. Nach dem Einmarsch der Truppen der Warschauer Vertragsstaaten informierte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) über Parteiaustritte bzw. deren Ankündigung<sup>26</sup>. Es ist davon die Rede, daß sich im Querschnitt die innerhalb der SED geäußerten kritischen Haltungen zur Intervention in der ČSSR nicht von denen in der Bevölkerung unterschieden.

Nach der Ablösung Ulbrichts durch Erich Honeker 1971 schien zunächst vieles auf eine innenpolitische Entspannung hinzudeuten. Jedoch führte die Ausbürgerung des im Westen auf genehmigter Konzertreise befindlichen Wolf Biermann im November 1976 zur schwersten Krise der Beziehungen zwischen der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz und der Politbürokratie seit 1965. Unter den in der Folgezeit in die Bundesrepublik getriebenen Autoren gab es eine ganze Reihe von ehemaligen Parteimitgliedern, die zum Teil auch in Partei- und Berufsverbandsfunktionen tätig gewesen waren. Eine neue Methode bestand in diesem Zusammenhang auch in der Aushändigung von Dauervisa für den Aufenthalt im westlichen Ausland bei gleichzeitiger Behinderung der Arbeits- und Veröffentlichungsmöglichkeiten in der DDR. Man versprach sich davon, die Glaubwürdigkeit der Kritik unangepaßter Autoren an den Zuständen in der DDR durch ihre privilegierte Ferne zu untergraben und sie langfristig ganz loswerden zu können, ohne sie mit hohen politischen Kosten (wie im Falle Rainer Kunzes 1977) ausbürgern zu müssen.

Das Beispiel des aus der SED kommenden Rudolf Bahro und sein 1977 in der Bundesrepublik erschienenes Buch „Die Alternative“ waren eine schallende Ohrfeige für die parteiliniertreuen intellektuellen Apologeten der systematischen Verfälschung marxistischer Theorie in Gestalt des

„ML“. Bahros Verurteilung und sein Buch blieben nicht ohne Wirkung: In Berlin arbeiteten zu dieser Zeit parallel wenigstens drei aus SED-Mitgliedern bestehende konspirative Gruppen, die zum Teil mit anderen Zirkeln und untereinander vernetzt waren und von den Sicherheitsorganen als Operativer Vorgang geführt bzw. als Einzelpersonen erfaßt wurden<sup>27</sup>. Die von den Gruppen angestrebte Intensivierung der Verbindungen nach Osteuropa – insbesondere nach Polen –, das Vorhaben eines Offenen Briefes an die Mitglieder der kommunistischen und Arbeiterparteien anläßlich des 60. Jahrestages der russischen Oktoberrevolution und Geldsammlungen für die streikenden polnischen Arbeiter in Radom veranlaßten die Organe der Staatssicherheit, diesen Personenzusammenschluß zu zerschlagen.

Bei den wenigen kritischen Parteintellektuellen der achtziger Jahre vollzog sich dann mehrheitlich ein Paradigmenwechsel: Sie bewegten sich weg von den Begriffen eines „demokratischen Sozialismus“ der sechziger und siebziger Jahre hin zu Begriffen eines „modernen Sozialismus“: Nun wurde den Herrschenden die Implantation marktwirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Strukturen des entwickelten Kapitalismus, angereichert durch sozialstaatliche Wohlfahrtsregulierung, empfohlen<sup>28</sup>.

Doch auch in den achtziger Jahren und trotz des über drei Jahrzehnte vorangetriebenen Prozesses der Subordination der Parteibasis unter ihre sich als ebenso unfehlbar wie unanfechtbar darstellende bürokratische Führung hat gerade in den Grundorganisationen der SED eine Minderheit von Parteimitgliedern immer wieder in sehr klarer und entschiedener Weise Widerspruch geübt. Für die Parteikontrollorgane kam es darauf an, solchen Widerspruch so zu behandeln, daß sich Kritik innerhalb der Parteistrukturen nicht in organisierten politischen Widerstand verwandelte. Tatsächlich war in den seltensten Fällen innerparteilicher Widerspruch mit einem organisierten oppositionellen Selbstverständnis verbunden. Aber natürlich war sein Entstehen dort, wo eigentlich die Transmission machtgeleiteter bürokratischer Strategien in die Gesellschaft hinein erfolgen sollte, besonders gefährlich. Dieser richtigen Einsicht gemäß handelten auch die Kontrollorgane. Dies lief keineswegs immer auf drakonische Abstrafungen hin-

27 Vgl. BStU, ZA – ZAIG (ohne Nr.).

28 Vgl. dazu die Ende 1989 veröffentlichten Arbeitspapiere der Gruppe „Moderner Sozialismus“ oder den Aufsatz von Rainer Land, „Vom „modernen Sozialismus“ zum „libertären Öko-Sozialismus“?, in: LIFO-Info, (1994) 1.

aus, sondern das Bemühen um konforme Integration kritischer Ambitionen erwies sich häufig als die klügere Taktik. Doch auch hier waren die Grenzen klar gezogen. Als exemplarisch kann die Untersuchung der Bezirksparteikontrollkommission (BPKK) Berlin in den Abteilungsparteiorganisationen (APO) 16 und 17 der Betriebsparteioorganisation (BPO) Flugtechnik (Parteiorganisation Interflug) vom Dezember 1980 gelten. Die von der BPKK geprüften Rechenschaftsberichte beider APO-Leitungen übten „massive Kritik wegen der angeblich schlechten Informationspolitik der Partei“, insbesondere „zur Lage in Polen“. Neben der Kritik an übergeordneten Leitungen wegen der Duldung solcher Positionen verfügte die BPKK den Parteiausschluß des erwähnten APO-Sekretärs<sup>29</sup>.

Spätestens seit 1986 nahmen innerhalb der SED-Mitgliedschaft Unzufriedenheit, Kritik und schließlich sogar die Ablehnung der herrschenden SED-Politik zu. Während Teile der SED-Mitgliedschaft die Signale des Umbruchs aus der Sowjetunion sehr sensibel registrierten, blieb die Politik der SED-Führung zur Isolierung unabhängiger oppositioneller Gruppierungen von der Bevölkerung und der permanenten innerparteilichen Strafandrohungen zur Behinderung von Verbindungen innerparteilichen kritischen Potentials zu jener Opposition nach wie vor erfolgreich.

Lageberichte des MfS konstatierten hinsichtlich der Proteste gegen das „Sputnik“-Verbot<sup>30</sup>, daß es „kaum Meinungs- und Argumentationsunterschiede bei sich äußernden Personen zwischen Mitgliedern der SED und Parteilos“ gäbe und der Unmut eine „Vielzahl z. T. langjähriger Mitglieder und Funktionäre der SED“ erfasse<sup>31</sup>. Ein Bericht des MfS vom 11. September 1989 mit „Hinweise(n) auf beachtenswerte Reaktionen von Mitgliedern und Funktionären der SED zu einigen aktuellen Aspekten der Lage in der DDR und zum innerparteilichen Leben“ sprach von „angekündigten Austrittserklärungen aus der SED“ wegen „Nichtverständnis der ökonomischen Politik der Partei“ und „Ablehnung der Informationspolitik“. Wegen „der wachsenden Tendenz unter den Werktätigen, die Partei- und Staatsführung für die entstandene Lage verantwortlich zu machen“, sei eine „scharfe Kritik von Mitgliedern und Funk-

tionären der SED an der Arbeit der übergeordneten Parteileitungen“ zu konstatieren. Die „Abstempelung als Nörgler statt klare Antworten auf Parteiversammlungen“ zu geben wäre die Folge der zuvor in Umlauf gesetzten berüchtigten innerparteilichen Information über den Umgang mit Kritikern<sup>32</sup>.

Schon 1987/88 war in Bezirksparteikontrollkommissions- und Kreisleitungsberichten über Grundorganisations-Mitgliederversammlungen von Forderungen nach mehr innerparteilicher Demokratie, nach öffentlicher Problematisierung des wirtschafts- und sozialpolitischen Kurses sowie von wachsender Unzufriedenheit über die Reiseeregungen und die Praxis der Erfolgspropaganda die Rede<sup>33</sup>. Diese geäußerte Kritik schlug sich in einer Welle von Parteiausschlüssen, insbesondere wegen Protesten gegen das erwähnte „Sputnik“-Verbot, nieder. Die das ZK bis Dezember 1988 gerade hierzu erreichenden 800 Eingaben waren zu 75 Prozent von SED-Mitgliedern, darunter 57 von ganzen Parteigruppen, verfaßt. Vorwiegend aus Kreisen der Parteiintelligenz stammend, sahen sich die Eingabeverfasser vom Apparat in Auseinandersetzungen mit dem Ziel der Rücknahme ihrer Kritik verwickelt<sup>34</sup>. Es verwundert daher nicht, daß der von Erich Mückenberger<sup>35</sup> im Januar 1989 gegebene Bericht der ZPKK über die 1988 durchgeführten fast 23 000 Parteiverfahren und eine hohe Rate politisch motivierter Parteistrafen eindeutige Signale setzte. Gemessen an den 2,3 Millionen Mitgliedern und der niedrigen Sanktionsschwelle ist diese Zahl zwar gering, dennoch markierte sie eine neue Dimension. Hinzu kam eine erste Austrittswelle, die ebenso eindeutig den wachsenden Unmut belegte. Es zeigte sich aber auch, daß die Mehrheit der innerparteilichen „Nörgler und Meckerer“ die Perspektive der von Gorbatschow damals betriebenen Politik als „Parteireform von oben“ akzeptierte, und dies zu einer Art Selbstbindung in Form – vergeblicher – Heilsserwartung auf eine „SED-Reformfraktion“ im oberen Funktionärskörper beitrug.

32 BStU, ZA-ZAIG, Nr. 4256. Solche internen Parteiinformationen wurden zumeist für die Anleitung der Grundorganisations-Parteileitungen oder zur Vorbereitung und Durchführung von Parteiversammlungen aus wichtigen Anlässen versandt. In der erwähnten Parteiinformation wurde empfohlen, sich von unbelehrbaren Kritikern zu trennen.

33 Vgl. Heinrich Bortfeldt, Von der SED zur PDS, Bonn – Berlin 1991, S. 21 ff.

34 Vgl. ebd., S. 37 f.

35 Erich Mückenberger war Nachfolger von Hermann Matern in der Funktion des Vorsitzenden der ZPKK. Hermann Matern bekleidete diese Funktion von 1949, dem Jahr der Konstituierung der ZPKK, bis zu seinem Tode 1971.

29 Vgl. SAPMO-BArch, ZPA IV D 2/3–396.

30 Der DDR-Vertrieb des sowjetischen „Sputnik“-Digest wurde im November 1988 wegen dort publizierter historischer Exkurse zur Politik der Kommunistischen Internationale sowie der KPD-Geschichte auf Honeckers Anweisung verboten.

31 Vgl. BStU, ZA-ZAIG, Nr. Z 4244.

Statt innerparteilichen Gegendrucks gab es mit dem 7. ‚Durchhalte-‘Plenum vom Dezember 1988 den letzten und wohl entscheidenden Sieg der Parteiführung über ihre Parteibasis, die sich auch in der Krise und trotz spürbar wachsender Unzufriedenheit weiter nachhaltig entmündigen ließ. Die erste, von der Parteibasis initiierte große Massendemonstration von über zehntausend SED-Mitgliedern vor dem ZK-Gebäude während der 10. ZK-Tagung am 8. November 1989 signalisierte der neuen Interimsführung unter dem Wendebürokraten Krenz die massive Unzufriedenheit der Parteibasis angesichts der geplanten halbherzigen Personalentscheidungen und des feigen Ausweichens vor politischen Konsequenzen. Das Versagen des ZK auf seiner 10. Tagung schlug sich danach in den Losungen der Massendemonstration von 150 000 SED-Mitgliedern im Berliner Lustgarten nieder.

Angesichts dieses Drucks von unten war die auf der 11. Tagung am 13. November 1989 eilig vollzogene Revision in Richtung Sonderparteitag nur die Quittung des ZK-Bankrotts. Die Partei war nicht mehr handlungsfähig. Das Tempo, mit dem sie zerfiel, kann nach der Schwächung des Zentralismus – der „Bewegungsform“ der SED, die als Massenpartei von der Parteibürokratie nur als Instrument gebraucht und aufgebaut wurde – gerade in der Krise nicht verwundern. Es sollte sich zeigen, daß die innerparteilichen Kräfte für einen radikalen Bruch zu schwach waren und sich das von der Krise diktierte Tempo als zu groß erwies, als daß diese Tendenz sich hätte durchsetzen können. Sowohl die Tiefe der Krise als auch die Schwäche innerparteilicher Opposition waren Folgen jahrzehntelanger politbürokratischer Gesellschaftsdestruktion und entpolitiserender Sozialisation der SED-Mitgliedschaft.

# Die ideologische Kontrolle der DDR durch das Ministerium für Staatssicherheit

## I. Vorbemerkungen

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) betätigte sich seit seiner Bildung als Polizei im vorkonstitutionellen Sinne, das heißt ohne rechtliche Schranken und ohne festgelegte Abgrenzung der Kompetenzen zu anderen staatlichen Organen<sup>1</sup>. Das Gründungsgesetz beschränkte sich auf die lapidare Festlegung, die bisher dem Ministerium des Innern unterstellte Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft werde zu einem selbständigen Ministerium für Staatssicherheit. Sein Statut vom 30. Juni 1969 beschrieb zwar später dessen Aufgaben, verzichtete aber darauf, spezielle Zuständigkeiten festzulegen. Außerdem blieb es bis zum Ende des MfS eine „Geheime Kommandosache“. Das Statut hatte deshalb niemals Allgemeinverbindlichkeit, es hatte nicht einmal den Charakter einer internen Verwaltungsvorschrift, da vom Bestätigungsbeschluß des Nationalen Verteidigungsrates nur zwei Ausfertigungen existierten<sup>2</sup>. Es fragt sich, welchen Zweck es überhaupt hatte<sup>3</sup>.

Wichtig ist freilich der § 4 Abs. 2 des Statuts. Ihm zufolge hatte das MfS die Abwehr- und Aufklärungsaufgaben „unter Anwendung spezifischer Mittel und Methoden“ zu erfüllen. Das kann als Bestätigung dafür angesehen werden, daß das MfS davon ausgehen konnte, daß ihm alles erlaubt war, was seinen Zwecken diene – vor allem daß es im Dunkeln tätig war und sich des Dienstes von Spitzeln im Inland und von Spionen im Ausland bediente.

Aus dem Organisationsplan des MfS ergibt sich, daß die Zuständigkeit für seine vielen (geheim-)

polizeilichen und anderen Tätigkeiten auf spezielle Einheiten („Linien“, wenn sie auf zentraler und bezirklicher Ebene ausgeübt wurden, sonst jedoch „operative“ und andere Dienststeinheiten) verteilt war<sup>4</sup>. So waren z.B. die Hauptabteilung (HA) IX zuständig als Untersuchungsorgan im Sinne des § 88 Strafprozeßordnung (StPO) der DDR, die HA XVIII zur Sicherung der Wirtschaft (Wirtschaftspolizei), die HA XIX zur Absicherung des Verkehrswesens, die HA VI für die Paßkontrolle, Tourismus, Interhotel (Fremdenpolizei und Überwachung von DDR-Bürgern bei Auslandsreisen), die HA I für die Abwehrarbeit in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen, die HA XX für die Sicherung des Staatsapparates, von Kunst und Kultur, zur Beobachtung der Kirchen und zur Bekämpfung des Untergrunds sowie für die Spionage die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA)<sup>5</sup>.

Eine Tätigkeit des MfS, die uns hier interessiert, wird im Organisationsplan des MfS kaum genannt: die Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion (PID). Sie fand auch bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit bisher nicht die notwendige Aufmerksamkeit, obwohl sie in mehrfacher Hinsicht bedeutungsvoll war.

## II. Der Begriff der politisch-ideologischen Diversion (PID)

Der Begriff der PID wurde vom MfS für seine Zwecke geprägt und offensichtlich nur von ihm gebraucht. Er ist weitgehend identisch mit der „ideologischen Diversion“, soll aber den politischen Charakter der von ihr ausgehenden Gefahr

4 Vgl. Wörterbuch der Staatssicherheit, Definitionen des MfS zur „politisch-operativen“ Arbeit, Veröffentlichungen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR, Abteilung Bildung und Forschung (BStU/BF), Reihe A, Nr. 1/93, Berlin 1993<sup>2</sup>, Stichwort „Liniensystem“.

5 Vgl. Roland Wiedmann, Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, in: Anatomie der Staatssicherheit – Geschichte, Struktur, Methoden, MfS-Handbuch, Berlin 1995.

1 Vgl. Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit vom 8. 2. 1950 (GBl.DDR I, S. 95).

2 Vgl. Horst Fischer, Schalck-Imperium. Ausgewählte Dokumente, Band 3 der Reihe „Kritische Aufarbeitung der DDR und Osteuropa“, hrsg. von Bernhard Marquardt, Bochum 1993, Dok. 5.

3 Zu den Geheimnormen der DDR vgl. Siegfried Mampel, Die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Kommentar, Goldbach 1996<sup>3</sup>, Rz. 16 zu Art. 89.

stärker hervorheben. Seit 1972 wurde der Begriff mit unterschiedlicher Akzentsetzung definiert. Seine letzte Erläuterung in dem für den internen Gebrauch der „Juristischen Hochschule Potsdam“ (JHS) des MfS als vertrauliche Verschlusssache bestimmten Lehrbuch „Die politisch-ideologische Diversion gegen die DDR“ (Februar 1988) lautete:

„Das Wesen der politisch-ideologischen Diversion wird aus der Sicht des MfS mit folgenden Aussagen bestimmt: POLITISCH-IDEOLOGISCHE DIVERSION (PID) ist das subversive ideologische Einwirken des Imperialismus auf das gesellschaftliche Bewußtsein in sozialistischen Staaten und das individuelle Bewußtsein ihrer Bürger, insbesondere durch das planmäßige und systematische Verbreiten von Konzeptionen, Anschauungen, Wertungen und Grundsätzen, deren Inhalt sowohl von militant-grobschlächtigem als auch von flexibel-verschleiertem Antikommunismus geprägt ist. Mit ihr wird das subversive Ziel verfolgt, in den sozialistischen Staaten in einem langfristigen Prozeß entscheidende ideologische Voraussetzungen für konterrevolutionäre Veränderungen zu schaffen. Diese Zielstellung schließt ein, die sozialistische Bewußtseinsentwicklung zu verhindern, das sozialistische Bewußtsein ihrer Bürger zu zersetzen, feindlich-negatives Handeln zu aktivieren. Sie wird durch das imperialistische Herrschaftssystem entsprechend den strategischen Grundlinien seines Kampfes gegen die sozialistischen Staaten konzipiert, durch spezielle Einrichtungen und Organe in imperialistischen Ländern geleitet, unter Anwendung und Mißbrauch wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden vorbereitet und vor allem über elektronische Medien, den Mißbrauch von Kontakten und die Einschleusung von Informationsträgern in sozialistische Länder realisiert. Sie vergiftet die normalen Beziehungen zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und ist unvereinbar mit den Prinzipien der friedlichen Koexistenz.“<sup>6</sup>

In dieser Definition ist unmißverständlich gesagt, um was es ging: das Bewußtsein der Menschen, ihre Gefühle und ihre innere Haltung. Nachdem

6 VVS o001 JHS Nr. 10/88. Zu den Lehrbüchern des JHS: Günter Förster, Die Dissertationen an der „Juristischen Hochschule“ des MfS – eine annotierte Bibliographie. Veröffentlichung des BStU/BF, Reihe A, Nr. 2/94, Berlin 1995, S. 18 f. Weitere Definitionen der PID und eine umfassende Analyse der ideologischen Kontrolltätigkeit des MfS bringt die Monographie: Siegfried Mampel, Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Ideologiepolizei. Zur Bedeutung einer Heilslehre als Mittel zum Griff auf das Bewußtsein, Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Band 50, Berlin 1996.

sich herausgestellt hatte, daß es nicht allein – wie Karl Marx gemeint hatte – oder nur unzureichend durch die Produktionsverhältnisse „richtig“ bestimmt wurde, hatte W.I. Lenin bekanntlich gelehrt, daß es ihnen von denen beigebracht werden müsse, welche die Gesetze der Geschichte erkannt hätten und gewillt seien, sie zu erfüllen – zunächst durch Revolution, nach der Machtergreifung dann verstärkt durch ideologische Indoktrination mit den Lehren des Marxismus-Leninismus. Denn nicht allein die ungehemmte und unkontrollierte Machtausübung könne das Fortschreiten zum Sozialismus/Kommunismus sichern, sondern erforderlich sei das willige Mitmachen der Gewaltunterworfenen, ihre bedingungslose Unterstützung.

Es galt also auf allen nur möglichen Wegen, mit allen nur möglichen Mitteln das, was das „sozialistische Bewußtsein“ genannt wurde, zu schaffen und zu erhalten. Alles, was dem entgegenwirkte, war als schädlich zu bekämpfen. In erster Linie war das die Aufgabe der Kommunistischen Partei, genauer ihrer Führung, in der DDR also der SED. Als Schild und Schwert der Partei hatte das MfS hier den wichtigsten Part zu erfüllen. Das lag auch deswegen nahe, weil die PID nach den Vorstellungen der Machthaber unweigerlich die Vorstufe zur „politischen Untergrundtätigkeit“ (PUT) gewesen wäre. Der warnende Grundsatz im MfS lautete daher: „Ohne PID keine PUT.“

---

### III. Die Bekämpfung der PID als Aufgabe des MfS

---

Um jedes Mißverständnis auszuschließen – wenn hier von Ideologie als „Schutzobjekt“ des MfS gesprochen wird, so sind damit nicht subtile Kenntnisse des Lehrgebäudes des Marxismus-Leninismus gemeint, die jedermann gehabt haben mußte. Sicher wurden sie in der Oberstufe der allgemeinbildenden Schulen und an Universitäten und Hochschulen verlangt und kontrolliert<sup>7</sup>. Aber solche Kenntnisse schaffen noch kein sozialistisches Bewußtsein. Die ideologische Indoktrination bezog sich bei der Mehrheit auf die Verinnerlichung von Formeln und Glaubenssätzen, wie „Die

7 Vgl. Hanna Labrenz-Weiß, Die Beziehungen zwischen Staatssicherheitsdienst, SED und den akademischen Leitungsgremien an der Berliner Humboldt-Universität, in: Totalitäre Herrschaft – totalitäres Erbe, Sonderheft (Spezial Issue) der German Studies Review, Tempe (Arizona, USA) 1994, S. 131 ff.

Partei hat immer recht“, der „Sozialismus siegt“ und ähnliche Sprüche.

Welche Bedeutung das MfS der Bekämpfung dessen, was es für PID hielt, beimaß, zeigte die Tatsache, daß an der „Juristischen Hochschule“ (JHS) des Ministeriums dafür ein eigener Lehrstuhl vorhanden war, eine Reihe von „Dissertationen“ zu diesem Thema an ihr geschrieben worden war, von denen die letzte 1987 als Entwurf zu dem erwähnten, 1988 fertiggestellten Lehrbuch gedient hatte. Wenn trotzdem die Bekämpfung der PID nur eine untergeordnete Beachtung gefunden hat, so liegt es wohl daran, daß sie organisatorisch kaum genannt wurde. Denn anders als bei den sonstigen Tätigkeiten war für die Bekämpfung der PID nicht die Zuständigkeit bestimmter Linien oder operativer Dienstseinheiten gegeben. Das hieß, alle Linien und operativen Dienstseinheiten hatten die Pflicht, sich an der Bekämpfung zu beteiligen<sup>8</sup>.

Nach dem Organisationsplan des MfS lag zwar die „Federführung auf dem Gebiet der Verhinderung bzw. Aufdeckung und Bekämpfung“ der PID bei der HA XX. Indessen konnten spezielle Auswirkungen daraus nicht festgestellt werden<sup>9</sup>. Da die HA XX in gleicher Weise die genannten Aufgaben auch hinsichtlich der „politischen Untergrundtätigkeit“ (PUT) hatte und die PUT als Auswirkung der PID angesehen wurde – die PID sich am Denken orientierte, die PUT indessen am Handeln und sie damit leichter zu observieren und zu verhindern war als die PID –, wurde offenbar der Kampf gegen beide als Einheit angesehen, und so ist erklärlich, daß die Federführung der HA XX bei der Bekämpfung der PID nicht eigens in Erscheinung trat. Beachtlich ist auch, daß an der

8 Ein Beispiel für die allgemeine Zuständigkeit aller Linien und operativen Dienstseinheiten gibt Maria Haendcke-Hoppe-Arndt, Wer wußte was? Der ökonomische Niedergang der DDR, in: Rückblick auf die DDR, Festschrift für Ilse Spittmann-Rühle zum 65. Geburtstag, herausgegeben von Gisela Helwig, Köln 1995, S. 120 ff. Die Autorin zitiert darin aus dem Jahresplan 1988 der HA XVIII (Wirtschaft), in dem resignierend nach wiederholten, vergeblichen Bemühungen, die SED-Führung zu wirksamen Maßnahmen für die Verbesserung der katastrophalen wirtschaftlichen Situation der ehemaligen DDR zu veranlassen, nichts anderes übrig blieb, als zu fordern, im Zusammenhang mit der „zunehmenden politisch-ideologischen Diversion“ die Reaktionen unter den Werktätigen verstärkt hinsichtlich der Erscheinungen zu analysieren und auszuwerten, die besondere sicherheitspolitische Bedeutsamkeit signalisiert und umgehend regionale bzw. zentrale Maßnahmen erfordert hätten.

9 Vgl. R. Wiedmann (Anm. 5), S. 193. Nach dem Befehl Nr. 40/68 vom 2. 12. 1968 (GVS 008 Nr. 471/68) lag ein „Schwerpunkt“ der Bekämpfung der PID bei der HA XX. Demgegenüber bedeutete die „Federführung“ offenbar eine schwächere Zuständigkeit.

Behandlung der PID in den Dissertationen der JHS kein Mitarbeiter der HA XX beteiligt war<sup>10</sup>.

Erkenntnissen darüber, wie nach Ansicht des MfS die PID organisiert war, mit welchen Methoden und Mitteln sie betrieben wurde und wie sie vor allem bekämpft werden sollte, dienen vor allem Dissertationen der JHS, deren erste aus dem Jahre 1972 stammte<sup>11</sup> und die letzte 1987 geschrieben worden war<sup>12</sup>, welche 1988 zum Lehrbuch wurde<sup>13</sup>. Wenn auch der wissenschaftliche Charakter der an der JHS geschriebenen Abhandlungen sehr zweifelhaft ist, da es bei ihnen an den Maßstäben Vorurteilsfreiheit, Genauigkeit der Recherchen, Verifizierbarkeit jeder Aussage und autonome Wertbestimmung fehlt, haben sie doch nicht zu unterschätzenden Erkenntniswert<sup>14</sup>. Denn sie geben nicht nur Auskunft über das Denken im MfS, sondern auch hinsichtlich dessen totaler Abhängigkeit von der SED-Führung, zu der der Chef des MfS selbst gehörte. Da die Abhandlungen der JHS den Zwecken der Staatssicherheit dienten, zeigen sie, wie die Mitarbeiter des MfS handeln sollten. Sie waren Grundlage für die Lehrveranstaltungen an der JHS<sup>15</sup>.

10 Nach G. Förster (Anm. 6), S. 43, hat kein Mitarbeiter der HA XX promoviert. Nach Jan Giesecke, Doktoren der Tschechistik. Die Promovenden der „Juristischen Hochschule“ des MfS, Veröffentlichungen des BStU/BF Nr. 6/94, S. 7 f., war es ein einziger.

11 „Oberst“ und Leiter eines Lehrstuhls der Schule des sowjetischen Komitees für Staatssicherheit Professor Jurij Grigorjewitsch Tregubenkow/„Oberstleutnant“ der Staatssicherheit Helmut Eck, Die psychologische Kriegführung und politisch-ideologische Diversion des westdeutschen Imperialismus gegen das sozialistische Lager, insbesondere gegen die DDR. Die Anforderungen an die Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion durch die Dienstseinheiten des MfS im Zusammenwirken mit anderen Staatsorganen und gesellschaftlichen Organisationen, Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades Dr. sc. jur., 1972, 462 Schreibmaschinenseiten, VVS MfS 160 Nr. 371/71; Verzeichnis bei G. Förster (Anm. 6), Nr. 30.

12 „Oberstleutnant“ Eberhard Herrmann/„Oberstleutnant“ Karl Philipp/„Major“ Rolf Köhler/„Hauptmann“ Andreas Pitsch, Die politisch-ideologische Diversion gegen die DDR, (Entwurf Lehrbuch), Dissertation zur Erlangung der akademischen Grade Dr. sc. jur. für Herrmann, für die übrigen Dr. jur., 242 Schreibmaschinenseiten, VVS o001 MfS JHS Nr. 74/87; Verzeichnis bei G. Förster (Anm. 6), Nr. 145.

13 Lehrbuch: Die politisch-ideologische Diversion gegen die DDR, VVS o001 JHS Nr. 10/88, 270 S. faksimiliert, 460 Ausfertigungen.

14 Vor Pauschalurteilen ist gleichwohl zu warnen. Das Urteil des Verfassers geht auf die Analyse von insgesamt fünf Dissertationen und einer Diplomarbeit zurück. G. Förster (Anm. 6), S. 51 f. meint, ein wissenschaftlicher Standard wäre nur selten erreicht.

15 Aufschlußreiche Hinweise erhielt der Verf. von dem Leiter des Lehrstuhls VI an der JHS, dem ehemaligen Oberst der Staatssicherheit, Prof. Dr. Dietrich Fischer, der u. a. für die Bekämpfung der PID zuständig war. Vgl. ders., die „Juristische Hochschule Potsdam“. „Kaderschmiede“ des

## IV. Subversion durch PID? Eine Chimäre

Der Begriff der „politisch-ideologischen Diversion“ wurde vom MfS relativ spät geprägt. Nach der Dissertation aus dem Jahre 1972 (hinfort als Diss. 1972 bezeichnet)<sup>16</sup> hatte der „Genosse Minister“ in seinem Referat auf dem Führungsseminar im März 1971<sup>17</sup> nachdrücklich unterstrichen, daß sich die Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kommunismus zunehmend auf den politisch-ideologischen Kampf verlagere; die politisch-ideologische Auseinandersetzung sei zu einem entscheidenden Faktor im Kampf um die Frage: „Wer – wen?“ geworden. Es wurde nicht mitgeteilt, ob der Begriff PID darin benutzt wurde; gemeint war er sicher.

Obwohl er schon seit 1966 in Befehlen verwendet worden war<sup>18</sup>, begann die Forschung „zur Weiterentwicklung und Qualifizierung der politisch-operativen Bekämpfung der PID“ erst mit der Diss. 1972, wie in ihrer Einleitung mitgeteilt wurde. Diese als Ergebnis einer Gemeinschaftsarbeit „erfahrener Genossen des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR und des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR“ bezeichnete Arbeit kam offensichtlich auf höheren Befehl zu einer Zeit zustande, als die Politik der Westmächte und vor allem der sozial-liberalen Bundesregierung auf Entspannung der internationalen Lage gerichtet war. Ihr begegneten die Staatssicherheitsorgane mit der Behauptung, sie hätte zu einer Verschärfung der Klassenaueinandersetzungen geführt. Dazu sei von den „imperialistischen Mächten“ die PID erheblich verstärkt worden.

Sicher kam während des „Kalten Krieges“ von beiden Seiten das zur Anwendung, was schon in der Zeit des Ersten Weltkrieges „psychologische Kriegsführung“ genannt wurde. Aber mit Beginn der Entspannungspolitik verlor diese im Westen an Bedeutung. Gerade unter der sozialliberalen

ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, in: Deutschland Archiv, 22 (1990) 12, S. 1891 ff.

16 Vgl. Dissertation (Anm. 11).

17 Der Text des Referats ist im Archiv des MfS nicht auffindbar.

18 So im Ministerbefehl Nr. 11/1966 vom 15.5.1966, VVS MfS Nr. 366/66: Zur politisch-operativen Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR; ferner in Befehl Nr. 40/68 vom 2. 12. 1968, GHS MfS 008 Nr. 471/68, über die Durchführung politisch-operativer Maßnahmen zur Ausschaltung von Überraschungsmomenten und zum rechtzeitigen Erkennen einer akuten Kriegsgefahr.

Bundesregierung wurde sehr viel getan, um die Ost-West-Auseinandersetzung zu „versachlichen“; dies oft auch unter Relativierung oder Aufgabe eigener Positionen und Wertvorstellungen – in der irrigen Annahme, dies würde mit wirklichen „menschlichen Erleichterungen“ honoriert werden. Das ging soweit, daß damals nicht wenige den sprichwörtlichen „deutschen Irrtümern“<sup>19</sup> verfallen waren.

Im Hinblick auf diese im Osten nicht als wirklich real vorstellbaren Handlungsweisen wurde dort die These entwickelt, mit dem Sinken der Kriegsgefahr sei die Gefahr des planmäßigen geistigen Einwirkens auf die „sozialistischen Staaten“ in subversiver Absicht gewachsen. In der Diss. 1972 sollte diese These, „wissenschaftlich“ untermauert, nachgewiesen werden. In tatsächlicher oder absichtlicher Verkennung des Wesens einer freiheitlich-demokratisch organisierten, pluralistischen Gesellschaft und ihrer Wertvorstellungen unterstellten deren Autoren jeder Berichterstattung und Kommentierung von Vorgängen in der kommunistischen Welt – besonders in der DDR – die Absicht, damit auf das politische Denken der Menschen im Osten gezielt einwirken zu wollen.

Insbesondere die nicht durch Mauer und Stacheldraht behinderten elektronischen Medien transportierten Nachrichten und Kommentare über die jeweilige Lage in der DDR zu jedermann, der sie hören oder sehen wollte – und das waren die meisten<sup>20</sup>. In ihrer Mehrzahl sah sich die Bevölkerung in ihren eigenen Erfahrungen und Meinungen bestätigt, wenn sie nicht sogar erstaunt darüber war, daß die Berichte zu günstig, die Kommentare zu wohlwollend waren<sup>21</sup>. Was also nachhaltig auf das Bewußtsein eingewirkt hat, das waren nicht westliche Einflüsse, sondern die Verhältnisse in den sozialistischen Ländern, insbesondere in der DDR selbst.

19 Vgl. Jens Hacker, Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, um ein Nachwort erweiterte, durchgesehene Taschenbuchausgabe auf der Grundlage der 3. Auflage, Frankfurt am Main – Berlin 1994.

20 Zum Empfang westlicher Sender in der DDR und die Reaktion darauf vgl. DDR-Handbuch, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, Köln 1985, Stichwort: Rundfunk.

21 Zum Verhalten mancher Journalisten gegenüber der DDR vgl. Gunter Holzweißig, Klassenfeinde und „Entspannungsfreunde“. Westmedien im Fadenkreuz von SED und MfS, Band 2 der Schriftenreihe des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin 1995, S. 33 ff.; zur Pressearbeit in der Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin: S. 45 ff.

Immerhin muß bedacht werden, daß die Diss. 1972 unter dem Eindruck des „Prager Frühlings“ 1968 geschrieben war, der wiederum in Erinnerung an den 17. Juni 1953 in der DDR und an den Volksaufstand in Ungarn 1956 die SED-Führung und das MfS alarmiert und zu Präventivmaßnahmen geführt hatte<sup>22</sup>. Es überstieg offenbar den Horizont kommunistischer Funktionäre, den Widerstand gegen ihren „realexistierenden“ Sozialismus anders als von außen betrieben und gelenkt anzusehen. Das MfS sah ferner im Festhalten der Bundesregierung an der Offenheit der deutschen Frage ein wichtiges Motiv für die angebliche PID. Das war insofern nicht falsch, als die Verhältnisse in der DDR die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik, freilich mit abnehmender Tendenz, besonders interessierten und deshalb Anlaß für eine breitere Berichterstattung und Kommentierung als anderswo gaben.

Anlaß für die Beschäftigung mit der DDR gab ferner die permanente Verletzung der Menschenrechte durch deren totalitäres Herrschaftssystem, wenn auch im Westen eine gewisse Tendenz in einigen politischen, publizistischen und wissenschaftlichen Kreisen nicht zu verkennen war, darüber den Mantel des (sozialistischen) Schweigens zu breiten, während von denselben Kreisen Menschenrechtsverletzungen in den entferntesten Winkeln der Welt angeprangert wurden – vorausgesetzt allerdings, daß die politische Zuordnung stimmte. International besteht Übereinstimmung, daß Verletzungen von Menschenrechten nicht allein Sache des Landes sind, in dem sie begangen werden. In der DDR wurde versucht, die kritische Berichterstattung und Kommentierung zu konterkarieren, indem die These von der Klassenabhängigkeit der Menschenrechte erfunden wurde<sup>23</sup>. Eine an der JHS geschriebene Dissertation beschäftigte sich ebenfalls mit diesem Thema, ohne jedoch etwas dazu beizutragen, was über das sonst in der DDR dazu Propagierete hinausging<sup>24</sup>.

22 Zu Reaktionen der Strafjustiz vgl. Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Band 1 der Reihe Forschungen zur DDR-Geschichte, Berlin 1995, S. 287 ff.

23 Der wichtigste Vertreter dieser Auffassung war Hermann Klenner, Studien über die Grundrechte, Berlin (Ost) 1964; ders., Menschenrechte im Klassenkampf, in: Einheit, (1977), S. 156 ff.; ders., Menschenrechte – Klassenrechte, in: Neue Justiz, 32 (1978), S. 284; vgl. S. Mampel (Anm. 3), Rz. 5 ff. zu Art. 19.

24 Vgl. „Oberstleutnant“ Helmut Möller/„Major“ Peter Jaskulski/„Major“ Frank Osterloh, Politische und völkerrechtliche Aspekte der Arbeit des MfS zur offensiven Zurückweisung der von Staatsorganen bzw. Feindeinrichtungen der BRD ausgehenden Einmischung in innere Angelegenheiten der DDR, Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades Dr. jur., 1980, VVS JHS 001-234/80,

## V. Die Organisation der „politisch-ideologischen Diversion“ aus der Sicht des MfS

Einem Hang folgend, Verhältnisse im eigenen politischen System auch auf gänzlich andere zu übertragen, stellte die Diss. 1972 die Behauptung auf, die angebliche PID würde im Westen zentral geplant und geleitet. Oberstes Planungs- und Leitungsorgan sei das Bundeskanzleramt (BKA) gewesen – und das ausgerechnet zu einer Zeit, als Willy Brandt Bundeskanzler war. In der Dissertation aus dem Jahre 1987<sup>25</sup>, die die Grundlage für das Lehrbuch im Jahre 1988 geworden war<sup>26</sup> – hinfort zitiert als Diss. 1987 (Lehrbuch) –, wird diese groteske These zwar nicht wiederholt, aber an der Planmäßigkeit und Subversivität der PID wurde unentwegt festgehalten.

Unter der „zentralen Planung und Leitung“ des BKA seien nach der Diss. 1972 drei Kategorien von Organen tätig gewesen: Führungsorgane, Forschungsorgane und „operativ-taktische“ Organe. Die Diss. 1987 (Lehrbuch) hielt an dieser Dreiteilung fest und benannte die „Zentren der PID“ als Führungsorgane, Forschungsorgane und durchführende Organe. Wenn auch jetzt eine „zentrale Leitung und Planung“ nicht mehr behauptet wurde, hielt man doch an der Planmäßigkeit fest und ging von einer gemeinsamen „Grundorientierung“ aus. Unterschieden wurde zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen, die sich aber insgesamt wegen ihrer Finanzierung in Abhängigkeit vom Staate befunden hätten.

Als Führungsorgane der PID wurden in der Diss. 1987 (Lehrbuch) die „richtlinienkompetenten und weisungsberechtigten Einrichtungen der Bundestagsparteien, von Monopolverbänden und der Kirchen“ sowie deren „spezielle Einheiten und Organe“ bezeichnet. Aufgeführt wurden als wichtigstes das Bundeskanzleramt, weiter das Auswärtige Amt, die Bundesministerien des Innern und für innerdeutsche Beziehungen, das sich zur Realisierung der Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben – Gesamtdeutsches Institut – (BfgA) bedient hätte. Die Diss. 1987 (Lehrbuch) zeigte vor dessen Mitarbeitern hohen Respekt: „Die Mehrzahl der Mitarbeiter der BfgA besteht aus erfahrenen, wissenschaftlich tätigen Kräften und

363 Schreibmaschinenseiten; Verzeichnis bei G. Förster (Anm. 6), Nr. 83.

25 Vgl. Anm. 12.

26 Vgl. Anm. 13.

„DDR-Forschern“, die neben ihrer analytischen Arbeit und Forschungstätigkeit oftmals als „Berater und Experten“ der Bundesregierung für die Gestaltung der Beziehungen zur DDR fungieren“ (S. 95).

Zur Realisierung ihrer Funktionen hätten sich die Führungsorgane unter anderem „Koordinierungsorganen“ bedient. Ein solches soll vor allem die „Gesellschaft für Deutschlandforschung“ gewesen sein, die 1978 als eine nichtstaatliche Einrichtung von „rechtsorientierten“ DDR-Forschern geschaffen und seit der Regierungsübernahme durch die christlich-liberale Koalition als eine Art Leitinstitution für die DDR- und vergleichende Deutschlandforschung ausgebaut worden sei. Besonders hervorgehoben wurde deren „Memorandum zur Intensivierung der DDR- und vergleichenden Deutschlandforschung“ vom 26. 1. 1984<sup>27</sup>.

Aufmerksam observierte das MfS die Forschungsorgane. Als solche wurden in der Diss. 1987 (Lehrbuch) die Einrichtungen der Kommunismus-, Osteuropa- und DDR-Forschung bezeichnet, die unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden spezifische analytische und konzeptionelle Arbeiten für die Entscheidungsfindung von Führungsorganen, für die inhaltliche und methodische Ausgestaltung der PID und für die Erhöhung ihrer Wirksamkeit zu leisten gehabt hätten. Ihre Tätigkeit wurde also ausschließlich unter dem Aspekt eines subversiven Einwirkens in die DDR und die sozialistischen Staaten gesehen<sup>28</sup>.

Die DDR- und vergleichende Deutschlandforschung wurde vom MfS für so wichtig gehalten, daß dazu 1974 eine eigene Dissertation<sup>29</sup> und 1985

27 Abgedruckt in: Deutschland Archiv, 17 (1984) 3, S. 314.

28 Wie wenig gerade die DDR- und vergleichende Deutschlandforschung das betrieben hatte, was das MfS PID nannte, zeigte sich, als nach der Wende 1989 offenbar wurde, daß sie – insbesondere ihre politologische Sparte – die Verhältnisse in der DDR günstiger dargestellt und beurteilt hatte, als sie wirklich gewesen waren, insbesondere was die Stabilität des Herrschaftssystems anging; vgl. J. Hacker (Anm. 19), S. 342 ff. Auch das mag ein Grund dafür sein, daß manche ununterrichtete Politiker, vor allem wegen eines Mangels an Differenzierung, zu einem falschen Urteil über die DDR- und vergleichende Deutschlandforschung mit für diese verheerenden Folgen gelangt waren. Dazu: Siegfried Mampel, Die DDR- und vergleichende Deutschlandforschung in der Sicht des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Deutschland Archiv, 29 (1996) 1, S. 34.

29 Vgl. „Major“ Erwin Dietrich/„Hauptmann“ Hans-Peter Wagner, Die Bekämpfung der imperialistischen Ost- und DDR-Forschung und ihrer Einrichtungen in der BRD, Dissertation zu Erlangung des akademischen Grades D. jur., GVS MfS 160-50/74 I (1. Hauptteil), 223 Schreib-

eine Diplomarbeit speziell über diese Forschung in Berlin-West<sup>30</sup> geschrieben wurden. Aus der Dissertation von 1972 ergibt sich, daß die intensivere Beschäftigung mit der DDR- und vergleichenden Deutschlandforschung auf den „Genossen Minister“ höchstpersönlich zurückging, der im Frühjahrsseminar der JHS und auf Dienstkonferenzen nachgewiesen habe, daß diese mit besonderer Unterstützung führender SPD-Politiker eine immer größer werdende Rolle im „System der Feindtätigkeit“ erhalten habe. In beiden Abhandlungen werden zahlreiche Forschungseinrichtungen genannt und entsprechend charakterisiert.

Als „durchführende Organe“ wurde eine Vielzahl von Einrichtungen und Organen bezeichnet, die unter gezielter Einflußnahme der Führungsgremien primär die Aufgabe gehabt hätten, die von den Forschungsorganen erarbeiteten Leitlinien, Leitbilder, Argumentationen, Konzeptionen, Gesellschaftsmodelle, Sprachregelungen u. a. zielgerichtet zu verbreiten, inhaltlich auszugestalten und damit in den Zielgebieten Wirkungen zu erzeugen. Dazu hätten „im wesentlichen“ gehört:

- die Massenmedien, die subversiv-ideologisch in die DDR und die sozialistischen Länder einwirkten;
- Organe und Einrichtungen des Staates, der Parteien, der Kirchen u. a., die sowohl die eigene Bevölkerung manipulierten als auch subversiv-ideologisch in das sozialistische Lager einwirkten;
- „Feindorganisationen“, die sich aktiv an der PID beteiligten.

Eine Schlüsselrolle würden die elektronischen Medien spielen. Deren besondere Gefährlichkeit wurde eingehend mit allen ihren Eigenheiten begründet. Im einzelnen wurden dann die Sendeanstalten aufgeführt, die besondere Bedeutung für die PID gehabt hätten: ARD und ZDF nicht nur wegen ihrer Nachrichtensendungen, Kommentare und politischen Magazine, sondern auch wegen ihrer Fernsehspiele und -dokumentationen mit politischem oder historischem Hintergrund, ja sogar wegen mancher Unterhaltungssendungen;

maschinenseiten, GVS JHS 160-50/74 II (2. Hauptteil), 329 Schreibmaschinenseiten; Verzeichnis bei G. Förster (Anm. 6), Nr. 45.

30 Vgl. „Hauptmann“ Bernd Grohmann, Aktivitäten und Tendenzen der Westberliner „Ost- und DDR-Forschung“ unter Berücksichtigung des Übergangs der aggressiven imperialistischen Kreise zur Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik, Diplomarbeit, VVS o001 MfS JHS Nr. 300/85, 86 Schreibmaschinenseiten.

ferner die Rundfunksender RIAS Berlin, SFB und Deutschlandfunk.

Aber auch die Printmedien hätten für die PID Bedeutung gehabt. Das staatliche Organ, das besonderen Einfluß auf die Massenmedien zum Zwecke der PID ausgeübt habe, sei das Bundespresseamt gewesen. In der Neigung, Zustände im eigenen Herrschaftssystem auf diejenigen in anderen Ländern zu übertragen, zogen die Mitarbeiter des MfS offensichtlich eine Parallele zum Presseamt beim Vorsitzenden des DDR-Ministerrats, das die periodisch in der DDR erscheinenden Presseerzeugnisse politisch-administrativ zu kontrollieren hatte und ihnen gegenüber weisungsberechtigt war<sup>31</sup>. Der PID verdächtigt wurden aber nicht nur politische Tages- und Wochenzeitungen, sondern auch die schöngeistige Literatur, insbesondere die moderne.

Der Manipulation der eigenen Bevölkerung wurde insbesondere die *Bundeszentrale für politische Bildung* bezichtigt. Diese sei auch an der Schulung von Bundesbürgern beteiligt gewesen, die für die PID in die DDR hätten eingesetzt werden sollen. Derselbe Vorwurf wurde gegenüber Einrichtungen der deutschlandpolitischen Bildungs- und Informationsarbeit erhoben, die den „organisierten Tourismus“ betrieben hätten, sowie derjenigen der Kirchen. Als PID betreibende „Feindorganisationen“ galten ferner die Vertriebenenverbände – in der DDR durchweg als „Revanchisten“ bezeichnet –, die Arbeitsgemeinschaft 13. August, die Vereinigung der Opfer des Stalinismus, die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte und ähnliche Organisationen, aber auch „kriminelle Menschenhändlerbanden“ sowie „linksextremistische“ Vereinigungen – das heißt maoistische und anarchistische Gruppierungen<sup>32</sup>.

Auch ausländische Institutionen, wie die GDR Studies Association of the United States – die im Gegensatz zur German Studies Association der DDR eher unkritisch gegenüberstand –, das American Institute of Contemporary Studies mit Sitz in Washington D.C. und sogar das Aspen-Institut wurden als „Feindorganisationen“ angesehen.

31 Vgl. Verordnung über die Herausgabe und Herstellung aller periodisch erscheinenden Presseerzeugnisse vom 12.4.1962 (GBI.DDR II, S. 239).

32 Das bedeutet nicht, daß das MfS Angehörigen der „Roten Armeeformation“ (RAF) nicht nach deren Flucht in die ehemalige DDR Unterschlupf und Unterstützung gewährt hätte. Auch die Ausbildung von Terroristen aus diesem Kreis für den „Einsatz“ in der Bundesrepublik ist ziemlich sicher.

---

## VI. Formen, Mittel und Methoden der „politisch-ideologischen Diversion“

---

Mit Beginn der neuen Ostpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung wurde zwischen zwei Formen unterschieden, in denen angeblich die PID betrieben wurde: die militant-grobschlächtige und die flexibel-verschleierte. Beide Formen hätten nebeneinander bestanden, wenn auch die erste vor allem unter der christlich-demokratisch dominierten Bundesregierung bevorzugt gewesen, aber von konservativen Kräften auch noch danach genutzt worden sei. In der zweiten Form sei die PID von der SPD/FDP-Regierung betrieben worden. Während der CDU/FDP-Regierung seien beide Formen nebeneinander zu Geltung gekommen, wobei eine Akzentverlagerung zur ersten Form festzustellen gewesen sei.

Die „flexibel-verschleierte“ Form der angeblichen PID wurde für das Denken der Menschen in der DDR deshalb für gefährlicher gehalten, weil sie realistischerweise nur auf Veränderungen, auf eine „Liberalisierung“, „Sozialdemokratisierung“, nicht aber auf einen – damals ohnehin utopisch erscheinenden – Sturz des kommunistischen Herrschaftsystems gezielt habe. Sie konnte also mit mehr Akzeptanz bei der Bevölkerung rechnen. Andererseits habe sie aber auch eine größere Möglichkeit für das MfS geboten, auf die Politik in der Bundesrepublik einzuwirken, da ihre Vertreter der DDR gegenüber wohlwollender eingestellt waren, als die Vertreter der militant-grobschlächtigen Form<sup>33</sup>.

Nach den JHS-Dissertationen wären die Mittel der angeblichen PID vor allem die Herstellung von „indirekten“ und „direkten“ Kontakten gewesen. Als Herstellung indirekter Kontakte wurden die

---

33 Ob es dem MfS gelungen ist, durch seine Agenten Einfluß auf die Bundesrepublik auszuüben, ist eine offene Frage. Vom Versuch darf nicht auf ein Gelingen geschlossen werden. Zu beachten ist, daß es besonders in der DDR-Forschung Wissenschaftler gegeben hat, die den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik aus eigener Überzeugung kritisch gegenüberstanden, die Spaltung Deutschlands für unabänderlich hielten und es möglich und sogar wünschenswert erachteten, daß sich die DDR zu einem liberaleren, wenn auch weiter „sozialistischen“ Lande entwickeln würde. Deren Hang, die Verhältnisse in der DDR möglichst wohlwollend zu beurteilen, kann nicht ohne weiteres auf einen MfS-Einfluß zurückgeführt werden. Im Gegenteil, die IMB (Inoffizielle Mitarbeiter des MfS mit „Feindberührung“) in den „Zentren der PID“ hatten sich zwecks Tarnung, meist auftragsgemäß, als harte Kritiker der ehemaligen DDR ausgeben.

Sendungen der elektronischen Massenmedien aller Art sowie das Einschmuggeln von Tageszeitungen und Illustrierten bis hin zu Werken schöngestalteter Literatur bezeichnet, die nicht selten als pornographisch denunziert wurde.

Eine besondere Infamie lag darin, daß die Bemühungen der Bundesregierungen um verbesserte menschliche Beziehungen vom MfS verdächtigt wurden, der direkten Kontaktaufnahme zwischen Menschen aus beiden Teilen Deutschlands zum Zweck der PID Vorschub leisten zu wollen. In den Dissertationen wurde zwar nur vom „Mißbrauch“ von Kontakten gesprochen. Aber was Mißbrauch war, stellten die Organe des MfS fest, und um das zu können, mußte es nach Möglichkeit alle Kontakte zumindest observieren lassen, wenn es diese nicht in gravierend erscheinenden Fällen zu verhindern trachtete. Gefürchtet wurde nicht so sehr, daß durch Kontakte von Mensch zu Mensch zu staatsfeindlichen Handlungen angestiftet würde, sondern mehr, daß durch Sehen und Hören westlicher Sendungen Einfluß auf das Denken der Menschen in der DDR, auf ihr „sozialistisches“ Bewußtsein genommen werden könnte – ein weites Feld für die Tätigkeit des MfS als Ideologiepolizei mit unter Umständen beträchtlichen Folgen.

Als eine weitere gefährliche Möglichkeit zur Herstellung von direkten Kontakten zu Menschen in der DDR betrachtete das MfS die Arbeit der in der DDR tätigen Korrespondenten und Journalisten „imperialistischer“ Publikationsorgane, die schon vor Abschluß des Grundlagenvertrages vom 21. 12. 1972 zugelassen worden waren<sup>34</sup>. In der Diss. 1987 (Lehrbuch) wurde behauptet, sie seien von „durchführenden Organen“ speziell beauftragt, subversiv-ideologisch auf den realen Sozialismus „vor Ort“ einzuwirken und mitzuhelfen, die PID so effektiv wie möglich zu führen. Sie waren also bevorzugte „Objekte“ des MfS in seiner Eigenschaft als Ideologiepolizei.

Als Methoden der PID wurden Hetze, Demagogie, die Verbreitung von Lügen und Halbwahrheiten genannt. Das seien auch die Methoden zur Manipulation der eigenen Bevölkerung. Dazu würden die Erkenntnisse der Psychologie, der Massenkommunikationswissenschaft und der Informationstechnik eingesetzt. Allerdings mußten die Autoren der Diss. 1987 (Lehrbuch) einge-

stehen, daß die Kenntnisse der Wirkung der angeblichen PID „noch“ begrenzt seien. Zu ihrer Entschuldigung ist sarkastisch zu bemerken, daß es in der Tat kaum möglich ist, Wirkungen einer Chimäre festzustellen. Anders ist es mit den Auswirkungen der Bekämpfung der angeblichen PID – also mit der „Tätigkeit“ des MfS gegenüber den Betroffenen. Sie haben darunter gelitten.

Der Mangel an Kenntnissen über die Auswirkungen der angeblichen PID war kein Hindernis für die Verfasser der hier analysierten Abhandlungen, die Bedingungen dafür ausführlich zu untersuchen. Die Diss. 1972 unterschied zwischen objektiven und subjektiven, die Diss. 1987 (Lehrbuch) zwischen sozialen und individuellen Bedingungen. Beide meinten grundsätzlich das gleiche, wenn auch die Akzente verschieden gesetzt waren. Dabei wurden erstaunliche Erkenntnisse über die Situation in der DDR vorgetragen, wie sie nur Abhandlungen enthalten konnten, die als Verschlusssachen nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren. Dabei wurde nach dem üblichen Strickmuster verfahren: Zunächst wurden die gewaltigen Erfolge des Sozialismus unter Führung der Sowjetunion gepriesen und die felsenfeste Überzeugung vom Endsieg des Sozialismus/Kommunismus über den „Imperialismus“ manifestiert. Dann aber kam die Darstellung der Hindernisse, die dem im Wege ständen.

So nannte die Diss. 1972 als die PID begünstigende Bedingungen das Vorhandensein von bestimmten Personengruppen in der DDR:

- Personen, die aus „nationalistischen“, sozialdemokratischen oder revisionistischen Gründen „sozialismusfeindliche“ Auffassungen vertreten würden;
- Künstler und Kulturschaffende mit ihren Forderungen nach größeren individuellen Freiheiten;
- Personen, deren geistig-kulturelles Niveau hinter den angeblich vorhandenen Möglichkeiten in der „sozialistischen“ Gesellschaft zurückgeblieben seien. Dazu wurden insbesondere jüngere Menschen gerechnet, unter denen „nichtsozialistische, negative zwischenmenschliche Gruppenbeziehungen“ existierten, die sich häufig auf „moderne westliche Musik- und Sprechsendungen orientieren“;
- Personen mit „aus Tradition, Sitten, Gebräuchen, religiösen Bindungen und kleinbürgerlichen sozialen Leitbildern und Moralnormen resultierenden Denk- und Verhaltensweisen“;

<sup>34</sup> Vgl. Briefwechsel zwischen Staatssekretär Bahr und Staatssekretär Kohl betreffend Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten vom 8.11.1972 (Bulletin Nr. 155, S. 1851 ff.); Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 21.12.1972 (BGBl. 1973 II, S. 432 ff.).

– Personen, die vor dem Druck des „Feindes“ zurückgewichen seien. Dazu rechneten auch solche, die als verantwortliche Persönlichkeiten nicht mehr in der Lage seien, die in ihren Bereichen vorhandenen Schwierigkeiten „durch die schöpferische Anwendung und Entwicklung des Marxismus-Leninismus“ zu überwinden, sondern den Ausweg in einer Übernahme bürgerlicher Theorien und Praktiken gesucht hätten;

Personen, die für Fehlentwicklungen empfänglich seien, für deren Entstehung das Fehlverhalten von Funktionären auf mittlerer Ebene verantwortlich gemacht wurde. Solches hätte seine Ursache gehabt im „Vorhandensein von Unzulänglichkeiten, Mängeln und Schwächen und anderen der sozialistischen Entwicklung nicht entsprechenden Erscheinungen, die sich aus der Nicht- oder Mißachtung der objektiven Gesetzmäßigkeiten bzw. aus einer mangelhaften ideologischen Aufklärung und Überzeugungsarbeit ergeben“ hätten. Damit wurden „hausgemachte“ Mängel eingestanden.

Als Nährboden für die Wirkung angeblicher PID wurden des weiteren eine Reihe von Gründen angegeben, die ebenfalls eher persönlichen Charakter hätten. Dazu wurden gerechnet:

- Unzufriedenheit mit bestimmten Erscheinungen im Arbeits- und Freizeitbereich;
- pessimistische Einstellungen zu bestimmten Entwicklungstendenzen in der sozialistischen Gesellschaft;
- Zweifel an der Richtigkeit der Politik von Partei und Regierung in bestimmten Teilbereichen oder zu bestimmten Problemen;
- Nichtverstehen der komplizierten Dialektik der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft;
- Kritik an bestimmten Erscheinungen in der sozialistischen Gesellschaft, die ihrem Wesen nach berechtigt sei, aber mit völlig ungeeigneten Mitteln und Methoden zum Ausdruck gebracht werde;
- prinzipienloses Suchen nach Widersprüchen in der sozialistischen Gesellschaft;
- Vertuschen von persönlichen Mängeln und Fehlern in der Arbeit, verbunden mit Versuchen, diese der Politik von Partei und Regierung anzulasten.

Angesichts der Fülle dieser die angebliche PID begünstigenden Bedingungen ist zu fragen, ob überhaupt noch Menschen übrigblieben, die nicht in Verdacht geraten waren, den Einwirkungen des „Klassenfeindes“ zu erliegen. Die Aufzählung zeigt in jeder Kategorie das totalitäre marxistisch-

leninistische Bild vom nur außengeleiteten Menschen. Es lag offenbar außerhalb des Horizonts kommunistischer Funktionäre, davon auszugehen, daß der Mensch naturgegebene Regungen hat, zu denen auch der Wille zur Freiheit und Selbstbestimmung gehören.

Die etwa fünfzehn Jahre später geschriebene Diss. 1987 (Lehrbuch) setzte insofern einen neuen Akzent, als sie die PID begünstigenden Bedingungen in der DDR realistischer sah. Es werden dort „hausgemachte“ Mängel in einem für eine im Machtbereich des MfS erarbeitete Abhandlung überraschenden Ausmaß festgestellt – unbeschadet ihrer Behauptung, die großen Erfolge der sozialistischen Planwirtschaft hätte die westliche DDR-Forschung dazu genötigt, ihre Angriffe „differenzierter und konkreter“ vorzutragen. U. a. wurden genannt:

- vielfach ungünstige Arbeitsbedingungen;
- die Existenz einer Doppelwährung in der DDR, welche die Besitzer von DM im Alltag privilegiere, was freilich als „Währungs- und Warenspekulation“ bezeichnet wurde;
- umfangreiche „persönliche Veränderungen (so wurden Zwangsumsetzungen von Arbeitnehmern und Entlassungen bezeichnet infolge der „weiteren Umstellung der Volkswirtschaft auf die intensive erweiterte Reproduktion“, sprich Rationalisierung);
- Versorgungsschwierigkeiten;
- Umweltschäden, die aus ökonomischen Gründen nicht hätten vermieden oder beseitigt werden können;
- Verhalten von Funktionären, denen Bürokratismus, Herzlosigkeit, Unfähigkeit, Karrierismus, Selbstherrlichkeit, Verantwortungslosigkeit, Egoismus und Resignation vorzuwerfen seien.

Das waren harte Tatsachen und sie verrieten das Wissen um ein hohes Maß an Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Sehr wahrscheinlich aber besaßen die Mitarbeiter der JHS nicht die Kenntnisse über die Ursachen der Misere im einzelnen, wie sie die Hauptabteilung XVIII hatte. Denn diese hatte zwar versucht, die Parteiführung über den wirklichen Zustand der Volkswirtschaft ungeschminkt zu unterrichten<sup>35</sup>; indessen hatte sie das aber nicht anderen Linien und auch nicht der JHS gegenüber getan. Es fällt auf, daß die analysierten Abhandlungen wohl über eine Unterrichtung

35 Vgl. M. Haencke-Hoppe-Arndt (Anm. 8).

durch andere Stellen des MfS berichteten, niemals aber über eine Kooperation mit der HA XVIII.

## VIII. Spezifische Aufgaben des MfS

Außerhalb seines Machtbereichs wirkte das MfS vor allem durch Spionage, aber auch durch gezieltes Einschleusen von Fehlinformationen und Verleumdungen. Soweit diese nicht völlig aus der Luft gegriffen waren, beruhten sie auf Berichten von Spionen, bei denen es dem MfS gelungen war, sie in die angeblichen Zentren (Führungs-, Forschungs- und „durchführende“ Organe) einzuschleusen. Aufschlußreich ist dabei die Methode, mit der ihre Werbung vorbereitet wurde. Unter dem Vorwand, prüfen zu wollen, inwieweit Mitarbeiter von Forschungseinrichtungen gegen die bundesdeutschen Strafgesetze verstoßen hätten, sollten über sie umfangreiche Erkundigungen eingeholt werden, die freilich weniger strafrechtlich relevante Tatbestände zutage fördern konnten, als vielmehr Unterlagen über die personelle Besetzung und die Arbeit der Forschungseinrichtungen lieferten, die auch Aufschluß über Möglichkeiten der Agentenwerbung aufzeigen konnten. Dazu war in der Dissertation aus dem Jahre 1974 ein Fragebogen entworfen worden, der unter anderem Angaben verlangte über die politische Einstellung der „Zielperson“, ihre Bedeutung für die „imperialistische“ Ost- und DDR-Forschung, ihren Forschungsgegenstand, ihre persönlichen Beziehungen zu dieser Forschung sowie über ihre arbeitsrechtliche Stellung<sup>36</sup>.

Im Innern der DDR wandte das MfS eine Vielfalt von Methoden an, die seinem Charakter entsprechend geheimdienstlicher Natur waren und von allen Linien und operativen Diensteinheiten befolgt werden mußten. Dazu gehörten eine Informationspflicht gegenüber anderen Organen von Partei und Staat, besonders gegenüber anderen Sicherheitsorganen wie der Volkspolizei und Zoll-

36 Das MfS war über die personelle Besetzung und die Arbeit der Einrichtungen der DDR-Forschung gut unterrichtet. Da diese in aller Öffentlichkeit arbeiteten, konnte man Wesentliches darüber leicht auch aus den Massenmedien erfahren. Freilich berichteten Spitzel auch über Interna.

verwaltung, wenn es ratsam war, sie über Erscheinungen der PID zu unterrichten. Indessen sollte zur Bekämpfung der PID auch Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden, deren Urheber freilich geheim bleiben mußte. Bei ihr handelte es sich um eine Arbeit nicht in der Öffentlichkeit, sondern für die Öffentlichkeit<sup>37</sup>. Auch die operative Personenkontrolle hatte nach den allgemeinen Befehlen und Richtlinien eine wichtige Funktion bei der Bekämpfung der PID.

Die Anstrengungen des MfS zur Bekämpfung dessen, was es „politisch-ideologische Diversion“ nannte, waren beträchtlich und wurden mit niederträchtigen Methoden geführt. Wenn dieser Kampf auch einem Hirngespinnst galt, so lastete er doch schwer auf der Bevölkerung der DDR und fügte auch der Bundesrepublik durch Spionage Schaden zu. Am Ende blieben „Schild und Schwert der Partei“ in ihrem gleichermaßen inhumanen wie grotesken Kampf gegen „PID“ und „PUT“ erfolglos. Im Gespräch mit dem Verfasser sagte Dietrich Fischer, der einstige PID-Lehrstuhlleiter an der JHS: Als man gemerkt habe, daß die Partei unter Egon Krenz sich selbst als führende Kraft aufgegeben hatte, sei es nutzlos geworden, sich noch für sie einzusetzen<sup>38</sup>.

Das sozialistische Bewußtsein war nun selbst den Mitarbeitern des MfS abhanden gekommen – sicher nicht eine Folge von angeblicher „politisch-ideologischer Diversion“, sondern ein Sieg des Freiheitswillens der Menschen in der DDR und, wer wollte das leugnen, auch ihres Strebens nach einem besseren Leben.

37 Das hat das MfS schon sehr früh praktiziert. So konnte anhand der Stasi-Unterlagen die Gewißheit darüber erlangt werden, daß die Schmähchrift gegen den ehemaligen Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen in Berlin-West „Im Dienst der Unterwelt ...“, die ohne Angabe eines Verfassers 1959 im Kongreß-Verlag in Berlin-Ost erschienen war, vom MfS erarbeitet und in dessen Auftrag gedruckt worden war. Vgl. Siegfried Mampel, Organisierte Kriminalität des Stasi in Berlin (West), in: Deutschland Archiv, 27 (1994) 9, S. 907 ff.; ders., Der Untergrundkampf des Ministeriums für Staatssicherheit gegen den Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen in Berlin (West), Band 1 der Schriftenreihe des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR, Berlin 1994, S. 42 ff.

38 Das entspricht im wesentlichen den Forschungsergebnissen von Walter Süß, Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit, in: Deutschland Archiv, 28 (1995) 2, S. 122 ff.; ders., Veröffentlichungen des BStU/BF, BF informiert, Nr. 5/1994.

# Sprachrohr oder Außenseiter?

Zur gesellschaftlichen Relevanz der unabhängigen Gruppen in der DDR – Aus Analysen des Staatssicherheitsdienstes

## I. Vorbemerkung

Daß die unabhängigen Gruppen, die sich seit Ende der siebziger Jahre im Schutzraum der evangelischen Kirchen der DDR zu formieren begannen, eine Schlüsselrolle bei der Beseitigung der SED-Herrschaft gespielt haben, gehört zum Gemeingut jeder Analyse der friedlichen Revolution im Herbst 1989. Welche gesellschaftliche Relevanz ihnen in Ostdeutschland aber *vor* der Wende zukam, ist durchaus umstritten und wissenschaftlich bislang nur wenig erforscht. Die westdeutsche DDR-Forschung maß den Friedens-, Umwelt- oder Dritte-Welt-Gruppen vor 1989 nur eine geringe Bedeutung zu; wenn überhaupt, dann wurden sie als kirchenpolitisches Problem oder als eines von Außenseitern eingehender thematisiert<sup>1</sup>. Die Gesellschaftswissenschaften der DDR beteiligten sich – anders als in anderen „Bruderstaaten“<sup>2</sup> – überhaupt nicht an der Analyse, weil der ideologische Grundsatz galt, daß für eine Opposition im Sozialismus die „objektive politische und soziale Grundlage“ fehle<sup>3</sup>.

Auch nach 1989 beschrieben Wissenschaftler aus Ost und West die Gruppen oft als „Außenseiter, die aufgrund von Prozessen, die sie weder eingeleitet noch gewollt hatten, zu Repräsentanten der Gesellschaft aufstiegen“, oder konstatierten, daß es in der DDR „im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern ... keine machtvolle Bürger-

rechtsbewegung“ gegeben habe<sup>4</sup>. Die Akteure selbst waren sich uneins, ob es sich bei den Gruppen „eher um eine Randerscheinung sowohl der DDR-Gesellschaft insgesamt als auch der evangelischen Kirche“ gehandelt oder ob durch sie „der politische Widerstand eine Massenbasis und erstmals auch einen sozialen Hintergrund erlangt“ habe<sup>5</sup>.

Wie stark oder schwach die Gruppen tatsächlich in der DDR-Gesellschaft verankert waren, ist ohne detailgenaue Forschungen freilich kaum überzeugend zu beantworten. Häufig scheinen die abgegebenen Urteile auf generellen politischen Einschätzungen und Erfahrungen zu fußen, während wenig nach Zeiträumen, Regionen und Ereignissen differenziert wird. Die Frage, wie die gesellschaftliche Bedeutung der Gruppen überhaupt näher bestimmt werden kann, wird kaum thematisiert, obwohl sich gerade hier beträchtliche methodische Schwierigkeiten auftürmen. Denn nicht nur für die Gruppen selbst – ihre Verbreitung, ihre Zusammensetzung und ihre politische Wirksamkeit – existieren keine begleitenden sozialwissenschaftlichen Untersuchungen, auch ihre Resonanz in der Gesellschaft wurde in der DDR zu keiner Zeit, z. B. durch Meinungsumfragen, gemessen (und wäre in einem System, das die offene Meinungsäußerung ausschloß, wohl auch schwerlich objektiv zu messen gewesen).

4 Detlef Pollack, Außenseiter oder Repräsentanten. Zur Rolle der politisch alternativen Gruppen in der DDR, in: ders. (Hrsg.), Die Legitimität der Freiheit. Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche, Frankfurt am Main u. a. 1990, S. 227; Eckhard Jesse, Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band VII, 1, Frankfurt am Main – Baden-Baden 1995, S. 1016.

5 Martin Gutzeit, Widerstand und Opposition in den achtziger Jahren. Von der Formierung der Opposition bis zum Sturz der SED-Diktatur, in: Materialien der Enquete-Kommission (Anm. 4), S. 242; Erhart Neubert, Motive des Aufbruchs, in: Hubertus Knabe (Hrsg.), Aufbruch in eine andere DDR. Reformen und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes, Reinbek 1989, S. 147.

1 Auf den jährlichen DDR-Forschartagungen in Bonn taten dies insbesondere Wolfgang Büscher, Helmut Fehr, Günter Minnerup, Peter Wensierski sowie der Verfasser. Der Mannheimer Historiker Dietrich Staritz kritisierte hingegen noch 1987, daß die Gruppen „im Westen vorschnell zu ‚autonomen Bewegungen‘ stilisiert wurden“. Vgl. Dietrich Staritz, Die SED und die Opposition, in: Ilse Spittmann (Hrsg.), Die SED in Geschichte und Gegenwart, Köln 1987, S. 93.

2 Vgl. dazu Hubertus Knabe, Umweltkonflikte im Sozialismus. Möglichkeiten und Grenzen der Problemartikulation in sozialistischen Systemen – eine vergleichende Analyse der Umweltdiskussion in der DDR und Ungarn, Köln 1993, S. 25 f.

3 Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin 1988; S. 707.

Befugt, Fakten über das heikle Thema zusammenzutragen, waren allein das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) sowie einzelne Gliederungen der Partei. Das ausgedehnte Berichtswesen innerhalb der SED brachte es mit sich, daß Kreis- und Bezirksleitungen, die Abteilung Sicherheit, der Sektor Parteiinformation u. a. m. regelmäßig an übergeordnete Parteinstanzen Rapport erstatteten. Unter den parteiinternen Berichten finden sich zum Beispiel solche über „Besondere Vorkommnisse im Bezirk“, zu denen auch gerechnet wurde, wenn auf einer Toilette Aufschriften wie: „Was unser Volk braucht, sind Reformen, wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte“ gefunden wurden<sup>6</sup>. Doch systematische Analysen über die gesellschaftliche Relevanz der Gruppen wurden augenscheinlich nicht erstellt, und die Tendenz zur Ideologisierung und Schönfärberei bei der parteiinternen Berichterstattung ließ eine ungeschminkte Darstellung der Lage nicht zu<sup>7</sup>.

Brauchbarer, so sollte man meinen, müßten die schriftlichen Hinterlassenschaften des MfS sein, denn dieses mußte wie keine andere DDR-Institution an einem objektiven Bild interessiert gewesen sein – gerade im Bereich der kritischen Bestrebungen. Doch auch hier kam es zu starken, ideologisch und institutionell bedingten Verzerrungen; mit wissenschaftlicher Erkenntnisbildung hatten selbst die „Dissertationen“ der „Juristischen Hochschule“ (JHS) des MfS in Potsdam nichts gemein. So fußen die Analysen des MfS durchweg auf dem Postulat, daß „politische Untergrundtätigkeit ... das Ergebnis des subversiven Einwirkens des Imperialismus“ und „nicht aus dem Wesen des Sozialismus erklärbar“ sei; die Selbstzeugnisse der Gruppen gelten als „antisozialistische Machwerke“ und ihre Initiatoren als „verschworene Feinde des Sozialismus“<sup>8</sup>. Das MfS dokumentierte zwar in einer Unzahl von „Vorgängen“ den größten Teil der Gruppenaktivitäten und fertigte dar-

aus auch regelmäßig „verdichtete“ Informationen und Übersichten an; doch die Frage, wie sehr sich darin gesamtgesellschaftliche Interessenlagen und Konflikte spiegelten, lag außerhalb seines ideologisch verengten Vorstellungsvermögens.

Gleichwohl bieten die Unterlagen des MfS, insbesondere seine zusammenfassenden Berichte und Analysen, am Beginn des historischen Aufarbeitungsprozesses wohl noch am ehesten die Möglichkeit, die gesellschaftliche Bedeutung der Gruppen vor der Wende genauer zu bestimmen – vorausgesetzt, man konzentriert sich auf die Auswertung der darin enthaltenen Zahlen und Fakten und abstrahiert von den ideologischen Verzerrungen. Ihr unschätzbare Vorteil ist, daß sie angesichts der flächendeckenden Überwachungstätigkeit ein auf andere Weise kaum zu erreichendes Maß an Vollständigkeit aufweisen und oftmals Angaben über die gesamte DDR enthalten, während in den sonstigen Darstellungen die Perspektive zumeist eingeschränkt ist, vor allem auf die Städte Berlin oder Leipzig<sup>9</sup>. Ihr großer Nachteil sind die gravierenden methodischen Mängel, die bei „verdichteten“ Materialien doppelt schwer wiegen, weil die vom MfS präsentierten Daten nachträglich zumeist nicht mehr verifiziert werden können; hinzu kommt, daß sie manchmal auch in sich widersprüchlich sind und bislang nur für einzelne Zeiträume und Regionen vorliegen. Insofern können die folgenden Ausführungen nur erste Anhaltspunkte dafür liefern, welche Relevanz den Gruppen in der DDR-Gesellschaft letztlich zukam.

---

## II. Die Verbreitung der Gruppen

---

Ein wichtiger Indikator für die gesellschaftliche Bedeutung der Gruppen ist naheliegenderweise die exakte Feststellung ihrer Verbreitung in der DDR: Wie groß war die Zahl der insgesamt existierenden Gruppen, und wie veränderte sie sich in Zeitverlauf? Formierten sich die Gruppen lediglich in bestimmten Zentren der DDR oder überall im Land? Wieviel Akteure engagierten sich im engeren Kreis, wie viele waren fallweise zu mobilisieren?

---

9 Vgl. u. a. Wolfgang Rüdtenklau, Störenfried. ddr-opposition 1986–1989, Berlin 1992; Christian Dietrich, Fallstudie Leipzig 1987–1989. Die politisch-alternativen Gruppen in Leipzig vor der Revolution, in: Materialien der Enquete-Kommission (Anm. 4), S. 558–666.

6 Vgl. Abt. Sicherheit 9–10/89, Hausmitteilung der Abteilung Parteiorgane, Sektor Parteiinformation, vom 5. September 1989, Matthias-Domaschk-Archiv Berlin (im weiteren MDA).

7 So berichtete beispielsweise der 1. Sekretär der SED-Stadtbezirksleitung Dresden-Mitte an den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Hans Modrow, von den Kommunalwahlen im Mai 1989, daß „eine fleißige und erfolgreiche Arbeit geleistet (wurde), die den ruhigen und erfolgreichen Wahlverlauf sicherte“ – obgleich tatsächlich die seit Jahrzehnten höchste Zahl an Gegen- und Nein-Stimmen zu konstatieren gewesen wäre. Vgl. Monatsberichte KL an BL, Bericht vom 10.5.1989, S. 2, MDA.

8 Hochschule des MfS, Dissertation zum Thema „Das aktuelle Erscheinungsbild politischer Untergrundtätigkeit in der DDR und wesentliche Tendenzen seiner Entwicklung“, VVS JHS o001–230/89, S. 246, S. 153 und S. 255, MDA.

Systematische Übersichten über die zahlenmäßige Entwicklung der Gruppen von ihrer Entstehung bis zum Herbst 1989 sind bislang nicht bekannt geworden. Nach heutigem Kenntnisstand waren die ersten themenbezogenen Basisgruppen im Schutzraum der Kirchen Arbeitskreise von Wehrdienstverweigerern, die aus religiösen oder pazifistischen Motiven in der DDR den Dienst mit der Waffe verweigerten<sup>10</sup>. Aus ihnen gingen Anfang der siebziger Jahre u. a. der „Friedensdienstarbeitskreis in der DDR“ bei der Zentralen Geschäftsstelle des Evangelischen Jungmännerwerkes (JMw) in Berlin sowie das jährliche Friedensseminar in Königswalde hervor, an dem nach MfS-Angaben 1983 bereits ca. 400 Menschen teilnahmen<sup>11</sup>. Ein zweites, z. T. überlappendes Entstehungsfeld bildete die evangelische Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Jungen Gemeinden (JG), Evangelischen Studentengemeinden (ESG), im Jungmännerwerk und in „offener Jugendarbeit“, aus der sich – verstärkt in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre – gesellschaftskritische Veranstaltungen und Diskussionen sowie kontinuierlich arbeitende Kreise, vor allem zur Friedensproblematik, herausbildeten<sup>12</sup>.

Friedenskreise der ESG gab es 1980 zum Beispiel in Dresden, Berlin und Magdeburg, und an den vom Ostberliner Pfarrer Rainer Eppelmann erstmals 1979 organisierten „Blues-Messen“ in Berlin

10 Diese frühen Aktivitäten beschreibt immer noch am umfassendsten: Bernd Eisenfeld, Kriegsdienstverweigerung in der DDR – ein Friedensdienst? Genesis. Befragung. Analyse. Dokumente, Frankfurt am Main 1978.

11 Der Friedensdienstarbeitskreis konstituierte sich 1971, das Friedensseminar 1972; vgl. Ministerium für Staatssicherheit (künftig MfS), Hochschule, Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Mißbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren“ Opposition in der DDR, VVS JHS o001-241/83, S. 470, MDA; dass., Studienmaterial: Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Mißbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren“ Opposition in der DDR, VVS JHS o001-125/83, S. 85, MDA. Zu Königswalde: Klaus Ehring (Pseud. des Verf.)/Martin Dallwitz, Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Reinbek 1982, S. 231–245.

12 Vgl. dazu u. a. K. Ehring/M. Dallwitz (Anm. 11), S. 104 bis 115; DDR-konkret. Geschichten und Berichte aus einem real existierenden Land, Berlin 1978; Matthias-Domaschk-Archiv Jena im Verein „Künstler für Andere“ e. V. (Hrsg.), Opposition in Jena. Chronologie 1980–1989, Nr. 1, Jena 1995 (Selbstverlag).

nahmen regelmäßig mehrere hundert Jugendliche teil<sup>13</sup>. Aus der kirchlichen Jugendarbeit gingen 1980 auch die jedes Jahr im November veranstalteten „Friedensdekaden“ hervor, in deren Rahmen es zu zahlreichen innerkirchlichen Veranstaltungen und auch zu ersten Aktionen außerhalb der Kirchen kam – etwa ein als „Stiller Weg“ bezeichneter Marsch von 500 bis 600 Jugendlichen in Halle oder die Verbreitung von mehr als 100 000 Aufnähern mit dem Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ im Jahre 1981<sup>14</sup>. Am Dresdener Friedensforum im Februar 1982 – eigentlich als Demonstration geplant – nahmen schon rund 5 000 junge Leute teil, die Berliner Friedenswerkstatt zählte im Juli ähnlich viele Besucher. Zur Friedensbewegung stießen zu diesem Zeitpunkt auch einzelne sozialistisch inspirierte Intellektuelle, darunter Robert Havemann, sowie Mitglieder von konspirativ arbeitenden Zirkeln, die in den siebziger Jahren den real existierenden Sozialismus vor allem theoretisch kritisiert hatten<sup>15</sup>.

Auf dem Höhepunkt der Friedensbewegung konstatierte das MfS die Existenz von mehr als 50 Friedenskreisen in der DDR (1983) und befürchtete die Gründung von „weiteren derartigen Basisgruppen“<sup>16</sup>. Einer später angefertigten MfS-Darstellung zufolge gab es 1983 sogar bereits 100 Friedenskreise, deren Zahl im folgenden Jahr allerdings auf 60 zurückgegangen sei. Der Rückgang wurde jedoch durch die Bildung anderer Gruppen (50 Ökologiekreise, 12 Frauenfriedenskreise) mehr als kompensiert, so daß das MfS – zu Recht – nur von einer veränderten thematischen Ausrichtung bei den Gruppen seit 1983/84

13 Vgl. MfS, Hochschule, Grundorientierungen (Anm. 11), S. 461 f.; Rainer Eppelmann, Fremd im eigenen Haus. Mein Leben im anderen Deutschland, Köln 1993, S. 145 ff.

14 Vgl. MfS, Hochschule, Grundorientierungen (Anm. 11), S. 487; K. Ehring/M. Dallwitz (Anm. 11), S. 262.

15 Über diese theoretisierenden Gruppen, die – wie Robert Havemann, Wolf Biermann oder Rudolf Bahro – von einer „Deformation“ des Sozialismus ausgingen, ist bislang nur wenig bekannt geworden. In einer Hausinformation vom 14. Januar 1978 berichtete das MfS von zwei „auf einer gemeinsamen politischen Plattform zur Umwandlung der Partei und zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR“ arbeitenden Gruppen in Berlin und Leipzig, zitiert in: Thomas Klein, Widerspruch und abweichendes Verhalten in der SED, in: Materialien der Enquete-Kommission (Anm. 4), S. 1065. Wolfgang Rüdtenklau schreibt von trotzkistisch inspirierten Zirkeln in Halle, Jena, Berlin und Leipzig sowie von Zellen der KPD-ML/DDR „in allen größeren Städten“ und mit etwa 50 Mitgliedern in Ostberlin. Vgl. W. Rüdtenklau (Anm. 9), S. 21. Ein typisches Selbstzeugnis dieser Gruppen ist: Rudolf Luxemburg (Pseud.), Bleib daheim und wehr dich täglich! Ein Beitrag zur Analyse der DDR, in: Osteuropa-Info, (1981) 2, S. 49–87.

16 MfS, Hochschule, Grundorientierungen (Anm. 11), S. 467 f. und S. 492.

ausging<sup>17</sup>. Hinzu kamen ab 1986/87 die Gruppen des „Arbeitskreises Solidarische Kirche“ (AKSK) und der „Kirche von Unten“ (KvU), die – ebenso wie die kirchenunabhängige „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM) – eine schrittweise Emanzipation der Basisgruppen von ihrer Mutterinstitution, den Kirchen, anzeigten.

Umfangreiches Zahlenmaterial über die Verbreitung der Gruppen liegt bisher nur für den Zeitraum 1988/89 vor. Nach der „Information Nr. 150/89“ für das SED-Politbüro zählte das MfS Anfang 1989 in der gesamten DDR ca. 160 „feindlich-negative Personenzusammenschlüsse“, darunter knapp 150 kirchliche Basisgruppen<sup>18</sup>. Davon hätten sich 35 Gruppen als „Friedenskreise“ bezeichnet, 39 als „Ökologiegruppen“, 23 als gemischte „Friedens- und Umweltgruppen“, 7 als „Frauengruppen“, 3 als „Ärztelkreise“, 10 als „Menschenrechtsgruppen“ und 39 als „2/3-Welt-Gruppen“. Zu etwas anderen Ergebnissen kommt man, wenn man die der Information beigelegten „Auskünfte zu Personenzusammenschlüssen“<sup>19</sup> heranzieht und auf dieser Basis das inhaltliche Profil der Gruppen bestimmt: Danach existierten 49 Friedensgruppen, 42 Umweltgruppen, 21 gemischte Friedens- und Umweltgruppen, 27 Demokratie- oder Menschenrechtsgruppen und vier 2/3-Welt-Gruppen<sup>20</sup>. Vergleicht man dabei die für die einzelnen Gruppen genannten Gründungsjahre, so fällt auf, daß sich die Ausgangsthemen bei den Gruppengründungen im Laufe der Zeit deutlich verschoben: Während sich die Anfang der achtziger Jahre entstandenen Gruppen ausschließlich zu den Themen Frieden,

Umwelt und 2/3-Welt konstituiert hatten, gründeten sich 1986 erstmals drei Gruppen zur Demokratie- und Menschenrechtsproblematik, 1987 waren es schon dreizehn – also ein ziemlich abrupter Anstieg. Berücksichtigt man außerdem, daß nach den Festnahmen im November 1987 und Januar 1988 auch zahlreiche anders orientierte Gruppen diesen Themen einen prominenten Platz einräumten und sich an den DDR-weiten Solidaritätsaktionen beteiligten, wird die zunehmende „Politisierung“ der Gruppen in den letzten Lebensjahren der DDR deutlich.

Obwohl das MfS alles unternahm, die Arbeit der Gruppen einzuschränken oder ganz zu verhindern<sup>21</sup>, gelang es offensichtlich nicht, die Gesamtzahl der Gruppen zu verringern, da den aufgelösten Zusammenschlüssen eine gleich große Anzahl neugebildeter gegenüberstand. Allein im Jahr 1988 hätten sich sieben Regionalgruppen des „Arbeitskreises Solidarische Kirche“ sowie je acht Friedenskreise bzw. Ökologiegruppen neu gegründet; viele Gruppen waren sogar erstaunlich stabil, denn „über die Hälfte aller derartigen Zusammenschlüsse wurde vor dem Jahre 1985 gebildet“<sup>22</sup>. Die „Auskünfte zu Personenzusammenschlüssen“ zeigen eine ähnliche Tendenz: Von den 1989 erfaßten 159 Gruppen wurden danach 35 im Jahr 1988 gegründet, 26 im Jahr 1987 und 24 im Jahr 1986; zahlreiche Gruppen waren aber noch früher entstanden – 1985 (11), 1984 (20) und 1983 (16); nur 18 Gruppen existierten jedoch länger als sieben Jahre.

Aufschlußreich sind auch die Angaben über die regionale Verteilung der Gruppen im Frühjahr 1989. Als territorialer Schwerpunkt galt der „Information Nr. 150/89“ zufolge Berlin mit insgesamt 19 Gruppen, darunter „die aktivsten und gefährlichsten in der DDR“. Als weitere Schwerpunkte wurden die Bezirke Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Halle, Dresden, Gera und Erfurt ausgemacht<sup>23</sup>. Nach den detaillierteren „Auskünften zu Personenzusammenschlüssen“ gab es keinen einzigen Bezirk, in dem überhaupt keine Gruppen existierten. An erster Stelle lag nach dieser Quelle mit 27 Gruppen der Bezirk Karl-Marx-Stadt,

17 Vgl. Hochschule des MfS, Dissertation (Anm. 8), S. 82.

18 Vgl. MfS, Information Nr. 150/89 über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen, ohne Datum und VVS-Nummer, MDA. Die Information wurde zusammen mit den in Anm. 19 und 51 genannten Dokumenten vom Minister für Staatssicherheit mit Schreiben vom 23. Mai 1989, VVS MfS o008–39/89, an die Leiter der Dienstseinheiten übersandt; sie ist (unter dem Datum vom 1. Juni 1989) abgedruckt in: Armin Mitter/Stefan Wolle, „Ich liebe Euch doch alle!“. Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989, Berlin 1990, S. 46–71, hier S. 47. Die Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe bezifferte 1988 die Zahl der Gruppen mit 325 erheblich höher als das MfS; dabei handelte es sich allerdings nach ihren Angaben gegenüber dem Verfasser um eine Aufstellung anhand des Adreßverteilens des DDR-Netzwerkes „Frieden konkret“, der auch Hauskreise und kleinste Gruppen von manchmal nur drei Interessenten umfaßte; vgl. Ulrike Poppe, Das kritische Potential der Gruppen in Kirche und Gesellschaft, in: D. Pollack (Anm. 4), S. 68 f.

19 MfS, Auskünfte zu Personenzusammenschlüssen, ohne Datum, 154 Seiten (s. Hinweis Anm. 18).

20 Die Abgrenzung ist allerdings nicht immer eindeutig, und die thematische Ausrichtung der Gruppen änderte sich oftmals im Zeitverlauf.

21 Das Vorgehen bei der systematischen „Zersetzung“ der Gruppen dokumentiert im einzelnen: Juristische Hochschule Potsdam (künftig: JHS) (Hrsg.), Hochschuldirektstudium Rechtswissenschaft, Spezialisierungsrichtung Komplex IV, Studienmaterial „Die politisch-operative Bearbeitung von feindlich-negativen Personenzusammenschlüssen, die im Sinne politischer Untergrundtätigkeit wirken, in Operativen Vorgängen“, VVS JHS o001–91/89 (als Dissertation unter der Nr. VVS JHS o001–231/89), MDA.

22 Information Nr. 150/89 (Anm. 18), S. 47.

23 Vgl. ebd., S. 49.

gefolgt von Halle (20), Leipzig und Berlin (je 19) sowie Dresden (16); im Mittelfeld befanden sich mit jeweils acht Gruppen die Bezirke Erfurt, Magdeburg und Potsdam, mit jeweils sieben Gruppen die Bezirke Gera und Schwerin sowie mit je sechs Gruppen die Bezirke Cottbus, Rostock und Suhl; nur wenige Gruppen existierten hingegen in den Bezirken Neubrandenburg (drei) und Frankfurt/Oder (eine).

Die Gruppenbildung beschränkte sich in keinem einzigen DDR-Bezirk auf die jeweilige Bezirkshauptstadt (mit Ausnahme von Frankfurt/Oder, wo es nur eine einzige Gruppe gab), sondern erfaßte ebenso sehr die Subzentren und oftmals sogar kleinste Ortschaften. Im Bezirk Karl-Marx-Stadt existierten beispielsweise zehn Gruppen in Karl-Marx-Stadt selbst, fünf in Zwickau, drei in Freiberg und je eine in Marienburg, Neuhausen, Annaberg, Penig, Königswalde, Frauenstein, Oelsnitz, Auerbach und Schönborn. Ein ähnliches Erscheinungsbild zeigt sich auch in den anderen Bezirken, was deutlich macht, daß die Gruppen kein vorrangig großstädtisches Phänomen waren, sondern – ungeachtet ihrer besonders hohen Konzentration in Berlin, Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Dresden und Halle – mit insgesamt 73 verschiedenen Standorten ein vergleichsweise dichtes Netz in der DDR bildeten.

Neben der Intensität der Gruppenbildung ist auch die Zahl der in ihnen engagierten Personen ein wichtiger Indikator, um ihre gesellschaftliche Bedeutung festzustellen. Im Januar 1988 schätzte das MfS ein, daß das „im Sinne politischer Untergrundtätigkeit mobilisierbare Potential ... in Berlin etwa 500, im Republikmaßstab ca. 1 000 Personen umfaßt“<sup>24</sup>. In der „Information Nr. 150/89“ wird hingegen das Gesamtpotential der Zusammenschlüsse einschließlich derjenigen, die lediglich als Teilnehmer von Aktivitäten oder Veranstaltungen fungierten, für Anfang 1989 auf 2 500 Personen (= ca. 0,015 Prozent der Gesamtbevölkerung) beziffert. Den sogenannten Führungsgremien werden etwa 600 Personen zugerechnet, während ca. 60 Personen als „harter Kern“ der Gruppen gelten<sup>25</sup>. Den „Auskünften“ zufolge hatten die Gruppen zum selben Zeitpunkt 802 aktive Mitglieder<sup>26</sup>.

24 MfS HA XX/AKG, 133, S. 1 („Konzeption zur weiteren Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit“), zitiert nach: E. Jesse (Anm. 4), S. 1015.

25 Vgl. Information Nr. 150/89 (Anm. 18), S. 47 f.

26 Die Mitglieder der Gruppen werden in dieser Quelle bis auf einen Fall alle namentlich genannt, wobei manche als „Organisatoren/Inspiratoren“, andere nur als „aktive Mitglieder“ ausgewiesen werden. Diese Unterscheidung wird

Untersucht man die regionale Verteilung der Mitglieder, zeigt sich – deutlicher als bei der der Gruppen – die Vorrangstellung Berlins mit insgesamt 118 namentlich erfaßten Personen. In Dresden und Leipzig, die statistisch an zweiter und dritter Stelle stehen, waren es mit 57 bzw. 54 Mitgliedern weniger als halb so viele; im weiteren folgen die Städte Halle (45), Karl-Marx-Stadt (38), Potsdam (27), Erfurt (19), Weimar (16), Cottbus (14) und Magdeburg (13). Setzt man allerdings die Zahl der Mitglieder in Beziehung zu der der Einwohner, ergibt sich ein anderes Bild: Unter den Großstädten liegt dann Potsdam an der Spitze, gefolgt von Halle, Karl-Marx-Stadt, Dresden, Cottbus, Leipzig und erst dann Berlin sowie Erfurt und Magdeburg.

---

### III. Die Mitgliederstruktur

---

Ein weiterer Indikator für die gesellschaftliche Bedeutung der Gruppen sind Angaben über die Zusammensetzung der Gruppen, über die bislang zumeist nur vage Urteile existieren<sup>27</sup>. Waren es vornehmlich Jugendliche, die sich in den Gruppen engagierten, oder war es die Generation der 25- bis 45jährigen, die in der Bundesrepublik die Neuen Sozialen Bewegungen prägte? Waren die Gruppen vorrangig von Intellektuellen geprägt, oder dominierten in ihnen eher Pastoren und kirchliche Mitarbeiter? Deckten sie in ihrer sozialen Zusammensetzung ein relativ breites oder nur ein schmales gesellschaftliches Spektrum ab?

Über die Altersstruktur der Gruppen finden sich in der „Information Nr. 150/89“ nur allgemeine Angaben wie die, daß die Mehrzahl der Führungskräfte im Alter zwischen 25 und 40 Jahren sei. Aus den „Auskünften zu Personenzusammenschlüssen

---

hier nicht übernommen, da die beiden Kategorien nicht definiert werden (und auch schwer zu definieren sein dürften) und weil die Unterscheidung oft nicht einleuchtend bzw. widersprüchlich ist: So wird beispielsweise Ulrike Poppe als „aktives Mitglied“ der IFM geführt, ihr Mann, Gerd Poppe, hingegen als „Organisator/Inspirator“; bei anderen Gruppen werden nur „Organisatoren/Inspiratoren“ aufgeführt, bei wieder anderen lautet das Etikett „Initiatoren“ oder „Organisatoren“ oder „Initiatoren-Inspiratoren“. Für diese Auswertung werden deshalb alle namentlich genannten Personen einer gemeinsamen Kategorie (Mitglieder) zugeordnet. Inoffizielle Mitarbeiter des MfS sowie Doppelnennungen von Personen konnten aufgrund der Anonymisierung der Namen nicht herausgerechnet werden.

27 Vgl. etwa Christoph Kleßmann, *Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 5/91, S. 61; zu Leipzig macht aufschlußreiche Angaben: C. Dietrich (Anm. 9), S. 558 f.

sen“ lassen sich hingegen exaktere Angaben ableiten, da von gut 93 Prozent der namentlich genannten Mitglieder auch das Alter (im Jahr 1989) angegeben wird<sup>28</sup>. Danach gehörten von den 753 altersmäßig erfaßten Gruppenmitgliedern fast 40 Prozent der Generation der 25- bis 34jährigen an, weitere 27 Prozent waren zwischen 35 und 44 Jahre alt. Der Anteil der 15- bis 24jährigen lag bei knapp 20 Prozent, der der 45- bis 54jährigen bei 11 Prozent. 55 Jahre und älter waren nur 2,5 Prozent.

Der größte Teil der Gruppenmitglieder wurde also erst nach dem Zweiten Weltkrieg geboren, was augenfällig macht, daß es sich bei den Gruppen um ein Phänomen handelte, das auf dem Boden der sozialistischen Gesellschaft herangereift war. Auf der anderen Seite umfassen die Gruppen ein relativ breites Altersspektrum, was zeigt, daß die Gruppenbildung keine Form des Jugendprotestes war, obwohl die jüngste Generation ein wichtiges Segment der Gruppenmitglieder bildete. Vorherrschend waren jedoch diejenigen, die die Bildungssozialisation bereits durchlaufen hatten und im berufsfähigen Alter waren oder sogar schon ein längeres Berufsleben hinter sich hatten. Zwischen den verschiedenen Bezirken zeigen sich dabei gewisse Unterschiede wie die Dominanz der 35- bis 44jährigen in Berlin oder die deutlich jüngere Altersstruktur der Gruppen im Bezirk Leipzig; die weniger großstädtisch geprägten DDR-Bezirke zeigen oftmals eine Tendenz zu jüngeren Gruppenmitgliedern. Insgesamt handelt es sich aber bei den Gruppenmitgliedern überwiegend um jene Alterskohorten, die auch in der Bundesrepublik thematisch verwandte Bewegungen wie die Ökologie- oder Friedensbewegung hervorgebracht haben.

Schwieriger als die Analyse der Altersstruktur gestaltet sich die Bestimmung des Sozialmilieus der Gruppen. Verantwortlich ist dafür nicht nur der Mangel an Daten über Herkunft, Schichtzugehörigkeit, Beruf oder kirchliche Bindung der Akteure, sondern auch die Verzerrung des sozialen Erscheinungsbildes durch spezifische Faktoren des gesellschaftlichen Lebens in der DDR. So führte die staatliche Berufslenkung oftmals dazu, daß Kinder „bürgerlicher“ Elternhäuser gar nicht oder nur milieufremde Fächer studieren durften. Der politische Druck in zahlreichen Berufen löste

28 Bei den folgenden Ausführungen ist zu berücksichtigen, daß sie sich nicht auf das gesamte Mobilisierungspotential der Gruppen, sondern nur auf die namentlich erfaßten, d. h. in der Regel auf die kontinuierlich mitarbeitenden Gruppenmitglieder beziehen.

auch bestimmte Ausweichstrategien aus, so daß eine erkleckliche Anzahl von Gruppenmitgliedern mit Hilfsarbeiten seinen Lebensunterhalt verdiente – was zu dem irreführenden Schluß verleiten könnte, daß die unteren sozialen Schichten in den Gruppen besonders stark vertreten waren. Auch die große Zahl kirchlicher Mitarbeiter kann nicht einfach zu dem Resümee verlängert werden, diese Gruppen seien in erster Linie eine religiöse, kirchliche oder, wie verschiedentlich argumentiert wurde<sup>29</sup>, protestantische Erscheinung gewesen, sondern muß zugleich mit der Tatsache erklärt werden, daß die Kirchen strukturellen Ersatz boten für anderswo verweigerte Bildungschancen und berufliche Freiräume.

Gleichwohl können die vom MfS erhobenen Daten zumindest Anhaltspunkte dafür geben, welche sozialen Milieus in den Gruppen von Bedeutung waren. Nach der „Information Nr. 150/89“ war der Anteil von Arbeitern und anderen im produktiven Bereich Tätigen relativ gering, während zwölf Prozent aller aktiven Mitglieder 1989 gar kein Arbeitsrechtsverhältnis besaßen. Unter den „Führungskräften“ befand sich danach ein erheblicher Anteil kirchlicher Amtsträger und Mitarbeiter, von Hoch- und Fachschulabsolventen sowie promovierten Personen, die z. T. im Bereich der Kirche oder anderweitig eine nicht ihrer Qualifikation entsprechende Tätigkeit ausübten<sup>30</sup>. Einer anderen Quelle zufolge handelte es sich bei den aktiven Kräften um „Personen aus Kreisen der Kunst- und Kulturschaffenden, der wissenschaftlich-technischen, medizinischen und pädagogischen Intelligenz und der studentischen Jugend“ mit und ohne religiöse Bindung<sup>31</sup>.

Die „Auskünfte zu Personenzusammenschlüssen“ enthalten demgegenüber sehr viel genauere Berufsangaben zu insgesamt 739 namentlich genannten Gruppenmitgliedern. Angesichts der oftmals blumigen Berufsbezeichnungen in der DDR und den z. T. unsystematischen Angaben des MfS ist es freilich nicht ganz einfach, diese in eine systematische Übersicht zu bringen. Für die Analyse wurden deshalb ausschließlich die 1989 tatsächlich ausgeübten Berufe herangezogen und in Großgruppen zusammengefaßt. Ins Auge fällt dabei

29 Vgl. etwa Ehrhart Neubert, Eine protestantische Revolution, o. O. (Berlin) 1990; Gerhard Rein, Die protestantische Revolution 1987–1990. Ein deutsches Lesebuch, Berlin 1990.

30 Vgl. Information Nr. 150/89 (Anm. 18), S. 48.  
31 JHS (Hrsg.), Hochschuldirektstudium Rechtswissenschaft, Spezialisierungsrichtung 2, Komplex IV, Studienmaterial „Das aktuelle Erscheinungsbild politischer Untergrundtätigkeit in der DDR und wesentliche Tendenzen seiner Entwicklung“, VVS JHS o001–89/89, S. 219.

wiederum zuallererst die erhebliche Dominanz des kirchlichen Milieus in den Gruppen: 103 Gruppenmitglieder waren Pastoren, 139 Beschäftigte der Kirchen in unterschiedlichsten Berufen (vom Küster über die Gemeindegärtnerin bis zum Dozenten), zuzüglich 13 Vikare, 35 Studenten der Theologie oder anderer kirchlicher Ausbildungsgänge sowie 4 Theologen; zusammengerechnet sind dies knapp 40 Prozent aller Gruppenmitglieder. Relativierend muß dazu allerdings festgestellt werden, daß viele kirchliche Mitarbeiter auch qua ihres Amtes mitwirkten, da die Kirchen den Gruppen ihre Räumlichkeiten und oftmals auch eine Betreuung zur Verfügung stellten. Darüber hinaus bildeten die Kirchen für viele „gebrochene“ Biographien ein berufliches Auffangbecken – sei es, daß sie jemanden als Hausmeister beschäftigten oder, nach einer entsprechenden Ausbildung, in qualifizierteren Tätigkeiten. Unbestritten bleibt aber die starke Prägung sowie die relative Unkontrollierbarkeit der Gruppen durch die kirchlichen Berufe zahlreicher Mitglieder.

Eine zweite Großgruppe, die zur ersten eine gewisse Affinität aufweist, bilden jene 90 Gruppenmitglieder (= 12 Prozent der Gesamtangaben), die – in der Regel außerhalb der Kirchen – im medizinisch-pflegerischen Bereich beschäftigt waren, darunter 34 Ärzte, 32 Pfleger oder Krankenschwestern sowie 11 Beschäftigte in sozialen Diensten. Nimmt man auch jene mit in den Blick, die als kirchliche Mitarbeiter in diesem Sektor beschäftigt waren, wird deutlich, daß dieses überdurchschnittlich stark von sozialen oder humanen Orientierungen geprägte Milieu in den Gruppen ein relativ bedeutendes Segment stellte. Eher schwach vertreten war hingegen das geisteswissenschaftlich-kulturelle Milieu, das in anderen sozialistischen Ländern oftmals eine Schlüsselfunktion bei der Konstituierung unabhängiger politischer Bestrebungen innehatte: Höchstens 37 Personen (= 5 Prozent) können dem Bereich Kultur und Bildung zugerechnet werden, davon 13 freischaffende Künstler (darunter 2 Autoren), 4 Bibliothekare bzw. Buchhändler, 5 Lehrer sowie einige wenige Beschäftigte in Theatern (5), Museen (3), kulturpolitischen Einrichtungen (2) etc.

Ein überraschend großes Gewicht hatte demgegenüber ein in gewisser Weise entgegengesetztes Sozialmilieu: 82 Gruppenmitglieder waren in technischen Berufen tätig (= 11 Prozent), darunter allein 39 Ingenieure; hinzu kommen 39 Naturwissenschaftler, 57 Arbeiter sowie verschiedene kleinere Kontingente von Handwerkern, Verwaltungsangestellten etc. Die Angaben zeigen nicht nur,

daß das Spektrum der in den Gruppen vertretenen Berufe vergleichsweise breit war, sondern auch, daß immerhin rund 30 Prozent der Mitglieder nicht in einem eher humanorientierten Beruf tätig waren.

Ein nicht unbedeutendes Kontingent (7,8 Prozent) haben schließlich auch solche Gruppenmitglieder gebildet, die keiner regelmäßigen Berufstätigkeit nachgingen und deshalb nicht nur über einen größeren Zeitfonds verfügten, sondern – zum Bedauern des MfS<sup>32</sup> – auch dem politischen Konformitätsdruck weniger ausgesetzt waren; allein 40 Personen zählte das MfS „ohne Arbeitsverhältnis“. Angehörige des Parteiapparates oder der Sicherheitsorgane waren dagegen überhaupt nicht in den Gruppen vertreten.

---

#### IV. Die gesellschaftliche Wirksamkeit der Gruppen

---

Für die gesellschaftliche Relevanz der Gruppen ist neben den soziologischen Faktoren vor allem die Frage nach ihrer politischen Wirksamkeit von Bedeutung – also nach der Überzeugungskraft ihrer inhaltlichen Vorstellungen sowie nach ihrer praktischen Fähigkeit, sich Gehör zu verschaffen und politisch Einfluß zu nehmen. Dafür sind die MfS-Materialien freilich nur in begrenztem Maße von Nutzen, da die Programmatik der Gruppen zumeist stark verzerrt wiedergegeben wird und eine Anerkennung echter gesellschaftlicher Resonanz im Widerspruch zum Selbstverständnis der MfS-Mitarbeiter gestanden hätte. Hier würden nur vielfältige Fallstudien weiterhelfen, die das politische Profil und die gesellschaftliche Wirksamkeit der Gruppen möglichst detailgenau rekonstruieren. Einige Aspekte sollen an dieser Stelle gleichwohl angeschnitten werden, bei denen auch eine Auswertung der MfS-Analysen hilfreich sein kann.

32 Ausdrücklich als „erschwerende Umstände“ bei der politisch-operativen Bearbeitung wertete es das MfS, wenn Personen „keiner beruflichen Tätigkeit nachgehen und in keiner Weise gesellschaftlich organisiert sind“. Vgl. JHS, Studienmaterial (Anm. 21), S. 161. Den Mangel an „Kontroll- und Einflußmöglichkeiten“ bedauerte man auch bei den „freischaffenden Kunst- und Kulturschaffenden“. Vgl. JHS, Die Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit des MfS zur vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR gerichteten politischen Untergrundtätigkeit, VVS JHS 001–200/79, S. 306 f.

## 1. Programmatische Überzeugungskraft

Über die politischen Vorstellungen der Gruppen wird oft bemerkt, daß sie die zentralen gesellschaftlichen Anliegen – etwa im Konsumbereich oder in der Frage der Reisefreiheit – nicht genügend berücksichtigt hätten: „Die Position der Mehrheit der Bevölkerung kam nicht hinreichend zum Ausdruck. Deren Bedürfnisse wurden ... kaum reflektiert, die nationale Frage galt als Tabu.“<sup>33</sup> Demgegenüber ist freilich festzuhalten, daß es den Gruppen bis zum Herbst 1989 in erster Linie darum gehen mußte, in der DDR überhaupt einen minimalen – eigentlich gar nicht vorhandenen – Spielraum für ein unabhängiges politisches Engagement herzustellen und nach Möglichkeit auszuweiten. Allein die Tatsache, daß jemand kontinuierlich Widerspruch erhob und damit das harmonistische Gesellschaftsbild der SED als aufgezungen entblößte, verlieh den Gruppen – auch und gerade in den Augen des MfS – eine eminent politische Bedeutung. Vor diesem Hintergrund erscheinen die programmatischen Vorstellungen der Gruppen in der Rückschau weit weniger marginal als beispielsweise die inhaltlich umfassenden und radikaleren Alternativkonzepte von Rudolf Bahro oder den Autoren des sogenannten „Spiegel-Manifestes“<sup>34</sup>. Vielfach zeigten die Gruppen programmatisch sogar ein besonders ausgeprägtes Gespür für die jeweils vorhandenen Freiräume und die Chancen ihrer Ausdehnung, wie der folgende Überblick deutlich macht.

Zu Beginn der Ausbreitung der Gruppen im Schutzraum der Kirchen spielten offensichtlich eher vorpolitische Diskussionen – insbesondere unter Jugendlichen – eine wichtige Rolle, wie aus einer Analyse des MfS von 1983 hervorgeht: „Durch angeblich religiöse Veranstaltungen“, heißt es dort über die frühen achtziger Jahre, werde „Eigenständigkeit und Unabhängigkeit dokumentiert. Sie beinhalten eine ‚kritische Distanz‘ zur offiziellen Politik.“ Insbesondere in der offenen Jugendarbeit würden „unter religiösem Deckmantel ... zunehmend gesellschaftspolitische Probleme mit negativen Grundaussagen gegen die Partei- und Staatspolitik aufgegriffen und diskutiert ... Zunehmend größere Teile der Jugend ... finden in kirchlichen Zusammenkünften eine ‚interessante‘ Atmosphäre, sie dürfen ‚frei‘ diskutieren, es gibt ‚unpolitische‘ und pluralistische Themen.“ Auch Lesungen von kritischen

Schriftstellern, die Bemühungen um eine neue Wissenschaftsethik oder die Beratungsarbeit für Wehrpflichtige werden in diesem Zusammenhang angeführt – Beispiele für die Herstellung gesellschaftlicher Autonomie in winzigen Teilbereichen<sup>35</sup>.

Eine Erweiterung gesellschaftlicher Wirksamkeit ist zweifelsohne auch im Bedeutungsgewinn der Friedensproblematik zu erkennen: Durch das Anwachsen der Friedensbewegung im Westen fand nämlich das vorher eher isolierte pazifistische Engagement in der DDR plötzlich deutlich verbesserte Wirkungsbedingungen, weil die SED im eigenen Land schlecht verbieten konnte, was sie in anderen Ländern propagandistisch feierte. Forderungen wie die nach Einführung eines „Sozialen Friedensdienstes“ (SOFD) ermöglichten nicht nur eine bis dahin unerreichte Mobilisierung politischer Kritik, sondern schufen darüber hinaus eine begrenzte Fähigkeit zur politischen Intervention, denn das Thema wurde über die Kirchen auch mit dem Staat verhandelt. Die massenhafte Verbreitung des Aufnähers „Schwerter zu Pflugscharen“ (die Wiedergabe eines sowjetischen Denkmals vor der UNO-Zentrale und gleichzeitig ein Bibel-Zitat) macht ebenfalls deutlich, wie sich die Mobilisierungsfähigkeit durch das Anknüpfen an offizielle Standpunkte erweiterte. In einer MfS-Dissertation von 1989 wird diese Symbolaktion rückblickend nicht ohne Grund „als erster massiver Versuch des provokatorisch-demonstrativen öffentlichkeitswirksamen Vorgehens feindlich-negativer Kräfte“ und „die feindliche Konzeption einer ‚staatsunabhängigen Friedensbewegung‘ als theoretische und organisatorische Basis für die Schaffung einer inneren Opposition“ angesehen<sup>36</sup>.

Die Friedensprogrammatische der Gruppen setzte mit ihrer blockübergreifenden Perspektive auch die für die Selbstlegitimation der SED zentrale Freund-Feind-Logik außer Kraft und eröffnete zahlreiche praktische Möglichkeiten zur internationalen Zusammenarbeit. Die „Internationalisierung“ der Gruppen – zunächst in Richtung Westen, dann auch in Richtung Osten – wird in den MfS-Analysen frühzeitig als alarmierend hervorgehoben, da man dem Ost-West-Dialog „sowohl orientierende und organisierende als auch ‚schützende‘ Funktionen“ zumaß<sup>37</sup>. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre schätzte man bereits

33 E. Jesse (Anm. 4), S. 1023 f.

34 Vgl. Rudolf Bahro, *Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus*, Köln u. a. 1977; *Der Spiegel*, Nr. 1 und 2, 1978.

35 MfS, Hochschule, Grundorientierungen (Anm. 11), S. 458 ff.

36 Hochschule des MfS, Dissertation (Anm. 8), S. 81.

37 Ebd., S. 220.

„die Bestrebungen zur Herstellung und Stabilisierung der Verbindungen feindlich-negativer Kräfte mehrerer sozialistischer Länder ... als wesensbestimmendes Handlungsmerkmal“ ein und fürchtete die Entstehung einer gesamteuropäischen Friedens-, Bürgerrechts- und Naturschutzbewegung, die in einzelnen sozialistischen Ländern sogar auf staatliche Duldung oder Unterstützung treffe<sup>38</sup>. Darüber hinaus zeigte sich das MfS besorgt über die im Zuge der Friedensdiskussion entstandene Beschäftigung mit den Methoden des gewaltfreien Widerstandes, mit deren Anwendung die Gruppen „unterhalb der Schwelle strafrechtlicher Relevanz bleiben und das Eingreifen der Sicherheitsorgane erschweren und diskreditieren“ wollten. Ziel sei es u. a., damit „Freiräume“ für das Wirksamwerden feindlich-negativer Kräfte auszuloten und auszudehnen, ... angestrebte ‚Legalisierungseffekte‘ zu erreichen, ... sowie ‚Internationale Anerkennung‘ ... zu erreichen“<sup>39</sup>.

Die programmatische Schwerpunktverlagerung von der Friedens- zur Umweltpolitik ab 1983, die man auch als Depolitisierung der Gruppen interpretieren könnte, wurde vom MfS keineswegs mit Erleichterung aufgenommen. In einem „Studienmaterial“ aus dem Jahre 1983 wird vielmehr das Bestreben hervorgehoben, „den Etikettenschwindel mit der Friedensbewegung schrittweise auf weitere Themenbereiche auszudehnen“. Mit Sorge sah das MfS insbesondere die Verbreitung alternativer Informationen zum Umweltschutz, bei denen „Materialien vertraulichen und geheimzuhaltenden Charakters Anwendung finden ... Die vorgeblichen Umweltschützer versuchen auch, in staatliche Organe und gesellschaftliche Organisationen einzudringen.“<sup>40</sup> Tatsächlich gelang es den Gruppen zuvörderst im Umweltbereich, unter den Bedingungen der kommunistischen Diktatur eine begrenzte praktisch-politische Handlungsfähigkeit zu entwickeln.

Nachdem sich die Gruppen in den Themenfeldern Frieden und Umwelt organisatorisch stabilisiert hatten, wandten sie sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre verstärkt neuen Themen wie der Bildungspolitik, den Menschenrechten, der Medienpolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie der Kulturpolitik zu; in zunehmendem Maße thematisierten sie dabei auch die „harten“ politischen Fragen – also das Macht- und Wahrheitsmonopol der SED, den zentralistischen Staats- und Gesellschaftsaufbau, die Einschränkung der Frei-

zügigkeit sowie – vereinzelt – die nationale Frage<sup>41</sup>.

Den „ersten konzentrierten Ausdruck“ dieser Entwicklung sah das MfS in einer Eingabe an den XI. Parteitag der SED vom April 1986, der in der Folgezeit zahlreiche weitere „feindliche“ Positionspapiere gefolgt seien: „Betrachtet man diese antisozialistischen Machwerke in ihrer Gesamtheit, wird zunehmend klarer erkennbar, daß damit allmählich ein geschlossenes Programm zur Destabilisierung der sozialistischen Gesellschaftsordnung entsteht.“<sup>42</sup> Als problematisch betrachtete das MfS insbesondere die zunehmenden Bemühungen der Gruppen um eine verbesserte konzeptionelle Arbeit sowie „den demagogische(n) Mißbrauch des KSZE-Prozesses“, zumal nachdem sich auch die DDR (auf der Wiener Folgekonferenz der KSZE) zur Respektierung von Menschenrechtsgruppen verpflichtet hatte.<sup>43</sup> In den von den Gruppen vertretenen basisdemokratischen Prinzipien sah es hingegen weniger eine Vorwegnahme und Einübung der Demokratie als vielmehr einen Ansatzpunkt für die gezielte „Zersetzung“ der Gruppen durch systematisches Schüren innerer Auseinandersetzungen. Beruhigt meldete deshalb das MfS noch im Mai 1989 an das Politbüro: „Die in der DDR wirkenden feindlichen, oppositionellen und anderen negativen Kräfte verfügen über kein einheitliches politisches Konzept bzw. über kein in sich geschlossenes ‚alternatives‘ Gesellschaftsmodell.“<sup>44</sup>

## 2. Organisatorische Stärke

Ergiebiger als für die programmatische Analyse erscheinen die MfS-Studien bei der Untersuchung der organisatorischen Stärke der Gruppen, wobei eine detailliertere Organisationsgeschichte hier

41 Vgl. dazu exemplarisch: Stephan Bickhardt (Hrsg.), *Recht ströme wie Wasser. Christen in der DDR für Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung. Ein Arbeitsbuch aus der DDR*, Berlin 1988 (zur Freizügigkeit); Edelbert Richter, *Zweierlei Land – Eine Lektion. Konsequenzen aus der deutschen Misere*, Berlin 1989 (zur nationalen Frage); Hubertus Knabe, *Konzeptionen für die Erneuerung. Demokratie-Diskussion in der DDR*, in: *Kirche im Sozialismus*, (1989) 5, S. 181–185 (zum demokratischen Staatsaufbau); Ulrike Poppe, „Der Weg ist das Ziel“. Zum Selbstverständnis und der politischen Rolle oppositioneller Gruppen der achtziger Jahre, in: dies./Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.), *Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR*, Berlin 1995, S. 244–272 (zum allgemeinen Selbstverständnis).

42 Hochschule des MfS, Dissertation (Anm. 8), S. 153 ff.

43 Vgl. ebd., S. 236 sowie S. 195 und S. 228; JHS, Studienmaterial (Anm. 21), S. 167.

44 MfS, Information Nr. 150/89 (Anm. 18), S. 51; zur „Befürwortung“ der Basisdemokratie durch das MfS: JHS, Studienmaterial (Anm. 21), S. 238.

38 Ebd., S. 218 ff, bes. S. 243 f.

39 Ebd., S. 183 ff.

40 MfS, Hochschule, Studienmaterial (Anm. 11), S. 83 f.

nicht entfaltet werden kann. Zunächst kann nicht genug betont werden, wie umfassend die Bemühungen des MfS mit seinen zuletzt fast 100 000 hauptamtlichen Mitarbeitern waren, „es gar nicht erst zur Bildung feindlich-negativer Personenzusammenschlüsse, zu feindlich-negativen Handlungen, Aktivitäten im Sinne politischer Untergrundtätigkeit kommen zu lassen“<sup>45</sup>. Gemessen an dieser „Zielstellung“ nimmt es Wunder, daß überhaupt eine kontinuierliche politische Arbeit entwickelt werden konnte.

Zu Beginn der achtziger Jahre registrierte das MfS neben der vermehrten Gründung von Basisgruppen auch erste „Versuche zur überörtlichen Vereinigung“ sowie zur Institutionalisierung „unter dem Schirm der Kirchen“; zugleich stellte es eine „Eskalation öffentlichkeitswirksamer, anti-sozialistischer Aktionen und Maßnahmen“ fest. Namentlich genannt wird die Initiative des Magdeburger Pfarrers Hans-Joachim Tschiche, eine „Brüderschaft – Frieden konkret“ zu gründen (1982), sowie das erste „Zusammentreffen leitender Mitglieder (125) von ca. 32 ‚Friedenskreisen‘ aus der gesamten DDR“ (1983), das sich dann zur jährlichen, mit Delegierten aus allen Gruppen beschickten Versammlung „Konkret für den Frieden“ institutionalisierte<sup>46</sup>. Unerwähnt bleibt allerdings, daß alle Versuche, eine stärker strukturierte Organisationsform zu entwickeln, von der Mehrheit der Gruppen abgelehnt wurde – gefördert nicht zuletzt durch die geheime Einflußnahme des MfS. Trotz DDR-weiter Vernetzung und Einrichtung eines sogenannten „Fortsetzungsausschusses“ konnte das MfS deshalb auch vom VII. Treffen (1989) berichten: „Vorstellungen nach einer einheitlichen zentralen Führung aller kirchlicher Basisgruppen trat die Mehrzahl der Teilnehmer entgegen und beharrte auf der Position der Beibehaltung ihrer Eigenständigkeit.“<sup>47</sup>

In der Tendenz trifft die Einschätzung des MfS vom Mai 1989 aber durchaus zu, daß Organisationsgrad und Kommunikationsstrukturen der Gruppen systematisch gefestigt worden seien. Beigetragen hätten dazu u. a. eine bessere Anpassung an kirchliche Strukturen, regionale und DDR-weite Zusammenkünfte, „ein relativ stabiles und gut funktionierendes Verbindungs- und Nachrich-

tensystem (u. a. ‚Kontakttelefone‘, Kuriereinsatz)“, zunehmende Kontakte in das nichtsozialistische Ausland und zu Oppositionsgruppen in anderen sozialistischen Staaten sowie die „Bereitstellung illegal in die DDR eingeführter Druck- und Vervielfältigungstechnik sowie weiterer, für eine moderne Informationsvermittlung/-verbreitung bedeutsamer Materialien wie Videotechnik und Heimcomputer“. Die Solidarisierungswelle nach den Verhaftungen im November 1987 und im Januar 1988 veranlaßte das MfS, insgesamt von einer „neue(n) Qualität des Zusammenwirkens“ der Gruppen zu sprechen<sup>48</sup>.

Aufmerksam, aber in gewisser Weise hilflos registrierte das MfS, wie die Gruppen ein zunehmend breites Repertoire an Aktionsformen entwickelten – von der „Verweigerung der Zusammenarbeit“ (z. B. durch die demonstrative Rückgabe von Wahlbenachrichtigungskarten) über die „Wahrnehmung von Mitwirkungsrechten“ mit antisozialistischer Zielrichtung“ (z. B. durch förmliche Klageschriften gegen Staatsvertreter oder durch organisierte Eingabekampagnen) bis hin zu Formen des gewaltfreien Widerstandes und des zivilen Ungehorsams (z. B. Fahrradkorsos, Schweigeminuten, Unterschriftensammlungen, Mahnwachen etc.)<sup>49</sup>. Neben der Nutzung der legalen Wirkungsmöglichkeiten der Kirchen hätten sie neue Methoden der öffentlichkeitswirksamen Artikulation entwickelt und gezielt „Tests zur Ausweitung des Handlungsraumes und der ‚Belastbarkeit‘ des Staates vorgenommen, wie die Durchführung vielfältigster ‚stiller Demonstrationen‘ provokatorisch-demonstrativen Charakters (. . . u. a. Kerzenmahnwachen vor Kirchen)“<sup>50</sup>.

Von besonderer Bedeutung – vor allem für die innere Selbstverständigung und Information, aber auch für die Mobilisierungsfähigkeit und den Abbau von Angst – war die Herstellung und Verbreitung einer wachsenden Zahl „nichtgenehmigter Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse“. In einer Information für das Politbüro konstatierte das MfS 1989 eine Forcierung dieser Aktivitäten seit 1986 und eine steigende Tendenz im laufenden Jahr; über die Hälfte von den ca. 25 „beachtenswerten“ Blättern würde erst seit einem Jahr hergestellt. Territoriale Schwerpunkte bildeten Berlin mit sieben mehr oder weniger regelmäßig erscheinenden Schriften sowie die Bezirke Leipzig, Halle,

45 Ebd., S. 10.

46 Vgl. MfS, Hochschule, Grundorientierung (Anm. 11), S. 467 ff.

47 Information über die Durchführung des sogenannten Friedensseminars „Konkret für den Frieden VII“ vom 24. bis 26. Februar 1989 in Greifswald, in A. Mitter/S. Wolle (Anm. 18), S. 22.

48 Information Nr. 150/89 (Anm. 18), S. 49 f; zu den „Gefahren“ der neuen Technik auch: Hochschule des MfS, Dissertation (Anm. 8), S. 168 und S. 173.

49 Hochschule des MfS, Dissertation (Anm. 8), S. 169 ff.

50 Ebd., S. 51 und 53.

Dresden und Karl-Marx-Stadt. Die Auflagenhöhe habe bei bis zu 2 000 Exemplaren gelegen, der Umfang von wenigen Blatt bis zu 100 Seiten gereicht – bei Zunahme beider Werte<sup>51</sup>. Die Informationsblätter würden fast ausschließlich mittels in kirchlichen Räumen installierter Druck- und Vervielfältigungstechnik hergestellt, während die Verbreitung über den Postversand erfolgte, auf Zusammenkünften der Basisgruppen, auf kirchlichen Veranstaltungen, durch Auslegen in Treffpunkten wie der „Umweltbibliothek“ sowie durch individuelle Weitergabe, so daß sich die Leserschaft im Vergleich zur Auflagenhöhe potenzierte; zusätzlich vergrößert werde der Rezipientenkreis durch die Auswertung in westdeutschen elektronischen Medien.

Publiziert wurden vor allem Positionspapiere oder Selbstdarstellungen der Gruppen, Beiträge zur Situation in der DDR, insbesondere in der Umweltpolitik, oppositionelle Erklärungen aus anderen sozialistischen Staaten sowie Abdrucke von Pressebeiträgen vor allem aus der UdSSR; von Bedeutung waren darüber hinaus die regelmäßigen Terminankündigungen. Der Inhalt der Schriften war dem MfS zufolge gekennzeichnet durch „hohe Anlaßbezogenheit, eine schnelle Reflexion auf solche aktuellen innen- und außenpolitischen Probleme, die im Blickfeld feindlicher, oppositioneller Kräfte stehen, sowie auf staatliche und gesellschaftliche Maßnahmen gegen personelle Zusammenschlüsse und einzelne Mitglieder derselben, aber auch auf andere staatliche Maßnahmen/Entscheidungen zu Personen und Sachverhalten“<sup>52</sup>. Ungeachtet einer Vielzahl differenzierter und zentral abgestimmter Maßnahmen zur Verhinderung der Herstellung und Verbreitung der Schriften habe die Gesamtsituation auf diesem Gebiet nur unwesentlich positiv beeinflusst werden können, wozu auch die tolerierende und teilweise unterstützende Haltung verantwortlicher Pfarrer sowie kirchenlei-

tender Personen beigetragen hätte<sup>53</sup>. „Es muß davon ausgegangen werden, daß sich der offene feindliche Inhalt dieser ‚Untergrund-Periodika‘ weiter ausprägen, die Auflagenhöhe und damit ihre Verbreitung steigen und weitere neue Hetz-pamphlete erscheinen werden.“<sup>54</sup>

### 3. Ausstrahlung auf die Bevölkerung

Welche Ausstrahlung die Gruppen auf die Bevölkerung ausübten, gehört zu den am schwierigsten zu beantwortenden Fragen. Rein quantitativ konnten sie – über die westdeutschen audiovisuellen Medien – mit einzelnen Inhalten oder Aktivitäten einen erheblichen Teil der DDR-Bevölkerung erreichen. 1989 traf deshalb das MfS die Feststellung, „daß die Wirksamkeit innerer feindlich-negativer Kräfte wesentlich abhängig ist von der Art und dem Umfang ihrer Zusammenarbeit mit Korrespondenten und Journalisten sowie von deren hetzerischen Publizierung in westlichen Massenmedien“. Besorgt konstatierte es in diesem Zusammenhang „eine neue Qualität im Zusammenwirken“ und die Herstellung einer breiten Öffentlichkeit<sup>55</sup>. In seiner Wirkung war dieser „Umweg über den Klassenfeind“ aber durchaus ambivalent und blieb deshalb unter den Gruppen lange Zeit umstritten; erst in den letzten Jahren der DDR fand er zunehmend Anerkennung. Nicht zuletzt aus diesem Grund kam dem Aufbau eigener „Medien“ große Bedeutung zu – nicht nur im Untergrund der DDR-Gesellschaft, sondern auch außerhalb der Staatsgrenzen, was das MfS wegen der befürchteten größeren Ausstrahlung stark beunruhigte<sup>56</sup>. Am wichtigsten für die Stabilisierung und Ausbreitung der Gruppen war aber wohl bis zum Sommer 1989 die Wirkung in und über die Kirchen mit ihren vielfältigen Möglichkeiten, zumindest in einem Teil der Gesellschaft Öffentlichkeit herzustellen.

In den Analysen des MfS finden sich nur selten Reflektionen darüber, ob, warum und in welchen Bevölkerungskreisen die Gruppen Resonanz erzielten, obgleich bereits 1980 festgelegt worden

51 MfS, Information Nr. 169/89 über die Herstellung und Verbreitung nichtgenehmigter Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse antisozialistischen Inhalts und Charakters durch Personen, die personellen Zusammenschlüssen angehören, ohne Datum (s. Anm. 18). Einer ausführlicheren Quelle zufolge lagen die Auflagen im Regelfall allerdings doch eher niedrig: In acht (von 24 bekannten) Fällen bei bis zu 100 Exemplaren, in vier bei bis zu 200 Exemplaren, in neun bei bis zu 500, in zwei bei 1 000 und nur in einem Fall („Arche Nova“) bei 2 000 Exemplaren; auch die Erscheinungsweise war in den meisten Fällen unregelmäßig, so daß den einzelnen Blättern ein sehr unterschiedliches Gewicht zukam. Vgl. Auskünfte zu staatlich nichtgenehmigten Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen, ohne Datum (s. Hinweis Anm. 18).

52 Information Nr. 169/89 (Anm. 51), S. 7.

53 In fast allen Fällen kam es zu disziplinierenden Gesprächen mit Kirchenverantwortlichen, zur Verhängung von Ordnungsstrafen, zu Beschlagnahmungen oder zu sogenannten „Zersetzungsmassnahmen“. Vgl. Auskünfte zu staatlich nichtgenehmigten ... (Anm. 51).

54 MfS, Hochschule, Dissertation (Anm. 8), S. 165.

55 Ebd., S. 98.

56 In diesem Zusammenhang werden vom MfS immer wieder die Sendereihe „Glasnost“ des Senders „Radio 100“, aber auch die wöchentliche „DDR-Seite“ der „Tageszeitung“ (beide West-Berlin) genannt, die ausschließlich auf Beiträgen aus der DDR beruhten. Vgl. ebd., S. 100.

war, „verdichtete Aussagen über Pläne, Absichten und Maßnahmen des Gegners zur Inspirierung und Organisierung politischer Untergrundtätigkeit, die erzielte Wirksamkeit . . . und über Zielbereiche und Zielgruppen des Gegners zu erarbeiten“<sup>57</sup>. In der Regel sind die diesbezüglichen Einschätzungen sehr pauschal und stark ideologisiert. In einer Arbeit der MfS-Hochschule aus dem Jahr 1979 wird das Vorhandensein „gesellschaftswidriger, antisozialistischer Denk- und Verhaltensweisen“ vorrangig auf die „Zählebigkeit überlebter Ideen“ und auf den „ständigen Einfluß der bürgerlichen Ideologie von außen“, aber auch auf „Wachstumsschwierigkeiten“, „subjektive Fehler und Mängel“ sowie „engherziges und bürokratisches Verhalten“ zurückgeführt, auf die jedoch „die überwiegende Mehrheit der Werktätigen . . . mit sachlicher Kritik“ reagiere<sup>58</sup>. Während es hier recht allgemein heißt, daß „der Gegner für die Verwirklichung seiner Ziele in der sozialistischen Gesellschaft *noch* (Hervorhebung v. Verf.) bestimmte Potenzen“ vorfinde, ist in einer vier Jahre später erstellten Analyse mit einem Mal die Rede von „gefährlichen Bestrebungen zur Schaffung antisozialistischer Gruppierungen und Organisationen unter Mißbrauch der Kirchen“<sup>59</sup>. Unter der Überschrift „Das Sammeln und Zusammenführen von feindlich-negativen Personen unter Ausnutzung der kirchlichen Möglichkeiten zur Formierung einer oppositionellen Bewegung und die Um- bzw. Neubildung feindlicher Zusammenschlüsse“ wird insbesondere die Resonanz der kirchlichen Jugendarbeit, die Beratung von Wehrpflichtigen, die Unterstützung von Ausreiseantragstellern, der Ausbau, die Institutionalisierung und die Vernetzung der Basisgruppen, die Zunahme öffentlichkeitswirksamer Aktionen sowie der wachsende Druck auf kirchenleitende Gremien angeführt. „Alle diese Aktionen führten in der Vergangenheit zu nicht unbedeutenden Wirkungen z. B. was die Konzentration von Jugendlichen auf kirchlichen Veranstaltungen anbetrifft, Erscheinungen des Rücktritts Jugendlicher von Verpflichtungen für militärische Berufe, das Schmieren von pazifistischen Losungen oder die Teilnahme an nichtgenehmigten Demonstrationen

57 JHS, Sektion Politisch-operative Spezialdisziplin, Fachbereich VI, Studienmaterial „Die politisch-operative Bekämpfung von politischer Untergrundtätigkeit“, Teil II, VVS JHS 001-1/80/II, S. 60.

58 JHS, Die Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit des MfS zur vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR gerichteten Untergrundtätigkeit, VVS JHS 001-200/79, S. 294 ff.

59 Ebd., S. 296; MfS, Hochschule, Studienmaterial (Anm. 11), S. 82.

u. ä.“<sup>60</sup> Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch eine andere Studie von 1983, die darüber hinaus das „Eintreten für ‚Alternative‘ . . . oder für Personen, die eine dekadente Lebensweise führen“ und das Auftreten „feindlich-negative(r) Kulturschaffende(r) wie z. B. Liedermacher“ anführt, womit „zielgerichtet ein Vorfeld für politische Untergrundarbeit“ geschaffen werde<sup>61</sup>.

Die Anziehungskraft auf Jüngere blieb offensichtlich ungebrochen, denn das MfS kam auch 1989 noch zu der Erkenntnis, „daß sich Jugendliche mangels gesellschaftspolitischem und erzieherischem Einfluß sowie wegen Nichtvorhandenseins ihren Vorstellungen entsprechender Betätigungsmöglichkeiten in sogen. kirchliche Basisgruppen eingliederten, ohne sich in jedem Fall mit deren Zielen vollständig zu identifizieren“<sup>62</sup>. Anders als früher konstatierte es jetzt aber „die Gefahr der Herausbildung einer oppositionellen Bewegung, in der sich feindlich-negative Kräfte, reaktionäre kirchliche Kreise, Übersiedlungsersuchende und sich neu herausbildende antisozialistische Kräfte vereinigen, wobei die demagogischen Berufungen auf Entwicklungen in der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern an Gewicht gewinnen“. Der Gegner verfüge über Möglichkeiten, „Kräfte . . . in der DDR zu mobilisieren, die in diesem Sinne in Erscheinung treten“<sup>63</sup>. Aufgrund der durch höhere Teilnehmerzahlen gegebenen Anonymität sei inzwischen ein größerer Personenkreis bereit, „sich öffentlich für antisozialistische Aktionen zu engagieren“<sup>64</sup>.

Als verantwortlich für diese Entwicklung identifizierte das MfS 1989 – neben dem ständigen Verweis auf den „Imperialismus“ – auch einige innere Faktoren wie die unzureichende Befriedigung aktuellen Informationsbedarfes (etwa im Umweltschutz), Bedürfnisse nach eigenständiger Meinungsbildung und -äußerung, zunehmende Kontakte ins nichtsozialistische Ausland, jugendliche Ausbruchsversuche, Unverständnis gegenüber bestimmten staatlichen Maßnahmen sowie den von den Kirchen gewährten materiellen und ideellen Schutz für subversives Handeln. Als sogenannte „Zielgruppen des feindlichen Vorgehens“ betrachtete es konfessionell gebundene Bürger, die relativ große soziale Schicht der Intellektuellen, Jugendliche, Übersiedlungsersuchende, ein-

60 Ebd., S. 79 ff und S. 91.

61 MfS, Hochschule, Grundorientierungen (Anm. 11), S. 459 ff.

62 Informationen Nr. 150/89 (Anm. 18), S. 48.

63 JHS, Studienmaterial (Anm. 31), S. 221 und S. 225.

64 Hochschule des MfS, Dissertation (Anm. 8), S. 252.

zelne Teilnehmer von Großveranstaltungen, Vertreter alternativer Vorstellungen und einer speziellen interessen- und bedürfnisorientierten Lebensweise sowie Personen mit feindlich-negativen Einstellungen<sup>65</sup>. Andererseits stellte es fest, daß sich die aktiven Kräfte „aus den verschiedensten Teilen der Bevölkerung“ zusammensetzten und das Entstehen feindlich-negativer Einstellungen sowie ihr Umschlagen in Handlungen „vielfältige“, z. T. auch zufällige Ursachen habe. Eine wesentliche Voraussetzung sei, daß „die Integration in einem feindlich-negativen Personenzusammenschluß für den einzelnen ... persönlich bedeutsam ist ... und er gleichzeitig zunehmend von positiven Einflüssen abgeschirmt wird“. Auch bei den „Führungskräften“ wurden vor allem individuelle Charaktereigenschaften – ein überhöhtes Geltungsbedürfnis, übersteigerter Ehrgeiz oder Besserwisserei – verantwortlich gemacht<sup>66</sup>.

---

## V. Fazit

---

Die Frage nach der gesellschaftlichen Relevanz der Gruppen vor dem Herbst 1989 muß nach der Auswertung des hier vorgestellten MfS-Materials auf verschiedene Weise beantwortet werden: *Einerseits* ist deutlich geworden, daß es sich bei den politisch engagierten Gruppen in und neben den Kirchen um ein zahlenmäßig eher geringfügiges Phänomen handelte; gemessen an der Gesamtbevölkerung hat sich bis zum Frühjahr 1989 nur ein verschwindend geringer Prozentsatz der Gesellschaft an den Aktivitäten der Gruppen beteiligt. *Andererseits* erscheint die zahlenmäßige Verbreitung der Gruppen angesichts ihres prekären Status im politischen System, ihrer latenten oder akuten Kriminalisierung und der sonstigen mit einer Mitarbeit verbundenen individuellen Risiken sowie der umfangreichen Maßnahmen des MfS zu ihrer Zurückdrängung als verhältnismäßig groß; die Gruppen beschränkten sich auch nicht auf wenige urbane Zentren, sondern arbeiteten – im Unterschied zu den Dissidentengruppen in den meisten anderen sozialistischen Staaten – über das ganze Land verteilt.

Die Analyse der Alters- und Berufsstruktur hat überdies deutlich gemacht, daß die Gruppen ein relativ breites gesellschaftliches Spektrum umfaßten; im Gegensatz zu anderen Oppositionsbewe-

gungen in der Geschichte ist keine soziale Schicht erkennbar, die die politischen Aktivitäten in auffälliger Weise dominiert hat. Allerdings ist das starke Gewicht des kirchlichen Milieus unübersehbar, das Wertehorizont und Aktionsradius der Gruppen weitgehend determinierte. Der Widerspruch zwischen sozialer und regionaler Breite der Gruppen auf der einen und der geringen absoluten Zahl der Mitglieder auf der anderen Seite weist darauf hin, daß die Schwelle für einen Eintritt in die Gruppen relativ hoch gewesen sein muß, so daß es einer speziellen individuellen Bereitschaft und/oder besonderer Anlässe bedurfte, um sich auf die Konsequenzen eines derartigen Engagements einzulassen. Insofern waren die Gruppen tatsächlich Außenseiter der Gesellschaft, und die Vermutung des MfS, daß die Bereitschaft, diese Rolle auf sich zu nehmen, mit charakterlichen Eigenschaften, biographischen Erfahrungen und der Ausbalancierung durch die Gruppe zu tun hatte, erscheint durchaus plausibel.

Was die gesellschaftliche Ausstrahlung der Gruppen betrifft, zeigen die MfS-Darstellungen vor allem zwei Tendenzen: In ihren *programmatischen Vorstellungen* waren die Gruppen tatsächlich eher ungeeignet, breite gesellschaftliche Resonanz zu erzielen – doch eben dieses eingeschränkte Themenprofil bildete offensichtlich eine entscheidende Voraussetzung für ihre Konsolidierung und allmähliche Ausbreitung; erst relativ spät und unvollkommen entwickelten sie Ansätze einer umfassenderen programmatischen Alternative zur Honecker-Herrschaft. In ihrer *praktischen Arbeit* hingegen wird ein deutlicher Trend zur Effektivierung und Professionalisierung erkennbar, der notgedrungen vor allem nach innen gerichtet war, aber nach und nach auch den äußeren Aktionsradius der Gruppen vergrößerte. Besonders wirksam waren sie immer dann, wenn es ihnen gelang, breitere gesellschaftliche Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen oder in einem begrenzten Konflikt mit der Staatsmacht größere Personenkreise zu mobilisieren – z. B. bei dem Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ (1981), bei den Mahnwachen in Berlin (1987/88), bei den Friedensgebeten in Leipzig (1988/89), bei der „Kontrolle“ der Kommunalwahlen (1989) oder bei bestimmten Umweltprotesten wie gegen die Braunkohleverschmelzung in Espenhain (ab 1983) oder gegen das Reinst-Silizium-Werk in Dresden (1989).

Gesellschaftlich relevant waren die Gruppen also insofern, als sie erstmals seit den fünfziger Jahren wieder eine verhältnismäßig breite, organisierte

<sup>65</sup> Vgl. ebd., S. 113 ff.

<sup>66</sup> Vgl. JHS, Studienmaterial (Anm. 31), S. 218 ff.

und halbwegs offen wirkende Form unabhängiger politischer Bestrebungen in der DDR konstituierten. Als tatsächliches Sammelbecken der vorhandenen gesellschaftlichen Unzufriedenheit konnten sie sich demgegenüber nur partiell etablieren, bis sie – für sie selber unerwartet – durch die Zuspitzung der Ereignisse im Herbst 1989 plötzlich in eine politische Schlüsselrolle gerieten.

Ihre zahlenmäßige Ausdehnung, ihre inhaltliche Profilierung und ihre organisatorische Schlagkraft waren zwar in den letzten Jahren der DDR deutlich gewachsen, doch für die Metamorphose der Gruppen in eine gefestigte und von der Gesellschaft getragene Oppositionsbewegung kam der Zusammenbruch der SED-Herrschaft gewissermaßen zu früh.

## Die DDR und Biermann

### Über den Umgang mit kritischer Intelligenz: Ein gesamtdeutsches Resümee

Kultur und Kulturpolitik hatten in der DDR einen hohen Stellenwert. Davon zeugen nicht zuletzt repräsentative Selbstdarstellungen der DDR. Mit Blick auf die „Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft“ wurde die Kulturförderung sogar in der Verfassung von 1968 festgeschrieben<sup>1</sup>. Und unter dem Stichwort „Kultur“ im „Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie“ ist vermerkt: Der SED-Staat „lenkt den Prozeß der kulturellen Entwicklung planmäßig als Teil der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft“<sup>2</sup>. Unter Berufung auf Lenins Schrift „Parteiorganisation und Parteiliteratur“ wurde die Kultur zur ‚Parteilichkeit‘ verpflichtet.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß die Kulturschaffenden in der DDR die besondere Aufmerksamkeit der Staats- und Parteiorgane erfuhren.

‚Parteiliche‘ Mitglieder des Schriftstellerverbandes genossen finanzielle Begünstigungen und andere Privilegien wie West-Reisen oder West-Autos. Entsprechend groß war das Mißtrauen der Literaturwächter gegenüber jeder ideologischen Abweichung. Es kam zu einer die Geschichte der DDR begleitenden Reihe von Konflikten, die mit unterschiedlicher Schärfe ausgetragen wurden. Nur einige Beispiele:

Auf Geheiß der Regierung muß 1951 der Text der „Lukullus“-Oper von Brecht/Dessau geändert werden; 1962 wird Peter Huchel als Chefredakteur von „Sinn und Form“ entlassen, nachdem er auch westliche Autoren zu Wort kommen läßt; „Die wunderbaren Jahre“ bringen Reiner Kunze 1976 den Ausschluß aus dem Schriftstellerverband ein; Stefan Heym wird 1979 zu einer Geldstrafe wegen Devisenvergehens verurteilt, nachdem er seinen „Collin“ in der Bundesrepublik herausbringt; und die Auslassungspunkte in der DDR-Ausgabe der „Kassandra“-Vorlesungen Christa Wolfs zeugen 1983 vom Kampf mit der Zensur. Im „Fall Biermann“ aber kulminiert der Reglementierungsan-

spruch der SED bzw. der DDR gegenüber Schriftstellern und anderen Intellektuellen. Die Ausbürgerung Wolf Biermanns im Jahr 1976 stellt die radikalste Form der Zensur dar. Für das Verhältnis der Intellektuellen zum DDR-Staat hat sie weitreichende Bedeutung: Auf beiden Seiten setzt ein Identitätsverlust ein, der zur Auflösung der DDR beiträgt. Der „Fall Biermann“ bildet daher ein wichtiges Kapitel der deutschen Geschichte. Er zeigt mit der Schärfe eines Extremfalls, wie die DDR mit „ihren“ Intellektuellen umgegangen und die Konfrontation bis zur Unkontrollierbarkeit eskaliert ist.

---

### I. Biermanns Eintritt in die Öffentlichkeit

---

Wolf Biermann, der aus einem kommunistischen Elternhaus kommt und dessen Vater von den Nazis ermordet worden ist, verläßt 1953 als 16jähriger seine Heimatstadt Hamburg und siedelt in die DDR über. Nach dem Abitur studiert Biermann zunächst Ökonomie, wird für zwei Jahre Regieassistent am Berliner Ensemble und studiert dann wieder, diesmal Philosophie an der Berliner Humboldt-Universität. 1961/62 will er sein Stück „Berliner Brautgang“ auf die Bretter des selbstgegründeten b.a.t., des Berliner Arbeiter- und Studententheaters, bringen. Prompt erregt das Stück um eine ost-westliche Liebesgeschichte das Mißfallen der Behörden, und das ganze Theater muß schließen. Als Stephan Hermlin als Sekretär der Sektion Dichtkunst und Sprachpflege der Akademie der Künste am 11. 12. 1962 einen Lese- und Diskussionsabend veranstaltet („Junge Lyrik – unbekannt und unveröffentlicht“), tritt Biermann erstmalig öffentlich – und folgenreich – auf. Biermann gerät fortan fest ins Visier der Parteiideologen und „Staatschützer“. Den Grund dafür liefert an diesem Abend vor allem sein Gedicht „An die alten Genossen“<sup>3</sup>. Darin heißt es: „Voll Eifersucht

1 Horst Hildebrandt (Hrsg.), Die deutschen Verfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts, 9., erg. Aufl., Paderborn 1975, S. 241 f.

2 Alfred Kosing, Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie, Berlin 1985, S. 307.

3 Vgl. Biermanns Erinnerungsbericht in: Joachim Wittkowski, Lyrik in der Presse. Eine Untersuchung der Kritik an

hör' ich berichten eure Leiden,/eure Niederlagen [!], vom Glück des Kampfes hinter/Stacheldraht und bin doch selbst nicht glücklich,/bin unzufrieden mit der neuen Zeit./Ihr aber steht enttäuscht, verwundert, verwundet,/bitter gegen soviel Undank, /streicht euch verlegen über's schütterte Haar.“ Und: „Setzt eurem Werk ein gutes End, indem ihr uns/den neuen Anfang lasst.“<sup>4</sup>

Eine solche Kritik an Altgenossen, also an der Führungsriege der SED, ist gewagt. Das weiß auch Biermann, der – „im Grund ein kreuzbraves DDR-Kind“<sup>5</sup> – mit der Bemerkung „Ich will es wiedergutmachen“ nicht ohne Ironie sogleich seine Loblieder auf die „guten Sozialisten“ (auf eine Verkäuferin, einen Hausarzt, einen Verkehrspolizisten) anfügt<sup>6</sup>. Doch das Gesagte läßt sich nicht mehr revozieren; die einmal artikulierten Unzufriedenheit mit den Machthabern und dem Zustand der Gesellschaft führt zu einer lautstark geführten Kontroverse, die Biermann durch die Bemerkung, die im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ publizierte Lyrik könne „einen nur zum Erbrechen bringen“<sup>7</sup>, noch zusätzlich anheizt. Auch Stephan Hermlin als Veranstalter gerät ins Schußfeld. Erhard Scherner (Biermann: „Literaten-Stasi beim ZK der SED, genannt ‚Murks das Schwein‘“<sup>8</sup>) und Willi Köhler vom „Neuen Deutschland“ fahren scharfe Angriffe: „Ich wohne an der Grenze ...; 70 m von meiner Wohnung entfernt beginnt eine andere Welt. Dazwischen stehen bewaffnete Kräfte, und wir dürfen keine Illusionen erwecken“ (Scherner)<sup>9</sup>; „... das ist eine gelenkte Atmosphäre, die gegen das ‚Neue Deutschland‘ hier geschaffen worden ist“ (Köhler)<sup>10</sup>. Hermlin versteht diese Angriffe mit Recht als ernsthafte Bedrohung: „Ich möchte als Versammlungsleiter in aller Form und ruhig mich schärfstens gegen das wenden, was Sie eben gesagt haben. Ich warne Sie, derartige Dinge in die Welt zu setzen,

daß es hier eine gelenkte Diskussion ist. Ich warne Sie.“<sup>11</sup>

Der „Mangel an offizieller Akzeptanz vorhandener Widersprüche und offenem konstruktiven Austausch darüber“<sup>12</sup> ist allzu offensichtlich. Er führt dazu, daß Wolf Biermann die Partei-Kandidatur verliert und Stephan Hermlin in seiner Funktion als Sekretär der Sektion Dichtkunst und Sprachpflege der Akademie der Künste durch den linientreuen Alfred Kurella abgelöst wird. Bei der „Beratung des Politbüros des ZK der SED und des Präsidiums des Ministerrates mit Schriftstellern und Künstlern“ am 25. und 26. 3. 1963 muß Hermlin widerrufen. Hermlins Selbstanklage („Ich war nicht der richtige Mann am richtigen Platz ... ich beging gleichzeitig eine Reihe von Fehlern.“) ist für Kurt Hager zu wenig präzise. Inquisitorisch ruft er dazwischen: „Darf ich eine Frage stellen: Wie ist deine Beziehung zu Wolf Biermann?“ Hermlin läßt sich jedoch nicht zur Biermann-Schelte verleiten: „Ich halte ihn für ein sehr großes Talent, und ich möchte darum bitten, daß man ihn nicht aus den Augen läßt und daß sich die Partei weiter um ihn kümmert. Ich will mich auch weiter um ihn kümmern, wenn ihr es wollt.“<sup>13</sup>

Wenig später ergreift mit Erich Honecker erstmals der Mann das öffentliche Wort, der im weiteren Verlauf des „Falles Biermann“ noch eine entscheidende Rolle spielen sollte. Ohne Biermann namentlich zu nennen, geißelt er den angeblichen Versuch, „der bürgerlichen Ideologie, den nihilistischen, dekadenten, existenzialistischen und anderen feindlichen Theorien, dem Formalismus und dem Abstraktionismus im Kultur- und Kunstleben der Deutschen Demokratischen Republik Tür und Tor zu öffnen“<sup>14</sup>.

Die Warnung ist deutlich. Doch noch glaubt die Partei, Biermann in ihrem Sinn beeinflussen zu können: Die Zeitschrift des Schriftstellerverbandes der DDR, „Neue Deutsche Literatur“, hebt hervor: „Viele jüngere Lyriker bemühen sich gegenwärtig, das Ich im Verhältnis zur Umwelt zu gestalten.“ Man müsse die dabei auftretenden „problematischen Seiten in richtige Relationen

Wolf Biermann, Erich Fried und Ulla Hahn, Würzburg 1991, S. 212.

4 Protokoll der Veranstaltung „Junge Lyrik – unbekannt und unveröffentlicht“ in der Akademie der Künste, Berlin, vom 11. 12. 1962. Archiv d. AdK d. DDR, ZAA 312, S. 51 f. Vgl. Wolf Biermann, Alle Gedichte, Köln 1995, S. 17 ff. Diese Ausgabe wird im folgenden im Text unter der Sigle AG zitiert; weitere Siglen sind AL (Alle Lieder, Köln 1991) und N1 (Nachlaß 1, Köln 1977).

5 Wolf Biermann, VEBiermann. 1988 (EMI 1C 006-7 91258 1 DMM), Beilage, Bl. 1.

6 Protokoll der Veranstaltung (Anm. 4), S. 52. Das Lied auf den guten Funktionär, das zu leicht als Ulbricht-Kritik verstanden werden kann, läßt er weg; vgl. AL, S. 41–47.

7 Protokoll der Veranstaltung (Anm. 4), S. 77.

8 Zitiert nach J. Wittkowski (Anm. 3), S. 212.

9 Protokoll der Veranstaltung (Anm. 4), S. 78.

10 Ebd., S. 82.

11 Ebd., S. 82.

12 Gudrun Geißler, Stephan Hermlin und die junge Lyrik, in: Günter Agde (Hrsg.), Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, Berlin 1991, S. 213–230, hier S. 217.

13 Stephan Hermlin, Ich bin für diesen Sozialismus und diese Partei, in: Neues Deutschland vom 6. 4. 1963, S. 4.

14 Erich Honecker, Aus dem Bericht des Politbüros an die 2. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Neues Deutschland vom 13. 4. 1963, S. 3–7, hier S. 7.

stellen<sup>15</sup>. So wird denn auch Biermann zugestanden, daß er „eine . . . starke Begabung für die Ballade hat und auch eine Reihe künstlerisch und politisch gute Lieder geschrieben hat“. Freilich werde „das Bild unseres Lebens . . . subjektivistisch geprägt“<sup>16</sup>. Man will Biermann auf den rechten, den Bitterfelder Weg führen, mit dem die Schriftsteller auf die ‚parteiliche‘ Darstellung der sich entwickelnden sozialistischen Gesellschaft verpflichtet werden sollen. Zwischen 1962 und 1965 darf er in mehreren DDR-Anthologien veröffentlichten – allerdings nur Unpolitisches. Ein Auftritt im Mai 1964 in Berlin wird von den Staatsorganen positiv beurteilt; Biermann bekommt persönlichen Kontakt zum Kulturministerium und verhandelt – teils sogar mit dem Minister, Hans Bentzien – über Auftrittsmöglichkeiten, West-Reisen, Buch- und Schallplattenproduktionen. Biermann steht auf dem Prüfstand. Man erlaubt ihm, eine Einladung des West-Berliner Sozialistischen Deutschen Studentenbundes anzunehmen. Im Studio des VEB Deutsche Schallplatten werden einige seiner Lieder aufgenommen, die dann aber doch nicht erscheinen dürfen. Die „feindlichen Gedichte“<sup>17</sup> in der im Westen veröffentlichten „Drahtharfe“ verhindern letztlich eine selbständige Publikation in der DDR. Die Partei reagiert auf Biermanns Unbeugsamkeit nun mit einer Verschärfung der Konfrontation.

## II. Die west-östliche „Drahtharfe“

Bis zu diesem Zeitpunkt ist Biermann in der Bundesrepublik allenfalls eine Randfigur des öffentlichen Interesses. Taucht er in der bundesrepublikanischen Presse auf, so bestimmt seine Kritik an der SED das primäre Berichtsinteresse. Selten nur fällt auf, daß „Wolf Biermann ein Dichter ist“<sup>18</sup>. So ist es nicht verwunderlich, daß Biermann auch im Westen zunächst keine Verleger findet: Suhrkamp und Rowohlt lehnen sein Manuskript ab; erst Klaus Wagenbach, der gerade seinen Verlag gegründet hat, nimmt sich der „Drahtharfe“ an.

15 Entwicklungsprobleme der Lyrik seit dem V. Deutschen Schriftstellerkongreß, in: Neue Deutsche Literatur, (1963) 9, S. 55–71, hier S. 69.

16 Ebd., S. 70.

17 Schreiben des Büroleiters des Ministers für Kultur an die Kulturabteilung des ZK der SED vom 15. 12. 1965 (reproduzierte Wiedergabe), in: Dietmar Keller/Matthias Kirchner (Hrsg.), Biermann und kein Ende. Eine Dokumentation zur DDR-Kulturpolitik, Berlin 1991, S. 37–42, hier S. 41.

18 Heinrich Vormweg, . . . Gläubiger und Querulant, in: Die Welt vom 12. 12. 1964, S. III.

Diese Auswahl von Texten, die Biermann zwischen 1960 und 1965 verfaßt hat, erregt die Aufmerksamkeit westdeutscher Rezensenten, weil sie „niemals bloß auf die SED-Welt, sondern immer auf das ganze Deutschland zielten“<sup>19</sup>. Dabei wird stets Biermanns Eintreten „für den Sozialismus und die DDR“<sup>20</sup> hervorgehoben. Erst recht tritt der Dichter Wolf Biermann in der öffentlichen Wahrnehmung hinter den regimekritischen Kommunisten zurück, als die DDR im Dezember 1965 der Auseinandersetzung eine neue Dimension gibt.

Schon zu Ostern 1965 hat sich eine Verschärfung der Kontroverse angekündigt. In einem Gespräch mit Kulturminister Hans Bentzien erreicht Biermann zwar eine Genehmigung zur Teilnahme am Ostermarsch in Frankfurt am Main, er darf jedoch nicht im Kabarett von Wolfgang Neuss in West-Berlin auftreten, dessen „Anti-DDR-Haltung und antikommunistische Haltung“ der Minister als Begründung für das Verbot aufführt<sup>21</sup>. Beim Frankfurter Ostermarsch aber sind Biermann und Wolfgang Neuss gemeinsam zu sehen, und ein Auszug aus Biermanns „Deutschland. Ein Wintermärchen“ erscheint im satirischen „Neuss Deutschland“. Eine von Erhard Scherner verfaßte „Information“ der ZK-Abteilung Kultur über den Frankfurter Ostermarsch vermerkt hierzu: „Es ist völlig unentschuldig, in Westdeutschland eine solche Arbeit als Beitrag aus der DDR zum 8. Mai (!) zu veröffentlichen und das in dem Anti-DDR-Blatt von Wolfgang Neuss.“<sup>22</sup> Scherner schlägt vor, Biermann öffentliches Auftreten in der DDR und anderswo zu untersagen.

Am 5. 12. 1965 eröffnet Klaus Höpcke, Erster Kulturredakteur des „Neuen Deutschland“, die öffentliche Kampagne gegen Biermann. Seine Kritik steht unter dem Gesamturteil: „Bei Biermann fehlt das Ja zum sozialistischen deutschen Staat.“ Höpcke formuliert fünf ideologische Vorwürfe: Biermann stehe in Opposition zu den Arbeitern,

19 Sabine Brandt, Ein Dinosaurier tanzt auf dem Marx-Engels-Platz. Wolf Biermann, ein deutscher Dichter – „Die Drahtharfe“/Balladen, Gedichte, Lieder, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. 11. 1965, Bl. 15.

20 Marcel Reich-Ranicki, Der Dichter ist kein Zuckersack. Der SED-Staat fürchtet den Poeten Wolf Biermann, in: Die Zeit vom 17. 12. 1965, S. 17.

21 Aktennotiz vom 23. 4. 1965 über ein Gespräch mit Wolf Biermann am 16. 3. 1965, abgedruckt in: D. Keller/M. Kirchner (Anm. 17), S. 24 ff., hier S. 25.

22 Information über das Auftreten von Wolf Biermann auf einer Veranstaltung des Ostermarsches 1965 und die in Westdeutschland erfolgte Veröffentlichung eines gegen die DDR gerichteten Gedichtes, abgedruckt in: D. Keller/M. Kirchner (Anm. 17), S. 26–29, hier S. 27, 29.

sei sowohl dem Skeptizismus als auch der Spontaneität verfallen, vertrete schließlich Anarchismus und Individualismus. Im Kontext marxistisch-leninistischer Philosophie signalisieren die genannten Begriffe eine Zugehörigkeit zur ‚bürgerlichen Ideologie‘ und mithin eine feindliche Haltung zur DDR. Da paßt es ins Feindbild, daß Biermann „gehässige Strophen gegen unseren antifaschistischen Schutzwall“ (die Berliner Mauer) schreibe, politisch wie sexuell „pervers“ und „dem Vermächtnis seines Vaters untreu“ geworden sei. Höpckes Polemik zitiert zum Beleg vor allem Biermanns „Selbstportrait an einem Regensonntag in der Stadt Berlin“ (AG, S. 12 f.: „In den Bunkern meiner Skepsis sitz ich sicher“), die „Tischrede des Dichters“ (N1, S. 71 f.: „Schafft in der Wirklichkeit mehr Glück!“) und die „Rücksichtslose Schimpfreie“ (AG, S. 14 ff.: „Das Kollektiv liegt schief//Ich bin der einzelne/das Kollektiv hat sich von mir/iso-liert“). Biermann habe zwar Talent, jedoch keinen Charakter<sup>23</sup>.

Höpckes Artikel ist der Start einer umfassenden Kampagne: Am 12. 12. 1965 präsentiert das „Neue Deutschland“ sechs Leserbriefe, die die Zustimmung der ‚arbeitenden Bevölkerung‘ zur Höpcke-„Rezension“ suggerieren sollen (Absender sind gleich zwei „Kollektive der sozialistischen Arbeit“). Am 14. 12. 1965 referiert Alexander Abusch im SED-Zentralorgan über „Grundprobleme unserer sozialistischen Literatur und Filmkunst“: Die „klappernde Hetze“ der „kapitalistischen Meinungsfabriken“ habe Wirkung gezeigt bei Künstlern, denen „die tiefe ideelle Einsicht“ fehle; da mache auch die „Neue Deutsche Literatur“ falsche „Konzessionen“. Abuschs besonderer Zorn gilt dem „Verräter“ Biermann<sup>24</sup>.

Das Parteivolk ist damit eingestimmt auf das 11. Plenum des ZK der SED vom 15. bis zum 18. 12. 1965. Um jeden Zweifel an der Verwerflichkeit Biermanns im Ansatz zu unterdrücken, erhalten die Delegierten zudem noch eine „Kurze Einschätzung von Wolf Biermanns Gedichtband ‚Die Drahtarfe‘, erschienen 1965 in Westberlin“ gereicht. Im wesentlichen finden sich Höpckes Angriffspunkte hier untermauert: Biermann wird Talent bescheinigt, aber er produziere „Widerliches ... mit pornographischen Zügen, das ... Rückschlüsse auf eine gestörte Sexualität nahelegt“. Unter Verweis zumeist auf die von Höpcke

23 Klaus Höpcke, ... der nichts so sehr fürchtet wie Verantwortung. Über „Antrittsrede“ und „Selbstportrait“ eines Sängers, in: Neues Deutschland vom 5. 12. 1965, S. 6.

24 Alexander Abusch, Grundprobleme unserer sozialistischen Literatur und Filmkunst, in: Neues Deutschland vom 14. 12. 1965, S. 4.

zitierten Titel werden „Angriffe gegen unsere Gesellschaftsordnung“ ausgemacht, ebenso „Individualismus“, „anarchistische Züge“, „Skeptizismus“ und eine „Verhöhnung sozialistischer Grundpositionen“<sup>25</sup>. Es verwundert nicht, daß Erich Honecker während des Plenums genau dieselben Vorwürfe formuliert: „Unsere DDR ist ein sauberer Staat“, verkündet er<sup>26</sup>, und da paßt Biermann mit seinem Vokabular „aus dem Bereich der Kloake“ (Alexander Abusch<sup>27</sup>), seinen „Afterwahrheiten“ (Marianne Lange<sup>28</sup>), mit denen die Partei „in einer unvorstellbar kotig-viehischen Weise beschmutzt“ (Wilhelm Girnus<sup>29</sup>) und „in den Dreck getreten“ werde (Klaus Höpcke<sup>30</sup>), nicht hinein.

Biermanns Verurteilung ist komplett. Einmischungen von westlichen Autoren wie Peter Weiss und Heinrich Böll werden abgewiesen. Eine am 14. 1. 1966 im „Neuen Deutschland“ veröffentlichte Erklärung des Deutschen Schriftsteller-Verbandes („Für klare Konturen unserer Kunst“), die sich einverstanden gibt mit der Kritik des Plenums an Biermann (und anderen), setzt den vorläufigen Schlußpunkt unter die zwar öffentlich, aber einseitig ausgetragene Kontroverse. Dabei ist Biermann nur der herausragende „Fall“, den dieses ZK-Plenum anprangert. Mit ihm werden Autoren und Regisseure wie Stefan Heym, Günter Kunert, Heiner Müller, Frank Beyer, Kurt Maetzig und viele andere Intellektuelle abgeurteilt. Die „auf ‚Reinigung‘ ... zielenden Unterwerfungs- und Bestrafungsrituale“ des Plenums erinnern Wolfgang Emmerich nicht zufällig an stalinistische Schauprozesse<sup>31</sup>. Dem totalitären Zugriff auf die Intellektuellen entspricht auch, daß die Plenums-Protokolle von „unpassenden“ Äußerungen „gereinigt“ werden. Zudem entwirft hinter den geschlossenen Türen des ZK dessen Kulturabteilung schon ein Konzept für das weitere Vorgehen in Sachen Biermann: Er soll in der DDR keine Auftritts- und Publikationsmöglichkeiten erhalten; die Ausein-

25 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im folgenden: SAPMO-BArch) DY 30/IV 2/1/335, S. 2, 4, 7.

26 Erich Honecker, Bericht des Politbüros an das Plenum des ZK der SED. Kein Platz für spießbürgerlichen Skeptizismus, in: Neues Deutschland vom 16. 12. 1965, S. 3–7, hier S. 6.

27 A. Abusch (Anm. 24).

28 Marianne Lange, Bund von Wort und Leben. Probleme der Wahrheit und Parteilichkeit, in: Neues Deutschland Literatur, Nr. 1/66 vom 12. 1. 1966, S. 2.

29 Wilhelm Girnus, Ein Brief an Peter Weiss, in: Neues Deutschland vom 23. 12. 1965, S. 7.

30 K. Höpcke (Anm. 23).

31 Wolfgang Emmerich, Kleine Literaturgeschichte der DDR. Erweiterte Neuausgabe Leipzig 1996, S. 78.

andersetzung soll verschärft weitergeführt werden<sup>32</sup>.

Es beginnen elf Jahre, während derer Wolf Biermann in der DDR keine offizielle Öffentlichkeit hat. Aber seine Texte sind dennoch bekannt. Dafür sorgen private Tonbandmitschnitte und Gedichtabschriften, die von Hand zu Hand gehen. Dafür sorgen auch Biermanns Veröffentlichungen im Westen, die die DDR-Oberen nicht verhindern können, für die sie Biermann aber auch nie belangen.

In der Bundesrepublik allerdings nimmt die Biermann-Begeisterung in der Folgezeit ab. Kritische, sogar barsche Stimmen melden sich zu Wort. „Mit Marx- und Engelszungen“, Biermanns zweiter Gedichtband (1968), setzt zwar die Linie der „Drahtharfe“ fort; neu aber ist, daß sich Biermann jetzt auch in die bundesdeutsche Politik einmischt. Zwar darf er an einer Demonstration zum 1. Mai 1968 in West-Berlin nicht teilnehmen, doch er schickt als Gruß ein Lied. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ sieht an diesem Tag in Berlin diejenigen demonstrieren, „die mit den Grundlagen von Staat und Gesellschaft unzufrieden sind“, „das linke Establishment, die Prominenz der Revolution“<sup>33</sup>. Biermanns Solidaritätsgeste mit den „68ern“ läßt seine Lyrik bei manchen fortan in einem anderen Licht erscheinen. „Sein krakeelender Zorn ... meint nicht das Prinzip, sondern allein die Verhärtungen und Erstarrungen der Ideologie“, belehrt Dietrich Segebrecht von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ frühere Rezensenten Biermanns auch aus dem eigenen Haus, deren Biermann-Lob „ganz sicher die falsche Stimmungsmusik“ habe erklingen lassen<sup>34</sup>. „Drei Kugeln auf Rudi Dutschke“: Mit diesem Lied hat sich Biermann auch in der Bundesrepublik in die politische Kontroverse geschrieben („Die Kugel Nummer Eins kam/Aus Springers Zeitungswald/ . . .//Des zweiten Schusses Schütze/ Im Schöneberger Haus/Sein *Mund* war ja die

Mündung/da kam die Kugel raus / . . .//Der Edel-Nazi-Kanzler/Schoß Kugel Nummer Drei“ [AL, S. 210f.]). Gleich fünf Zeitungen, so erinnert sich Klaus Wagenbach, lehnen einen Vorabdruck ab, „dieselben Leute, die sonst alle paar Monate anriefen mit der dringlichen Bitte, ein Gedicht des allseits beliebten DDR-Kritikers Biermann vorabdrucken zu dürfen“<sup>35</sup>. Die Schallplattenfirmen Philips und Deutsche Grammophon verweigern die Produktion der neuen Biermann-Platte mit dem Dutschke-Lied, eine dritte preßt „Vier neue Lieder“ für Wagenbach anonym. Segebrecht sieht im Text „die kümmerlichste Schablone“: „Schuld sind wieder einmal ‚die da oben‘“ und bezieht in seine Biermann-Schelte selbst solche Gedichte wie die „Große Ermutigung“ (AL, S. 178f.) ein, die nur im weiteren Sinn als politisch angesehen werden können. Freilich gibt es auch Gegenreden. Ulrich Greiner beispielsweise weist darauf hin, daß politische Überzeugungen als solche zu akzeptieren sind, und richtet den Blick auf die ästhetischen Qualitäten der Biermannschen Lyrik<sup>36</sup>. Zum Medienereignis sollte Biermann aber erst mit seiner Ausbürgerung werden.

---

### III. Die Ausbürgerung: Der Anfang vom Ende der DDR

---

Zu Beginn des Jahres 1976 bilden Studenten und Professoren an der Ruhr-Universität Bochum eine Initiative „Freiheit der Meinung – Freiheit der Reise für Wolf Biermann“, die den Liedermacher zu Konzerten in Köln und Bochum einlädt. Die Initiative wird prominent unterstützt: Egon Bahr, Ernst Bloch, Heinrich Böll, Iring Fetscher, Günter Grass, Hans Mommsen, Peter Zadek und viele andere unterzeichnen den Aufruf. Nachdem Biermann 1974 die Anreise zur Verleihung des Jacques-Offenbach-Preises in Köln und 1975 die Teilnahme an einer Frankfurter Protestveranstaltung gegen die Diktatur Francos in Spanien verweigert worden sind, muß die Ausreisegenehmigung für Köln und Bochum überraschen. Über die Motive, Biermann nach elf Jahren erstmalig wieder einen öffentlichen Auftritt zu ermöglichen,

32 Vgl. Entwurf einer Konzeption zur Weiterführung der Auseinandersetzung mit Erscheinungen des Skeptizismus, der Unmoral, der unhistorischen und unkünstlerischen Darstellung der Entwicklung in der DDR sowie des Angriffs auf die Kulturpolitik der Partei und Regierung durch einzelne Schriftsteller in verschiedenen Kunstwerken und in einzelnen öffentlichen Stellungnahmen, abgedruckt in: D. Keller/M. Kirchner (Anm. 17), S. 56–59.

33 Joachim Nawrocki, „Wir sind eine kleine radikale Minderheit“. „Gegendemonstration“ am 1. Mai in Berlin/Rote Fahne wie auch Mao- und Lenin-Bilder, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. 5. 1968, S. 8.

34 Dietrich Segebrecht, Ach Biermann, deine Lieder. Über den Konsum von Marx- und Engelszungen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. 3. 1969, Bl. 5.

35 Das schwarze Brett. Ein Lesebuch mit Geschichten, Bildern und Gedichten, dem Publikum dargebracht anlässlich des 25. Geburtstages des Verlages von Klaus Wagenbach, Berlin 1989, S. 52.

36 Vgl. Ulrich Greiner, Über uns ist hereingebrochen solcher Friede. „Deutschland. Ein Wintermärchen“ und neue Lieder von Wolf Biermann, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. 11. 1972, S. 32.

noch dazu beim „Klassenfeind“, kann nur spekuliert werden. Sicher ist, daß die SED-Führungsriege das Problem Biermann gerne loswerden wollte. Das belegt zum einen eine auf den 12. 4. 1973 datierte Konzeption, die Biermann aus seinen Stasi-Akten mitteilt: „Mit dem Ziel der Aberkennung der Staatsbürgerschaft, die gemäß § 13 Staatsbürgerschaftsgesetz voraussetzt, daß Biermann während seines Aufenthaltes im nichtsozialistischen Ausland in grober Weise die staatsbürgerlichen Pflichten verletzt ..., ... soll die Beantragung einer Reise durch Biermann in dringenden Familienangelegenheiten zu seiner Großmutter nach Hamburg erreicht werden.“<sup>37</sup>

Zum anderen: Kurt Löffler, Staatssekretär im Ministerium für Kultur, fordert Biermann im Mai 1974 geradezu unverhohlen auf, die DDR zu verlassen: „Sollten Sie ... den Wunsch haben, Ihren Wohnsitz zu wechseln und wieder in die BRD zurückzukehren, so steht dem nichts im Wege. Sie werden die erforderliche Ausreisegenehmigung und die Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR ohne Umstände erhalten.“<sup>38</sup> Biermann erkennt die Gefahr hinter Löfflers Offerte und macht sie über den „Spiegel“ publik<sup>39</sup>.

Warum man Biermann nicht schon 1974 in den Westen abgeschoben hat, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Gelegenheit hat es gegeben, als Biermann seine im Sterben liegende Großmutter in Hamburg besuchen darf. Zwar geht Biermann nicht mit kritischen Äußerungen an die Öffentlichkeit, aber in den Stasi-Akten findet sich noch der Alternativplan, Biermann zu inhaftieren und ihm einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft abzapfen. Möglicherweise hat man vor dem Hintergrund der Gespräche im Rahmen der KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) das mit einer solchen Aktion verbundene Aufsehen gescheut. Vielleicht aber ist sich auch nur die Führungsriege der SED uneins – wie noch 1975, als Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann Biermanns Antrag auf Genehmigung einer Reise zur Spanien-Protestkundgebung in Frankfurt zunächst genehmigt, Biermann schließlich aber doch nicht fahren darf: Man will verhindern, daß sich der Liedermacher

37 Wolf Biermann, Das Kaninchen frißt die Schlange. Die Stasi-Debatte und das Drehbuch meiner Ausbürgerung, in: ders., Der Sturz des Daedalus oder Eizes für die Eingeborenen der Fidschi-Inseln über den IM Judas Ischariot und den Kuddelmuddel in Deutschland seit dem Golfkrieg, Köln 1992, S. 139–160, hier S. 150.

38 D. Keller/M. Kirchner (Anm. 17), S. 69.

39 Vgl. Wolf Biermann, Erklärung, in: Der Spiegel, Nr. 43 vom 20. 10. 1975, S. 20.

ausgerechnet bei einer antifaschistischen Kundgebung in der Bundesrepublik in Szene setzen kann<sup>40</sup>.

Im September 1976 aber spitzt sich die Lage zu. Reiner Kunze bringt in der Bundesrepublik den Prosaband „Die wunderbaren Jahre“ heraus, mit dem er die Gängelung der Jugendlichen durch den Staat anklagt und offen mit dem ‚Prager Frühling‘ von 1968 sympathisiert. Die Stimmung im Lande ist gereizt. Ebenfalls im September nutzt die Prenzlauer Nicolai-Kirche die Möglichkeit, Biermann zu einer nicht genehmigungspflichtigen kirchlichen Veranstaltung einzuladen. Die ‚Kirche im Sozialismus‘ entfaltet ein beträchtliches Protestpotential. Die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz einen Monat zuvor hat die Spannungen offengelegt, die sich aus dem Zwiespalt von Anpassung und Opposition ergeben. Biermann hält eine „Predigt gegen die Republikflucht“<sup>41</sup> und plädiert bei diesem ersten Kontakt zu seinem DDR-Publikum seit elf Jahren für eine Einmischung der Kirche in die Politik. Am 10. Oktober beantragt Biermann seine Reisegenehmigung für Köln und Bochum, was – nach Einschätzung des Kulturministers der Wende-Zeit, Dietmar Keller – in der SED-Spitze eine Kontroverse auslöst: Während die eine Fraktion eine Eskalation fürchtet und Biermann lieber nicht reisen lassen will, sieht die andere Fraktion um Honecker und Mielke „eine einmalige Gelegenheit für gekommen“<sup>42</sup> und läßt Biermann reisen.

Der Aufenthalt außerhalb der DDR sollte nun tatsächlich zum juristischen Hebel der Ausbürgerung werden, denn der § 13 des Staatsbürgerschaftsgesetzes der DDR schreibt vor: „Die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik kann Bürgern, die ihren Wohnsitz oder Aufenthalt außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik haben, wegen grober Verletzung der staatsbürgerlichen Pflichten aberkannt werden.“<sup>43</sup> Die „grobe Verletzung der staatsbürgerlichen Pflichten“ ist juristisch nicht näher definiert. Gerhard Riege, DDR-Staatsrechtler, zählt dazu alles, was „den Staat diskriminiert“; dies könne „kaum in

40 Vgl. D. Keller/M. Kirchner (Anm. 17), S. 70–78; W. Biermann, Das Kaninchen frißt die Schlange (Anm. 37), S. 154.

41 Wolf Biermann, Es gibt ein Leben vor dem Tod, in: Der Spiegel, Nr. 39 vom 29. 9. 1976, S. 207 ff., hier S. 207.

42 D. Keller/M. Kirchner (Anm. 17), S. 94.

43 Gesetz über die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik (Staatsbürgerschaftsgesetz) vom 20. Februar 1967, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 2, Berlin, den 23. Februar 1967, S. 3 ff., hier S. 4.

erster Linie juristischer Natur<sup>44</sup> sein, sondern – so muß man hier ergänzen – vor allem ideologischer. Und hier ist Biermann ja seit 1965 gebrandmarkt, als Höpcke ihm eine „Geringschätzung gegenüber den Leistungen des Volkes“<sup>45</sup> vorhielt. Da das Volk der DDR ideologisch aber mit der Arbeiterklasse und die SED als deren Partei zu identifizieren ist, wird jede unerwünschte Kritik an der Partei als Kritik an Volk und Staat interpretierbar.

So werden die Strategen der Ausbürgerung denn auch leicht fündig, als Biermann am 13. 11. 1976 vor das Kölner Publikum tritt. Am 17. 11. 1976 meldet ADN: „Die zuständigen Behörden der DDR haben Wolf Biermann, der 1953 aus Hamburg in die DDR übersiedelte, das Recht auf weiteren Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik entzogen.“<sup>46</sup> Die Begründung liefert ein mit Dr. K. (d. i. Günter Kertzscher) gezeichneter Artikel: Biermann habe „ein Programm gestaltet, das sich ganz bewußt und gezielt gegen die DDR und gegen den Sozialismus richtete“. Er bringe „es fertig, die Arbeiterklasse, deren Leistungen bei uns hoch geehrt werden, zu beschimpfen“<sup>47</sup>. Am 20./21. 11. und am 22. 11. 1976 füllen 113 Affirmationsadressen das „Neue Deutschland“. Sie sollen das Einverständnis aller Schichten der DDR-Bevölkerung suggerieren.

Hinter dieser propagandistischen Fassade sozialistischer Rechtschaffenheit und juristischer Korrektheit verbirgt sich indes ein massiver Gesetzesverstoß. Das Staatsbürgerschaftsgesetz bestimmt in § 16 Abs. 1: „Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik entscheidet über den Widerruf der Verleihung und die Aberkennung der Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik.“<sup>48</sup> Der Kommentar von Gerhard Riege unterstreicht: „Über die Aberkennung ... entscheidet ausschließlich der Ministerrat der DDR (§ 16 StGB).“<sup>49</sup> Und auch das Lehrbuch „Staatsrecht der DDR“ betont eigens diesen Sachverhalt: „Es entspricht der Bedeutung der Staatsbürgerschaft, daß ein zentrales Staatsorgan die Entscheidungen über ihren Erwerb und Verlust trifft.“<sup>50</sup>

44 Gerhard Riege, Die Staatsbürgerschaft der DDR, 2., überarb. Aufl., Berlin (DDR) 1986, S. 330, 315.

45 K. Höpcke (Anm. 23).

46 ADN, Biermann das Recht auf weiteren Aufenthalt in der DDR entzogen. Staatsbürgerschaft der DDR aberkannt, in: Neues Deutschland vom 17. 11. 1976, S. 2.

47 Dr. K., Angemessene Antwort auf feindseliges Auftreten gegen DDR, in: Neues Deutschland vom 17. 11. 1976, S. 2.

48 Gesetz über die Staatsbürgerschaft (Anm. 43), S. 4f.

49 G. Riege (Anm. 44), S. 331.

50 Staatsrecht der DDR. Lehrbuch, 2., vollst. überarb. Aufl., Berlin (DDR) 1984, S. 171.

Auch wenn die politische Entscheidung de facto in den Händen des Politbüros liegt, de jure ist der Ministerrat also das entscheidende Gremium. Das Präsidium des Ministerrats aber hat zwar am 11., 18. und 25. 11. 1976 getagt; in den im Bundesarchiv aufbewahrten Sitzungsunterlagen läßt sich jedoch kein Hinweis darauf finden, daß man sich hier mit Biermann auch nur befaßt, geschweige denn seine Ausbürgerung beschlossen hätte<sup>51</sup>. Dagegen behandelt das Politbüro des ZK der SED den Fall in seiner Sitzung vom 16. 11. 1976 unter dem Tagesordnungspunkt 4. Als Berichterstatter fungiert Erich Honecker. Das Ergebnisprotokoll dieses Berichts lautet schlicht: „1. Wolf Biermann wird die Staatsbürgerschaft der DDR aberkannt. Die Pressemitteilung wird bestätigt. Die Veröffentlichung erfolgt am 16. November 1976, abends. 2. Das Fernschreiben an die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED wird bestätigt.“<sup>52</sup>

Dieses Fernschreiben ist als Anlage 3 zum Protokoll erhalten und im Original von Erich Honecker eigenhändig unterzeichnet: „Werte Genossen! Die zuständigen Behörden der DDR haben Wolf Biermann, der sich gegenwärtig in der BRD aufhält, auf Grund seines feindseligen Auftretens gegenüber der DDR entsprechend § 13 des Staatsbürgerschaftsgesetzes der DDR die Staatsbürgerschaft der DDR aberkannt. Die Pressemitteilung darüber wird heute durch ADN veröffentlicht. gez. E. Honecker“<sup>53</sup>

Da sich die „zuständigen Behörden“ aber gar nicht mit der Angelegenheit befaßt haben, verstößt der Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzende der DDR, Erich Honecker, mit dieser Unterschrift in eklatanter Weise gegen das geltende Recht der DDR.

Auch dieser bemerkenswerte Vorgang zeigt, wie in der DDR alle Macht vom Politbüro ausgeht und Honecker dessen Regisseur ist. Eine Diskussion hat es wohl nicht gegeben. Über eine ZK-„Information“ werden Funktionäre instruiert: „Wenn die Frage gestellt wird, weshalb ... B. die Reiserlaubnis erhielt, so kann man feststellen, daß dadurch ... Biermanns tatsächliche Rolle voll aufgedeckt wurde.“<sup>54</sup> Allerdings hat diese Art willkürlicher Machtausübung einen Preis: Solange die SED

51 Bundesarchiv – Abteilungen Potsdam, Brief vom 20. 10. 1995 an den Verf.

52 Protokoll Nr. 25/76 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 16. November 1976 (Reinschriftprotokoll), SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1644, Bl. 2 f.

53 Ebd., Bl. 12.

54 Informationen, Nr. 146. 1976/7, BPA IV C-2/15/688 (Landesarchiv Berlin), S. 6.

den Schriftstellern wenigstens einen gewissen Gesprächsraum gelassen hat, haben sich kritisch-sozialistische Autoren, Biermann eingeschlossen, zur DDR bekennen können. Die Ausbürgerung aber hat Schriftsteller und andere Intellektuelle empört. Der von Christa Wolf, Volker Braun, Stephan Hermlin, Stefan Heym, Günter Kunert, Heiner Müller, Jurek Becker und anderen Repräsentanten der DDR-Kultur unmittelbar am 17. 11. 1976 formulierte Protest wird über die westlichen Medien verbreitet und zwingt die SED zu reagieren.

Jetzt zeigt sich die Funktionsweise des Machtapparates überaus deutlich als „System von Anweisung, Umsetzung und Kontrolle“<sup>55</sup>. Über die „Mitgliederversammlung der SED-Grundorganisation des Bezirksverbandes Berlin des Schriftstellerverbandes der DDR“ sind fast alle protestierenden Autoren erreichbar. Am 23. 11. 1976 werden auf einer Mitgliederversammlung Grundsatzreferate gehalten, die sowohl die Ausbürgerung rechtfertigen als auch den Protest ideologisch verurteilen. Aufgrund der Reaktionen der bei der Versammlung anwesenden Autoren wird dann von der SED-Bezirksleitung Berlin ein Strategieplan für die nächste Parteiversammlung der Schriftsteller entworfen. Es werden Parteiausschlüsse gegen Jurek Becker und Karl-Heinz Jakobs verabredet, und es wird eine ‚Entschließung‘ vorbereitet, mit der die Schriftstellerversammlung die Biermann-Ausbürgerung ebenso begrüßen wie das ‚unparteiliche‘ Protestverhalten tadeln soll. Wieder hat Erich Honecker die Fäden in der Hand; er segnet den Plan ab und präzisiert die Taktik: „Diese Entschließung sollte nicht zu Beginn der Versammlung vorgelegt werden, sondern zu einem Zeitpunkt aus der Versammlung herauskommen, wo die Stimmung dazu am besten ist.“<sup>56</sup> Die protestierenden Autoren müssen in der Folgezeit Stellungnahmen abgeben, nach denen ihnen Parteistrafen taktisch zugemessen werden. Nachdem die SED-Bezirksleitung Berlin dem Politbüro am 20. 1. 1977 die Vollzugsmeldung über die Verfahren gegen die Protestler abgeliefert hat, glaubt die Kulturabteilung des ZK das „Verständnis eines größeren Teils

55 Manfred Wilke/Michael Kubina, Von der Aussagekraft der Akten, in: Text + Kritik, (1993) 120: Feinderklärung. Literatur und Staatssicherheitsdienst, S. 89–97, hier S. 92.

56 Bericht des Zweiten Sekretärs der SED-Bezirksleitung Berlin im Sekretariat des ZK der SED über die Parteiversammlung des Berliner Schriftstellerverbandes, 24. November 1976, abgedruckt in: Roland Berbig/Arne Born/Jörg Judersleben/Holger Hens Karlson/Dorit Krusche/Christoph Martinkat/Peter Wruck (Hrsg.), In Sachen Biermann. Protokolle, Berichte und Briefe zu den Folgen einer Ausbürgerung, Berlin 1994, S. 91–95, hier S. 95.

der Kunstschaffenden für Grundfragen unserer Politik vertieft“<sup>57</sup>.

Hier nun zeigt sich ein zweiter Wesenszug der SED-Macht: die Realitätsverkenning. Denn ganz im Gegensatz zur offiziellen Einschätzung haben Ausbürgerung und Parteiverfahren einen „geistigen Erosionsprozeß“<sup>58</sup> ausgelöst. Autoren wie Jurek Becker, Bernd Jentzsch, Sarah Kirsch oder Reiner Kunze verlassen die DDR. Andere, wie Christa Wolf, Volker Braun oder Stefan Heym, nehmen eine zunehmend kritische Haltung zum Regime ein. In dem Maße, in dem sich herausragende Repräsentanten der DDR-Literatur nicht mehr mit dem Staat identifizieren, verliert auch der Staat DDR einen Teil seiner Identität. Insofern beginnt mit Biermanns Ausbürgerung und dem Protest dagegen der Anfang vom Ende der DDR.

In der Bundesrepublik provoziert Biermanns Eintreten für den Eurokommunismus („Die BRD braucht eine KP/Wie ich sie wachsen und reifen seh/Unter Italiens Sonnenschein“ [AL, S. 221]) manche Publizisten zu harscher Kritik: „Der Kommunist Biermann war klug genug, den SED-Kommunismus nicht unkritisch hinzunehmen. Aber da sind Millionen unserer Landsleute, die zu klug waren, um jemals Kommunist geworden zu sein ... die gejagten Bekenner des freiheitlichen Gedankens ... haben Vorrang, wenn es ums Mitgefühl geht.“<sup>59</sup> Die DKP-Sympathisanten unter den Publizisten und Schriftstellern sind zerstritten: Manche kritisieren Biermann, andere protestieren gegen die Ausbürgerung. Heinrich Böll hingegen hält sich vom Ideologiestreit fern und nimmt Biermann in sein Haus auf. Für den Literaturkritiker Dieter E. Zimmer gilt Biermann als „sozialistischer Patriot“<sup>60</sup>; dem fügt Marcel Reich-Ranicki eine kritische Note hinzu: „Wir haben jetzt hier einen Feind mehr. Gleichwohl begrüßen wir diesen Feind, vor dem wir Respekt haben.“<sup>61</sup>

Biermann bietet seinen Kritikern bald schon Gelegenheit, diesen Respekt unter Beweis zu stellen.

57 Bericht der Abteilung Kultur des ZK der SED. 7. Februar 1977, abgedruckt in: R. Berbig u. a. (Anm. 56), S. 234 ff., hier S. 234.

58 Klaus Schlesinger, Macht, Literatur, Staatssicherheit, in: Text + Kritik, (1993) 120: Feinderklärung. Literatur und Staatssicherheitsdienst, S. 29–35, hier S. 33.

59 Matthias Walden, Die Liebe bleibt einseitig, in: Welt am Sonntag vom 21. 11. 1976.

60 Dieter E. Zimmer, Ausgestoßen in Deutschland. Er muß von vorn anfangen, in: Die Zeit vom 26. 11. 1976, S. 9–10, hier S. 10.

61 Marcel Reich-Ranicki, Biermanns Vertreibung. Anmerkungen zu einem aktuellen Fall, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 11. 1976, S. 25.

Seine Kommentare zur politischen Lage in der Bundesrepublik („Und als ich von Deutschland nach Deutschland/Gekommen bin in das Exil/Da hat sich für mich geändert/So wenig, ach! und so viel/. . .//. . . ich bin gekommen/ach! kommen bin ich/vom Regen in die Jauche“ [AL, S. 286–290]) lassen ihn für Karl-Heinz Janßen in die Nähe von Terroristen rücken<sup>62</sup>. Biermanns Widerspruchsgeist nötigt Fritz J. Raddatz dazu, ihm bald ein „Heinesches Format“ zuzusprechen<sup>63</sup>, bald aber – wie Höpcke – mit einem Goethe-Zitat zu bedauern: „Ein Talent, doch kein Charakter.“<sup>64</sup> Marcel Reich-Ranicki schließlich zollt seinen versprochenen Respekt und erkennt, wie „ein leidender Mensch in seiner Not“ eine „gewaltige Sprachkraft“ entwickle<sup>65</sup>.

62 Vgl. Karl-Heinz Janßen, Buback, Biermann und Che Guevara. Die zweite Generation der Apo formiert sich – Angriffsziel: „Modell Deutschland“, in: Die Zeit vom 13. 5. 1977, S. 2.

63 Vgl. Fritz Raddatz, Liebeserklärung, in: Die Zeit vom 20. 10. 1978, S. 35.

64 Fritz J. Raddatz, Biermann – ein Herbstmärchen, in: Die Zeit vom 2. 10. 1981, S. 41.

65 Marcel Reich-Ranicki, Wolf Biermann, der Dichter zwischen allen Stühlen. Neue Lieder, Balladen, Gedichte und Prosa „Der preußische Ikarus“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. 10. 1978, S. L1–L2, hier S. L1.

Biermann hat seinen Platz in der bundesdeutschen Literaturgesellschaft längst eingenommen, als sich Ende 1989 die Ereignisse in der DDR überstürzen. Kulturminister Keller propagiert eine „geistige Erneuerung“ und bezeichnet die Ausbürgerung als Fehler, der „... in diesem Land nicht wieder vorkommen wird“<sup>66</sup>. Als Biermann am 1. 12. 1989 in Leipzig auftritt, spricht er noch von einer Chance für eine selbständige DDR. Wie 1962, bei seinem ersten Auftritt in der DDR-Öffentlichkeit, singt er von den Führungskadern der Partei. Aber statt der flehentlichen Bitte „An die alten Genossen“ trägt er jetzt die spöttische „Ballade von den verdorbenen Greisen“ vor; sie klingt bereits wie ein Abgesang auf die DDR: „Hey Hager, Professor Tapeten-Kutte/Ich glaube dir nichts, du verdorbener Greis/Jetzt nimmst du uns flott das Wort aus dem Munde/Mit neuen Phrasen der alte Scheiß/. . .//. . .// Hey Honney, du gingst aus Gesundheitsgründen/Ich glaube dir nichts und auch nicht dies/Die schlimmste Krankheit hattest du immer:/Die stalinistische Syphilis“ (AL, S. 412 f.).

66 Kein Lied vom Mond, aber eines von der DDR. Begegnung mit Minister Keller, in: Neues Deutschland vom 2./3. 12. 1989, S. 1–2, hier S. 2.

## **Thomas Klein: Die Herrschaft der Parteibürokratie. Disziplinierung, Repression und Widerstand in der SED**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/96, S. 3–12

Der seit 1949 sich forcierende Säuberungsprozeß in der SED im Dienste ihrer Transformation zur „Partei neuen Typs“ wird als Ausdruck totalen Disziplinierungsbedarfs seitens einer überwiegend stalinistischen Parteiführung gegenüber der noch zu formierenden Mitgliedschaft nachgewiesen. Die repressiven Kampagnen dienten dem Zweck der Immunisierung der Mitglieder der SED gegen alle Facetten nonkonformer Theorie- und Praxisbildung auch unterhalb der Schwelle manifester Opposition. Dieses Ziel wurde im Vollzug der Stalinisierung der SED 1949–1955 auch erreicht. Der trotzdem periodisch wiederkehrende innerparteiliche Widerspruch und punktuelle Widerstand von der Basis her gegen die herrschende Parteilinie konnte sich in den fünfziger und sechziger Jahren weder organisieren noch politisch stabilisieren. Gesellschaftliche Widersprüche fanden in der Parteispitze lediglich ihren Ausdruck als innerbürokratische Rationalitätskonflikte. In den siebziger Jahren entsprach die loyale Selbstbindung auch in Kreisen kritischer SED-Mitglieder der Konsolidierung der Bürokratie im Sinne ihrer Immunisierung gegen fraktionelle Polarisierungen. Der Kollaps der SED Ende der achtziger Jahre war gleichzeitig Ausdruck von Blockade und Selbstblockade widerständigen innerparteilichen Reformdenkens. Der erste Aufstand der aktiven Parteibasis überhaupt gegen ihre Führung im November 1989 während der 10. ZK-Tagung in Gestalt von Massendemonstrationen vor dem ZK-Gebäude und im Berliner Lustgarten machte trotz seines Teilerfolgs (Rücktritt von ZK und Politbüro Anfang Dezember 1989) die uneinholbare Verspätung dieses Prozesses offenkundig.

## **Siegfried Mampel: Die ideologische Kontrolle der DDR durch das Ministerium für Staatssicherheit**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/96, S. 13–22

Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) hatte als Schild und Schwert der SED auch die Aufgabe, die Bildung und Erhaltung von Staatsloyalität bei den gewaltunterworfenen Menschen zu kontrollieren. Durch unablässige ideologische Indoktrination erzeugt und „sozialistisches Bewußtsein“ genannt, sollte sie dazu beitragen, die Machthaber vorbehaltlos und mit allen Kräften zu unterstützen. Das MfS übte damit eine Funktion aus, die als die einer Ideologiepolizei zu bezeichnen ist. Dem Westen – vor allem der Bundesrepublik – wurde unterstellt, planmäßig und subversiv auf das Denken der Menschen in der DDR einzuwirken. Das nannte das MfS „politisch-ideologische Diversion“ (PID). Als deren Betreiber wurden staatliche und nichtstaatliche Einrichtungen angesehen, die nach wissenschaftlicher Vorbereitung vor allem mittels elektronischer und Printmedien sowie durch Schaffung von Kontakten von Mensch zu Mensch versucht hätten, Einfluß zu nehmen.

Das MfS maß der Bekämpfung der PID große Bedeutung zu. Vor allem an seiner „Juristischen Hochschule“ (JHS) in Potsdam wurden seine führenden Mitarbeiter darüber unterrichtet, mit welchen Methoden und Mitteln auf allen „Linien“ und in allen „operativen Dienststeinheiten“ diese Aufgabe der Ideologiekontrolle zu erfüllen war. Aus der Analyse an der JHS entstandener geheimer Dissertationen ergibt sich aber auch die offensichtliche Erkenntnis des MfS, daß es in der DDR „hausgemachte Unzufriedenheit“ in großem Umfang gab, die als „Bedingung für das Wirken der PID“ bezeichnet wurde. Obwohl oder sogar weil das, was das MfS „politisch-ideologische Diversion“ nannte, letztlich ein Hirngespinnst war, belastete der Kampf des MfS gegen dieses Phantom die Menschen in der DDR sehr.

## **Hubertus Knabe: Sprachrohr oder Außenseiter? Zur gesellschaftlichen Relevanz der unabhängigen Gruppen in der DDR – Aus Analysen des Staatssicherheitsdienstes**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/96, S. 23–36

Welche Bedeutung hatten die seit Ende der siebziger Jahre im Schutzraum der evangelischen Kirchen operierenden Basisgruppen für die Gesamtgesellschaft der DDR? Diese auch heute noch umstrittene Frage mußte niemanden so interessieren wie das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit. Anhand verschiedener interner Analysen des DDR-Geheimdienstes sucht der Beitrag zunächst die genaue Verbreitung sowie die soziale Zusammensetzung der Gruppen zu bestimmen. Anschließend werden die programmatische Überzeugungskraft, die organisatorische Stärke und die gesellschaftliche Resonanz analysiert. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, daß die Gruppen zwar nur einen verschwindend kleinen Teil der DDR-Bevölkerung in sich vereinigten, andererseits aber eine überraschend große soziale und regionale Streuung aufwiesen. Trotz systematischer Kriminalisierung gelang es den Gruppen im Verlauf der achtziger Jahre, mit erheblichem Gespür für die politischen Spielräume ihr Themenprofil, ihre organisatorische Schlagkraft und ihre Ausstrahlung auf die Bevölkerung nach und nach zu erweitern. Für ihre Metamorphose in eine gefestigte und von der Gesellschaft getragene Oppositionsbewegung kam der Zusammenbruch der SED-Herrschaft jedoch zu früh.

## **Joachim Wittkowski: Die DDR und Biermann. Über den Umgang mit kritischer Intelligenz: Ein gesamtdeutsches Resümee**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/96, S. 37–45

Der „Fall Biermann“ bildete den Kulminationspunkt des Reglementierungsanspruches der SED bzw. DDR gegenüber Schriftstellern und anderen Intellektuellen. Seit seinem ersten öffentlichen Auftreten 1962 war Biermann ein Ärgernis für die Partei und den Staatssicherheitsdienst. Das berückichtigte 11. Plenum des ZK der SED brachte ihm 1965 ein Auftritts- und Publikationsverbot ein. Seine Lieder und Gedichte konnten nur in der Bundesrepublik veröffentlicht werden. Elf Jahre später gestattete man ihm eine Konzertreise in die Bundesrepublik. Biermanns Auftritt in Köln nutzte Erich Honecker dazu, den Liedermacher rechtswidrig auszubürgern: Der dafür zuständige Ministerrat der DDR wurde über diesen Vorgang nicht einmal informiert.

Der Protest renommierter DDR-Schriftsteller gegen die Ausbürgerung führte zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf die SED „ihre“ Autoren zur Parteiräson rufen wollte. Am Ende der Parteiversammlungen und -verfahren wählte die SED ihre Position gestärkt; der Rückhalt der SED unter den Intellektuellen war aber entscheidend geschwächt. Es setzte ein fortschreitender Identitätsverlust ein, der seinen Anteil an der Wende des Jahres 1989 hatte. Der „Fall Biermann“ bildet daher ein wichtiges Kapitel der jüngsten deutschen Zeitgeschichte.